

Außerschulische Bildung

2-2010

Materialien zur politischen Jugend- und Erwachsenenbildung

Friedens- und Sicherheitspolitik als Thema politischer Bildung

- Friedenspolitik im Umbruch
- Rahmenbedingungen
deutscher Sicherheitspolitik
- Zivile Konfliktbearbeitung
- Konflikt und Frieden in der politischen
Bildung am Beispiel Afghanistan

ZU DIESEM HEFT	105	ADB-JAHRESTHEMA	
SCHWERPUNKT		<i>Martin Kurth</i>	
<i>Bruno Schoch</i>		Die Finanz- und Wirtschaftskrise als Herausforderung für die politische Bildung	140
Friedenspolitik im Umbruch	106	INFORMATIONEN	
<i>Thomas Jäger</i>		Meldungen	144
Die veränderten Rahmenbedingungen deutscher Sicherheitspolitik	114	Aus dem AdB	163
<i>Uli Jäger</i>		Personalien	169
Zivile Konfliktbearbeitung im Schatten des Krieges	122	Bücher	170
<i>Gertrud Gandenberger</i>		Markt	182
Konflikt und Frieden in der politischen Bildungsarbeit am Beispiel des Krieges in Afghanistan	129	IMPRESSUM	189
ADB-FORUM			
<i>Boris Brokmeier/Paul Ciupke</i>			
Außerschulische politische Bildung zwischen Deskriptoren und Niveaustufen			
Zur aktuellen Debatte um den Deutschen Qualifikationsrahmen	135		

**Thema des nächsten Heftes:
Theorien politischer Bildung**



Dass nichts wirklich gut ist in Afghanistan, würden nicht einmal Befürworter des dortigen Militäreinsatzes bestreiten. Was auch immer die Begründung für die deutsche Beteiligung an dem Ende 2001 beschlossenen ISAF-Einsatz war: Kaum eines der damit verbundenen Ziele konnte bislang erreicht werden. Die Mehr-

heit der deutschen Bevölkerung spricht sich in Umfragen für einen Abzug der deutschen Soldaten aus Afghanistan aus, allerdings ohne eine Perspektive für Frieden in der Region, solange es nicht gelingt, überzeugende und von den wichtigsten Konfliktparteien akzeptierte, nachhaltig Frieden sichernde politische Alternativen zu realisieren.

Der Krieg in Afghanistan steht im Zentrum der Beiträge in diesem Heft, in dem es um die veränderten Voraussetzungen und gegenwärtigen Herausforderungen für deutsche Friedens- und Sicherheitspolitik und daraus resultierende Konsequenzen für die politische Bildung geht. An ihm lässt sich beispielhaft verdeutlichen, auf welche Bedrohungsszenarien sich die deutsche Sicherheitspolitik nach dem Ende des Kalten Krieges einstellen musste. Der Frieden ist nicht – wie damals erhofft – sicherer geworden, auch wenn sich die sicherheitspolitische Lage Deutschlands zunächst entspannte. Deutschland wird, seit es seine volle Souveränität erlangt hat, nun auch in anderer Weise außen- und sicherheitspolitisch von seinen Bündnispartnern in Anspruch genommen, als das vordem der Fall war, und ist erstmals in der Nachkriegszeit wieder an militärischen Aktionen beteiligt. Das Beispiel Afghanistan macht deutlich, wie schwierig es ist, für die Bewältigung der neuen Bedrohungslagen angemessene Strategien zu entwickeln. Es ist aber auch ein Exem-

pel für die Versäumnisse der Politik beim Bemühen um prophylaktische Friedenssicherung und Deeskalation von Konflikten und für das Unvermögen, solche Bedrohungslagen gar nicht erst entstehen zu lassen.

Die Deutschen sind durch die Erfahrungen mit zwei verheerenden Kriegen in ihrer Mehrheit nicht mehr am militärischen Einsatz als Mittel zur Konfliktregelung oder zur Durchsetzung nationaler Belange interessiert. Das ist gewiss kein Nachteil. Aber welche Lösungen gibt es für Regionen in dieser Welt, in denen massive Menschenrechtsverletzungen, Verfolgung und Zerstörung religiöser und/oder ethnischer Gruppen, Völkermord und Bürgerkrieg zum Alltag gehören? Auch Verbrechen gegen die Menschlichkeit gefährden den Frieden, selbst wenn sie andere Staaten nicht unmittelbar bedrohen. Das Völkerrecht setzt einer militärischen Intervention aus humanitären Gründen enge Grenzen, auch wenn der Verzicht darauf die Eskalation von Gewalt, Zerstörung und die Tötung unschuldiger Zivilisten innerhalb eines Staates keinesfalls verhindert. Dieses Dilemma gehört ebenfalls zu den Fragen, mit denen sich politische Bildung zur aktuellen Diskussion über Friedens- und Sicherheitspolitik beschäftigen muss. Moralische und ethische Vorstellungen sind davon ebenso berührt wie nationale Interessen und der Status Deutschlands innerhalb politischer und militärischer Bündnisse.

Friedens- und Sicherheitspolitik war das große Thema der öffentlichen Diskussion in der ersten Hälfte der 80er Jahre. Die Welt hat sich seither verändert, ist aber immer noch kein friedlicher Ort. Das ist Grund genug, sich mit Möglichkeiten der Friedenssicherung unter veränderten Bedingungen intensiver auseinanderzusetzen. Mit unserem Heft wollen wir dazu anregen.

Ingeborg Pistohl

Friedenspolitik im Umbruch

Bruno Schoch

Welche Koordinaten bestimmen die Friedenspolitik seit dem Ende des Kalten Krieges? Bruno Schoch geht in seinem Beitrag dieser Frage nach, beschreibt die Folgen dieses Epochenumbruchs, die insbesondere Deutschlands Lage verbesserten. In anderen Teilen Europas und der Welt waren die Konsequenzen weniger erfreulich, der Zerfall von Staaten ging – wie in Jugoslawien – mit kriegerischen Konflikten einher. Seit dem Terroranschlag auf die Vereinigten Staaten 2001 stehen Friedens- und Sicherheitspolitik vor neuen Herausforderungen. Bruno Schoch verweist auf die militärischen Interventionen des amerikanischen Präsidenten George W. Bush und deren Auswirkungen und hofft auf den Erfolg der friedenspolitischen Initiativen des neuen Präsidenten Barack Obama.

Vor gut zwanzig Jahren kam es zu einem Epochenumbruch. 1989, als die Berliner Mauer durchbrochen wurde, gilt zu Recht als *annus mirabilis*. Mit der Implosion des Realsozialismus löste sich der Warschauer Vertrag auf – und mit ihm auch der

Vierzig Jahre lang hatte der bipolare Systemgegensatz die Koordinaten allen politischen Denkens bestimmt

Ost-West-Konflikt. Vierzig Jahre lang hatte der bipolare Systemgegensatz die Koordinaten allen politischen Denkens bestimmt und die gesamte Weltordnung gleich-

sam überdeterminiert. Das pompöse Gipfeltreffen der KSZE-Staaten im November 1990 in Paris feierte mit einer „Charta für ein neues Europa“ die Überwindung des Systemgegensatzes und verhiess nicht weniger als „die Befreiung vom Erbe der Vergangenheit“ und „ein neues Zeitalter der Demokratie, des Friedens und der Einheit.“¹ *Incipit vita nova* nannte man früher diesen Topos von einem absoluten Neuanfang.

Kurz darauf zerbröckelte auch die Sowjetunion. Seit der Oktoberrevolution von 1917 war sie die entscheidende ordnungspolitische Gegenspielerin des Kapitalismus gewesen und hatte die Welt in zwei verfeindete ideologische, militärische, wirtschaftliche und politische Lager geteilt. Mit der Auflösung der Sowjetunion ging 1991 eine Epoche zu Ende, *Eric J. Hobsbawm* sprach vom „kurzen 20. Jahrhundert.“² Seither verläuft die Weltgeschichte in anderen Bahnen als zuvor, die vertrauten Koordinaten gelten nicht mehr.

1 Zit. nach *Peter Schlotter et al.*: Die neue KSZE, Opladen 1994, S. 140.

2 *Eric Hobsbawm*: Das Zeitalter der Extreme. Weltgeschichte des 20. Jahrhunderts, München 1994.

Deutschland – das Glückskind des Epochenumbruchs

Einer der Hauptprofiteure der weltgeschichtlichen Zäsur war Deutschland. Hier hatte der Ost-West-Konflikt eine geradezu staatenbildende Funktion gehabt: Bundesrepublik und DDR. Die Mauer durch Berlin war das sprechende Symbol für die Unterlegenheit des realsozialistischen Systems, das nur militärische Macht zusammenhielt, und für die Spaltung Europas. Die Teilung Deutschlands bildete gleichsam den archimedischen Punkt, auf dem die prekäre Machtbalance der von der nuklearen Abschreckung zementierten Blockkonfrontation auflag. Deren Erosion entzog der DDR die *raison d'être*, und rasch wurde ihr Legitimitätsdefizit offenbar. Am 3. Oktober 1990 trat die DDR der Bundesrepublik bei. Der im März 1991 ratifizierte „Vertrag über die abschließende Regelung in bezug auf Deutschland“ (damalige Rechtschreibung) besiegelte das und hob für das vereinigte Deutschland die Souveränitätsvorbehalte der vier Siegermächte auf.

Hand in Hand mit dieser Staatsumbildung kam es zu einer umfassenden Abrüstung und Entmilitarisierung im Herzen Europas, wo sich vor 1989 militärische Macht wie nirgends sonst geballt hatte. Die Bundeswehr wurde auf maximal 370.000 Mann beschränkt. Das war, gemessen an der Truppenstärke beider deutscher Staaten, fast eine Halbierung der Zahl deutscher Soldaten. Zudem wurden auch die hier stationierten Bündnisarmeen nachhaltig reduziert. Schon 1996 betrug die Zahl aller Soldaten in Deutschland gerade noch ein Drittel der – deutschen und ausländischen – Armeen, die hier vor 1989 stationiert waren.³

Deutschland konnte vom Epochenumbruch von 1989-1991 eine saftige Friedensdividende einstreichen

Auch eine Reihe von damals geschlossenen Abrüstungsabkommen kam Deutschland zugute. USA und Sowjetunion zerstörten ihre letzten landgestützten Mittelstreckenraketen und erfüllten damit das erste wirkliche Abrüstungsabkommen seit 1945, 1991 wurde der START-Vertrag geschlossen; der Vertrag über die Konventionellen Streitkräfte (KSE) ermöglichte es, Panzer, Artilleriewaffen, Kampfflugzeuge und Angriffshubschrauber dras-

3 Detaillierte Zahlen vgl. *B. Schoch et al.* (Hrsg.): Friedensgutachten 1996, S. 2 f. – Auf das Friedensgutachten, das ich seit 1995 für die HSK betreue, stütze ich mich hier stärker, als es die Belege ausweisen. Das letzte ist soeben erschienen: *Christiane Fröhlich et al.* (Hrsg.): Friedensgutachten 2010, Berlin 2010.

tisch zu verringern. Kurzum: Deutschland konnte vom Epochenumbruch von 1989-1991 eine saftige Friedensdividende einstreichen.

Oszillieren zwischen 9.11. und 9-11

Hätte damals, als die Euphorie über das Ende der deutschen Teilung und des Systemkonflikts ins Kraut schoss, jemand vorausgesagt, dass Deutschland zwanzig Jahre später in einen Krieg verstrickt sein werde, noch dazu im fernen Afghanistan – das soeben das Ende der Sowjetunion eingeläutet hatte⁴ –, so hätte man das als düsteres Geraune einer Cassandra abgetan. Zu groß war die Begeisterung für das „neue Zeitalter“.

In Deutschland gehört es zur Hypothek zweier Weltkriege, dass man gerne alles mit allem gleichsetzt, wenn es um militärische Gewalt geht

Manchen Aktivisten der bundesrepublikanischen Friedensbewegung, die sich in den frühen achtziger Jahren am sogenannten NATO-Doppelbeschluss entzündet hatte, erschien die seitherige Entwicklung als Resultat einer bewussten Salamitaktik, gar Remilitarisierung deutscher Politik. Ich kann mich an eine gut besuchte Friedensveranstaltung in der Frankfurter Fachhochschule erinnern, auf der in den frühen neunziger Jahren prominente Sprecher der Friedensbewegung jeder Beteiligung an UN-Blauhelmen vehement entgegentraten unter dem Spruchband: „Nie wieder Kanonenbootpolitik!“ In Deutschland gehört es zur Hypothek zweier Weltkriege, dass man gerne alles mit allem gleichsetzt, wenn es um militärische Gewalt geht. Die Einsicht, dass Krieg in Wirklichkeit weder immer Angriffskrieg noch in allen Fällen bar jeder Legitimität ist, hat es schwer, als wollte man verdrängen, dass der Nationalsozialismus letzten Endes besiegt wurde mittels – Krieg.

⁴ Manfred Sapper: Die Auswirkungen des Afghanistankriegs auf die Sowjetgesellschaft: Eine Studie zum Legitimitätsverlust des Militärischen in der Perestrojka, Münster 1994.



Quelle: Wikipedia, Urheber: Hadi

Die Exemplare des Einigungsvertrages, ausgestellt im Archiv des Auswärtigen Amts

Es kommt also darauf an zu differenzieren. Das wird dadurch erschwert, dass für die nötige Neubestimmung von Krieg und Frieden, seit uns die vertrauten Koordinaten des Ost-West-Konflikts abhanden gekommen sind, kein Rekurs auf Altbekanntes weiter hilft. Man muss sich neuen Herausforderungen stellen. Seit dem Pariser Kongress von 1815 regelte mit der Ausnahme der Jahre zwischen 1914 bis 1945 stets ein Mächtekonkordat die internationale Ordnung. Das gilt noch für das bipolare Großmachtssystem von 1949 bis 1989: Es garantierte eine gewisse Stabilität. Das gilt so heute nicht mehr. Und die letzte übrig gebliebene Supermacht ist trotz aller großspurigen Rhetorik über Hypermacht, Imperium und *Pax Americana* weder imstande noch willens, die Ordnung der Welt allein zu garantieren.⁵

Die Welt ist unübersichtlicher geworden. An frühen Anzeichen dafür fehlte es schon 1991 nicht. Das war nicht nur das letzte Jahr der Sowjetunion,

⁵ Vgl. u. a. Michael Mann: Die ohnmächtige Supermacht. Warum die USA die Welt nicht regieren können, Frankfurt a. M. 2003; Niall Ferguson: Das verleugnete Imperium. Chancen und Risiken amerikanischer Macht, Berlin 2004; Joschka Fischer: Die Rückkehr der Geschichte. Die Welt nach dem 11. September und die Erneuerung des Westens, Köln 2005; Jochen Hils/Jürgen Wilzewski (Hrsg.): Defekte Demokratie – Crusader State. Die Weltpolitik der USA in der Ära Bush, Trier 2006.

1991 bündelten sich zentrale Fragen von Krieg und Frieden, mit denen wir uns seither herumschlagen

sondern auch das erste der Kriege um die Auflösung Jugoslawiens; und es war das Jahr des vom Sicherheitsrat der UNO mandatierten ersten Golfkriegs. 1991 bündelten sich mithin zentrale Fragen von Krieg und Frieden, mit denen wir uns seither herumschlagen. Kaum denkbar, dass *Saddam Hussein* in der Zeit des Ost-West-Konflikts gewagt hätte, Kuwait zu erobern; undenkbar auch, dass der Sicherheitsrat sich zuvor auf eine Resolution geeinigt hätte, die Schritte legitimierten, um die Annexion eines kleinen Landes mit kollektiver Gewalt rückgängig zu machen. Den Ost-West-Konflikt hatte *Tito* geschickt zu nutzen gewusst zur inneren Stabilisierung der Vielvölkerföderation Jugoslawien; deren staatlicher Zerfall löste nationalistische Gewalttaten und Kriege aus, wie man sie in Europa lange nicht mehr gesehen hatte: Massaker, Massentreibungen und Gefangenenlager. Menschen, die zuvor halbwegs friedlich nebeneinander lebten, wurden ermordet, vertrieben und vergewaltigt aus dem einzigen Grund, weil sie angeblich „anders“ waren. Die Wiederkehr dieser Barbarei warf die Frage auf, wie man Gewalttätern, die einen regelrechten Krieg gegen die Zivilbevölkerung führen, in den Arm fällt. Unversehens bekam die alte Parole „Stell Dir vor, es ist Krieg, und keiner geht hin“, einen bösen neuen

Der staatliche Zerfall der Vielvölkerföderation Jugoslawien löste nationalistische Gewalttaten und Kriege aus, wie man sie in Europa lange nicht mehr gesehen hatte

Sinn: Es war Krieg in Europa und keiner unternahm etwas dagegen! Schließlich griffen die maßgeblichen Staaten des Westens unter dem Stichwort „humanitäre Intervention“ – freilich viel zu spät – ein, um das nationalistische Morden und Vertreiben, das völkermordähnliche Züge annahm, *manu militari* zu beenden.

Vier Jahre später kam es schnell zu einer militärischen Intervention, als sich 1999 im Kosovo Ähnliches zu wiederholen drohte.⁶ 78 Tage lang bombardierte die NATO Restjugoslawien, bis sich *Slobodan Milošević* bereit erklärte, die Sicherheitskräfte aus dem Kosovo abzuziehen und dort die Stationierung einer NATO-Truppe hinzunehmen. Ohne die Vorgeschichte in Bosnien wäre dieser Krieg undenkbar gewesen – gleichwohl war es mehr als ein Schönheitsfehler, dass die NATO ihren Luftkrieg ohne Mandat des UN-Sicherheitsrates führte.

Schließlich der 9. September 2001, der vieles veränderte. Denn zur Geschichte und zum Selbstverständnis der USA gehört – ganz anders als zur historischen Erfahrung in Europa –, dass sie nie zuvor von außen angegriffen wurden; Pearl Harbour war kein amerikanisches Territorium. Da die erklärten Urheber der New Yorker Schreckenstat, *al-Qaida*, in Afghanistan staatlichen Schutz genossen und sich das Taliban-Regime in Kabul weigerte, die Verantwortlichen auszuliefern, gab der UN-Sicherheitsrat den USA grünes Licht, ihr Recht auf Selbstverteidigung wahrzunehmen und die Täter zu verfolgen.

So symbolisieren der 9.11.1989 und der 11.9.2001 die neuesten gegenläufigen Entwicklungen. Steht der Fall der Berliner Mauer für einen Triumph der Gewaltfreiheit, die versteinerte Verhältnisse zum Tanzen brachte, so eröffnete *nine eleven* einen neuen Zyklus von Hass und Gewalt. Die Rhetorik der Bush-Administration nahm die Kriegserklärungen von *al-Qaida* beim Wort und stellte die Weichen mit dem „Krieg gegen den Terrorismus“ falsch, weil er die Komplexität des 21. Jahrhunderts auf einen schlichten Freund-Feind-Gegensatz reduzier-

Quelle. Wikipedia; Urheber: Lt. Stacey Wyzkowski




⁶ Vgl. dazu *Günter Joetze*: Der letzte Krieg in Europa, Stuttgart 2001.

Der 9.11.1989 und der 11.9.2001 symbolisieren die neuesten gegenläufigen Entwicklungen

te. Neokonservative Ideologen instrumentalisieren die Terroranschläge für ihre weltpolitische Agenda.

Krieg und Frieden: zu viel Improvisation

Sie krepelten damit die Weltpolitik der USA um. Diese hatte bisher zumeist auf Bündnissen und internationalen Institutionen beruht. Anders als Herrschaft setzt *Hegemonie* darauf, dass die Schwächeren der Führungsmacht folgen, weil sie wollen – und nicht, weil sie dazu gezwungen sind. Die internationalen Organisationen UNO und zuvor schon der Völkerbund, beides Schöpfungen der USA, sollten das freie Spiel der Gewalt aus dem zwischenstaatlichen Verkehr verbannen und durch verbindliche rechtliche Regeln ersetzen. Die USA garantieren mit ihrer überlegenen Macht das UN-System, zugleich beinhalten dessen allgemeingültige Regeln auch eine gewisse Selbstbindung. Diese Tradition amerikanischer Außenpolitik warfen *George W. Bush* und seine neokonservativen Strategen über den Haufen. Sie insinuierten wider besseres Wissen einen Zusammenhang zwischen *Saddam Hussein* und dem Terrorismus und brachen 2003 einen Krieg gegen den Irak vom Zaun. Dieser verstieß ohne Not gegen das Kriegsverbot der UN-Charta und provozierte international viel Widerstand; die Massenvernichtungswaffen, die Washington und London als Grund für den Krieg nannten, wurden nie gefunden – es gab sie nicht. Mit dem prinzipiell endlosen und seltsam ortlosen *War on Terror* haben die *neocons* viel Schaden angerichtet und die Glaubwürdigkeit der USA beschädigt.⁷

Nimmt man also die ersten zwei Jahrzehnte nach dem Ende des kurzen 20. Jahrhunderts, so zeigt sich: „Seit dem Ende des Kalten Krieges ist der Umgang mit Frieden und Krieg improvisiert“, wie *Eric J. Hobsbawm* lapidar konstatiert. Um hinzuzufügen: „Im günstigsten Fall, wie etwa auf dem Balkan, wurden kriegerische Konflikte durch bewaffnetes Eingreifen von außen beendet und der Status quo bei Ende der Feindseligkeiten von den Truppen Dritter gesichert.“⁸ Der schlechteste Fall dagegen, der des Irak-Kriegs, lief darauf hinaus, eine Grundregel im internationalen System, die

wechselseitige Anerkennung staatlicher Souveränität, umzustürzen.⁹

Diese Verwirrung folgt keinen unabänderlichen Naturgesetzen, sondern ist das Resultat falscher politischer Entscheidungen. Der erste Präsident *Bush*, der sich um die Überwindung des Ost-West-Konfliktes und der deutschen Teilung verdient gemacht hatte, skizzierte eine „neue Weltordnung“, in der „die Nationen zusammenarbeiten, um Frieden und Wohlstand zu mehren“. Es fehlte nicht an kenntnisreichen, theoretisch wie historisch angeleiteten Drehbüchern für ein solches Programm.¹⁰ Doch unter dem Einfluss neokonservativer Ideologen folgten ihnen die USA unter *George W. Bush* nicht. Vielmehr nutzten sie die Anschläge des 11. Sep-

Das Erbe der verfehlten Außen- und Sicherheitspolitik der Ära George W. Bush lastet schwer auf der internationalen Politik und beeinträchtigt auch den kooperativen Neuanfang von Präsident Barack Obama

tembers, um „einen internationalen Zustand der Spannung, eine begrenzte, aber beständige Kriegssituation“ aufrecht zu erhalten.¹¹ So lastet das Erbe der verfehlten Außen- und Sicherheitspolitik der Ära *George W. Bush*, der nicht müde wurde, sich als „Kriegspräsident“ zu

bezeichnen, schwer auf der internationalen Politik und beeinträchtigt auch den kooperativen Neuanfang von Präsident *Barack Obama*, für den er mit Recht den Friedensnobelpreis bekommen hat.

Gleichwohl darf man sich vom Irak-Krieg und seinen widerlichen Begleiterscheinungen wie *Abu Ghraib* und *Guantanamo* nicht den Blick vernebeln lassen. Er ist ein Element, aber nicht das Ganze der derzeitigen Übergangsphase. Nur wer das übersieht, meint, es reiche aus, auf altbekannte Parolen zurückgreifen zu können, etwa auf die Behauptung, der Kapitalismus führe Krieg um Öl. Andere beschwören den Gegensatz zwischen guten zivilen und angeblich per se schlechten militärischen Mitteln, als hätte es die Erfahrungen auf dem Balkan oder mit Ruanda nie gegeben. Mit Ausnahme des Kosovo 1999 sind alle seitherigen Bundeswehr-Ein-

9 Ebd., S. 56.

10 Vgl. etwa *Ernst-Otto Czempel*: Weltpolitik im Umbruch. Das internationale System nach dem Ende des Ost-West-Konflikts, München 1991; und *ders.*: Kluge Macht. Außenpolitik für das 21. Jahrhundert, München 1999; oder *Joseph S. Nye*: The Paradox of American Power: Why the World's Only Superpower Can't Go It Alone, New York-Oxford 2002.

11 *Emmanuel Todd*, hier zit. nach *Günter Joetze*, Der Irak als deutsches Problem, a. a. O. S. 27.

7 Vgl. dazu jetzt die instruktive Studie von *Günter Joetze*: Der Irak als deutsches Problem, Baden-Baden 2009.

8 *Eric Hobsbawm*: Globalisierung, Demokratie und Terrorismus, München 2009, S. 33.



Quelle: Wikipedia; Urheber: R. D. Ward (US Navy)

Bush mit Verteidigungsminister Donald Rumsfeld (Mitte) und dessen Stellvertreter Paul Wolfowitz 2003, zu Beginn des Irakkriegs

sätze von der UNO mandatiert. Und die drei größten militärischen Missionen der Bundeswehr tragen bei zum staatlichen Wiederaufbau in Afghanistan, im Kosovo und in Bosnien – nicht eben für Ölvorräte berühmt! Ethnische Massaker und Vertreibungen auf dem Balkan haben manche Gewissheit der älteren Friedensbewegung schmerzlich in

Ethnische Massaker und Vertreibungen auf dem Balkan haben manche Gewissheit der älteren Friedensbewegung schmerzlich in Frage gestellt

Dallaire, der kanadische General, der seinerzeit das kleine UN-Kontingent in Ruanda befehligte, ist bis heute überzeugt, dass sich mit 5.000 gut ausgerüsteten UN-Soldaten der Völkermord hätte verhindern lassen.¹²

Zwangmaßnahmen können Bürgerkriege beenden und Waffenstillstände herbeiführen

Parolen aus der Besenkammer helfen also nicht weiter. Wir brauchen eine Friedenspolitik, die sich den neuen Herausforderungen stellt. Wir brauchen eine ehrliche politische Debatte darüber, was von der UNO legitimierte Zwangsgewalt erreichen kann. Zwar be-

Frage gestellt: Wo es nicht gelingt, den Zerfall staatlicher Strukturen zu verhindern, kann der Moment kommen, wo ethno-nationalistische Barbarei nur noch mit Militär unterbunden werden kann. *Robert*

werden kann. *Robert*

12 Vgl. dazu die erschütternde Dokumentation von *Alison Des Forges*: Kein Zeuge darf überleben. Der Genozid in Ruanda, Hamburg 2002.

steht in Bosnien bis heute keine funktionierende Demokratie. Doch das Morden wurde beendet. Gebetsmühenhaft zu wiederholen, mit Militär könne man keinen Frieden schaffen, verdrängt, was die Interventionen auf dem Balkan erreichten. Zwangsmaßnahmen können Bürgerkriege beenden und Waffenstillstände herbeiführen, womit sich Zeit für politische Lösungen gewinnen lässt.

Die neuen Herausforderungen

Mit dem Ende der bipolaren Konfrontation fielen

die bekannten Mechanismen internationaler Ordnung weg, zugleich sah sich die Staatengemeinschaft mit neuartigen Herausforderungen konfrontiert, auf die sie nicht vorbereitet war. Beides traf die Bundesrepublik Deutschland mehr als andere. Sie war mit sich selbst und den komplizierten Problemen der Vereinigung beschäftigt, zudem hatte sie aufgrund der deutschen Teilung und der

Die Welt erwartet nun, dass sich Deutschland aktiver als zuvor für die ordnungspolitische Gestaltung der Welt engagiert

eingeschränkten Souveränität in Jahrzehnten eine probate Politik sicherheits- und außenpolitischer Selbstbeschränkung entwickelt, die sich nach den Schrecken des Zweiten Weltkriegs und der Schuld an der Shoah breiter Zustimmung erfreute. Damit war es nach 1990 nicht mehr getan. Die Welt, allen voran die westlichen Verbündeten, erwartet nun, dass sich Deutschland aktiver als zuvor für die ordnungspolitische Gestaltung der Welt engagieren möge.

Präsident *Barack Obama*, der von *Bushs* Motto „Wer nicht für mich ist, ist wider mich“, abkehrt, verfolgt einen Neuanfang der Kooperation und das erklärte Ziel weltweiter Abrüstung. Das bietet für eine friedenspolitische Neubestimmung europäischer Politik denkbar günstige Voraussetzungen. Es gilt freilich, die Gelegenheit beherzt zu ergreifen. Weil die Europäer nach dem Verlust ihrer weltpolitischen Herrschaft und zwei Weltkriegen in Gestalt der europäischen Integration seit langem weniger auf militärische Stärke denn auf die *soft*

power von Kooperation und Integrationsanreizen setzen, liegt es in ihrem vitalen Interesse, dass *Barack Obamas* neue Weltpolitik nicht scheitert. Freilich verlangt das von uns Europäern, die bequemen Zuschauerränge zu verlassen. Es verwundert und irritiert, wenn engagierte Veteranen der Friedensbewegung und auch manche Kollegen, die ein halbes Leben lang für Kooperation und Abrüstung eingetreten sind, sich in dem Moment zu nörglerischen Bedenkenträgern mausern und überall nichts als alten Wein in neuen Schläuchen wittern, in dem ihre Visionen aufgegriffen werden von einem amerikanischen Präsidenten. Dass der mit seiner weltpolitischen Agenda noch nicht weiter ist, hat auch mit mangelnder Unterstützung aus Europa zu tun.¹³

Machtübergang gestalten durch Einbindung

Mit China und Indien, wo zwei Fünftel der Menschheit leben, betreten neue Großmächte die internationale Bühne. Wir erleben eine geradezu tektonische

Die Staatengemeinschaft steht vor der Aufgabe, aufstrebende neue Großmächte so in das internationale System zu integrieren, dass die Machtkonkurrenz nicht zu Kriegen führt

Verschiebung im internationalen Machtgefüge. Schnell wachsende Militärbudgets in der pazifisch-asiatischen Region verschärfen die Machtkonkurrenz und heizen Rüstungswettläufe an. Die Staatengemeinschaft steht vor der

Erfahrung nicht einfachen Aufgabe, aufstrebende neue Großmächte so in das internationale System zu integrieren, dass die Machtkonkurrenz nicht zu Kriegen führt.

Die Beziehungen zwischen den USA und China sind inzwischen wohl der wichtigste Faktor der Weltpolitik. Doch kennzeichnet diese beiden Weltmächte ein hohes Maß an Selbstgenügsamkeit: Während sich die „Neue Welt“ historisch von der alten mit ihren ewigen Kriegen absetzte, interessierte sich das „Reich der Mitte“ jahrhundertlang nicht für das, was hinter der Chinesischen Mauer vor sich ging. Gewiss haben zwei Weltkriege die USA genötigt, den Isolationismus aufzugeben und sich um die Ordnung der Welt zu kümmern. Und gewiss veranlassen Globalisierung und unauflösbare Einbindung seines wirtschaftlichen Aufstiegs in die Weltwirtschaft China, sich mehr um die Welt zu

¹³ Das betont zu Recht *Ekkehart Krippendorff*: Unser Obama-Problem, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 3/2010, S. 31-33.

kümmern. Doch ist für die chinesische Führung vieles dabei noch Neuland. Und auch in den USA ist die Einsicht, dass in der heutigen Welt auch die stärkste Supermacht auf Verbündete und Kooperationspartner angewiesen bleibt, leider nicht so verbreitet, wie man es wünschte. Zudem fehlen der amerikanisch-chinesischen Kooperation bisher belastbare Erfahrungen und Institutionen.

Rückkehr zu Rüstungskontrolle und Abrüstung

Hätte es dafür noch eines Beweises bedurft, so hat die globale Finanz- und Wirtschaftskrise die internationale Interdependenz ausnahmslos aller vor Augen geführt. Das Debakel der *Rumsfeld-Strategie* im Irak und in Afghanistan hat die Hybris militärischer Überlegenheit bei den neokonservativen Ideologen merklich gedämpft. Das stärkte alle, die vom militärisch unilateralen Abenteuerum abkehren wollen – der internationale Hintergrund für den Wahlsieg *Barack Obamas*.

Die Weiterverbreitung von Massenvernichtungswaffen bestimmt „das zweite nukleare Zeitalter“¹⁴, das die Gefahren des ersten übertreffen könnte,

¹⁴ *Jonathan Schell*: Die Politik des Friedens. Macht, Gewaltlosigkeit und die Interessen der Völker, München 2003.



Quelle: Wikipedia; ©White House

Barack Obama warb in einer Rede in der Universität von Kairo am 4. Juni 2009 für einen Neuanfang im Verhältnis zum Islam

weil es von einer zunehmenden Zahl unberechenbarer Akteure geprägt sein wird. Zudem wächst Hand in Hand mit der Weiterverbreitung von Massenvernichtungswaffen auch das Risiko, dass sie Terroristen in die Hände geraten. Das ist umso bedrohlicher, als es fundamentalistischen Tätern nicht darum geht, weltweite Aufmerksamkeit für ihre Sache zu erzielen, sondern darum, in absoluter Feindschaft wahllos möglichst viele „Amerikaner, Juden, Kreuzzügler und ihre Verbündeten“ zu töten, wie es in den Erklärungen von al-Qaida unverblümt heißt.

Präsident *Obamas* Vision von einer atomwaffenfreien Welt markiert einen Kurswechsel in der Atompolitik der USA. Sie wird von namhaften Vertretern des sicherheitspolitischen Establishments getragen und folgt einer Neubewertung der Bedrohungslage. Der Druck, die Weiterverbreitung von Atomwaffen zu verhindern, ist durch die inoffiziellen Atomkräfte und durch das Nuklearprogramm Teherans gewachsen. Die Risiken, dass fundamentalistische Terroristen in den Besitz von Nuklearmaterial gelangen könnten, haben dramatisch zugenommen. Da ihnen mit der hergebrachten Abschreckung nicht beizukommen ist, gilt es zu verhindern, dass Terroristen radioaktives Material in die Hände fällt. Je weniger davon weltweit im Umlauf ist, desto geringer sind die Risiken nuklearterroristischer Anschläge.

Dass der Präsident der Weltmacht USA für eine Welt ohne Atomwaffen eintritt, ist ein Paukenschlag. Er verändert manche der bisher angeblich unumstößlichen Gewissheiten der Politik im Atomzeitalter, selbst wenn *Obama* betonte, wie steinig der Weg zu diesem Ziel wird. Kein Wunder, begin-

nen nun selbst ernannte Realisten umgehend, *Obamas* „Idealismus“ und „Utopismus“ zu schmähen. Doch war auch die Abschaffung der Sklaverei einst eine Utopie! Die Europäer haben es mit in ihrer Hand, ob der Neuanfang gelingt oder nicht – durch Rüstungskontrolle, Drosselung der Rüstungsexporte, Sicherheitskooperation und Vertrauensbildung. Der neue START-Vertrag mit Russland belegt, dass internationale Rüstungskontrolle wieder auf der Agenda steht. Nach der vorangegangenen Rüstungskontrollpolitischen Eiszeit ist das immerhin ein Neuanfang.

Engagement zur Beendigung innerstaatlicher Kriege

Ausgehend von den wiedererstarkenden Taliban in Afghanistan haben wir im jüngsten Friedensgutachten gefordert, dass sich Friedenspolitik stärker als bisher mit innerstaatlichen Kriegen befassen muss. Während zwischenstaatliche Kriege weltweit zurückgegangen sind, gilt das leider nicht für Bürgerkriege und Aufstände. Sie dauern oft Jahre, fordern mitunter mehr Opfer als Kriege, lasten schwer auf der Zivilbevölkerung und sind besonders schwierig zu beenden. Internationale Akteure können helfen, Waffenstillstände und Friedensschlüsse zu erreichen. Sie können Sicherheitsgarantien und materielle Anreize in Aussicht stellen, um frühere Kriegsgegner zu reintegrieren. Noch entscheidender indes ist, dass sie dazu beitragen, die Ursachen für innerstaatliche Gewalt zu überwinden, was in der Regel auf tief greifende Reformen in Staat und Gesellschaft hinausläuft. Gewalttäter fallen nirgends vom Himmel. Vielmehr finden sie für ihren bewaffneten Kampf in der Regel nur dort gesellschaftliche Unterstützung und Legitimität, wo es an Partizipationsmöglichkeiten und Gerechtigkeit mangelt. Diesen Zusammenhang hat der „Krieg gegen den Terrorismus“ vernebelt, weil er alle nichtstaatlichen Gewalttäter über einen Leisten schlug.

Neue Strategie in Afghanistan und ehrliche Diskussion

Mehr als acht Jahre nach der Intervention ist die Lage in Afghanistan desolat.



Präsident Obama und Präsident Dmitry Medvedev unterzeichnen im April 2010 in Prag den neuen START-Vertrag

Trotz massiver Verstärkung der NATO-Truppen ist die Sicherheitslage verschlechtert, hat die Regierung in Kabul viel an Legitimität eingebüßt. Die Korruption ist endemisch, *Warlords* und Kriegsverbrecher sitzen in der Regierung, die Präsidentschaftswahlen wurden gefälscht. Kurzum: Die bisherige Afghanistan-Politik ist gescheitert. In Deutschland lehnen fast zwei Drittel der Bevölkerung den Afghanistan-Einsatz ab.

Die bisherige Afghanistan-Politik ist gescheitert

Wenn wir uns dennoch gegen einen sofortigen Abzug aus Afghanistan aussprechen, so deshalb, weil sich der Westen der Verantwortung für die Folgen seiner Afghanistanpolitik nicht einfach entziehen kann. Die Fehler der Vergangenheit in Afghanistan haben sich zu einem Probleberg akkumuliert, der jetzt nur noch schlechte Lösungen zulässt. Nicht einig waren wir uns darin, welche davon die am wenigsten schlechte ist.¹⁵

Ein sofortiger Truppenabzug würde den Bürgerkrieg intensivieren

Ich gehöre zu denen, die der neuen Strategie der USA – die man sich gewiss Jahre früher gewünscht hätte – eine Chance geben und deshalb dafür plädieren, die Debatte über einen Abzug um ein Jahr aufzuschieben. Dann erst lässt sich anhand der in der neuen Strategie formulierten *bench-*

marks beurteilen, ob diese erste Erfolge zeitigt. Dagegen würde ein sofortiger Truppenabzug den Bürgerkrieg zu intensivieren drohen, ähnlich wie das seinerzeit nach dem sowjetischen Abzug im Februar 1989 der Fall war. Mit Chaos oder gar einem raschen Sieg der Taliban verlören *Karzai* und seine Regierung Schutz und Unterstützung, wären Tausende von Afghanen, der Kollaboration mit dem Ausland bezichtigt, dem Rachebedürfnis der Sieger ausgesetzt. Zudem könnte sich Afghanistan auf Neue in ein Sanktuarium für transnationale Terroristen verwandeln, ganz abgesehen von der Destabilisierung der Nachbarstaaten und von demoralisierenden Auswirkungen für *Barack Obama* und für die transatlantischen Beziehungen.

Ein ähnliches Debakel wie in Afghanistan darf sich nicht wiederholen. Wir brauchen eine neue Debatte über militärische Interventionen. Eine gründliche, ehrliche und pragmatische Debatte darüber, was sich unter welchen Bedingungen und Voraussetzungen mit militärischen Mitteln erreichen lässt, und was die verschiedenen militärischen Interventionen seit 1989 erreicht haben. Warum und wann waren die einen erfolgreich oder zumindest teilweise erfolgreich? Warum und wann sind die anderen gescheitert? Ohne eine derartige kritische Evaluation wird es beim bloßen Improvisieren bleiben.

¹⁵ Vgl. *Christiane Fröhlich et al.* (Hrsg.): *Friedensgutachten 2010*, Berlin 2010, S. 3-15. Verwiesen sei auch auf die sechs analytisch dichten Einzelbeiträge zu Afghanistan von *Fotini Christia/Michael Semple*, *Winfried Nachtwei*, *Jochen Hippler*, *Naveed Ahmad Shinwari*, *Janet Kursawe* und *Arvid Bell*, die sich freilich mit Empfehlungen auffallend zurückhalten.



Dr. Bruno Schoch ist Wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Hessischen Stiftung Friedens- und Konfliktforschung und Mitherausgeber des Friedensgutachtens. Er ist über die HSFK-Adresse erreichbar: Baseler Straße 27 – 31, 60329 Frankfurt/Main.

E-Mail: schoch@hsfk.de

Die veränderten Rahmenbedingungen deutscher Sicherheitspolitik

Thomas Jäger

Nach dem Ende des Ost-West-Konflikts stellen sich neue sicherheitspolitische Herausforderungen, die unter grundlegend veränderten Bedingungen bearbeitet werden müssen. Sie entziehen sich jedoch weitgehend der autonomen politischen Steuerung durch die Regierung. Das Einsatzspektrum hat sich erweitert, ohne dass die Mittel und Konzepte entsprechend ausgebildet worden sind.

Sicherheit als zentrale Aufgabe des Staates und wesentliche Grundlage seiner Legitimation

Die Sicherheit einer staatlich verfassten Gesellschaft nach innen und außen zu gewährleisten, ist eine zentrale Aufgabe der Staatsorgane. Dies gilt umso mehr, als die staatliche Gestaltungskraft hinsichtlich

Im Zentrum der Bedrohungsanalyse steht nicht mehr das Aufeinandertreffen von zentral geleiteten Armeen, sondern die jederzeit und an jedem Ort mögliche Gewaltanwendung dezentral aufgestellter Gruppen

der sozio-ökonomischen Entwicklung in den letzten Jahren zurückgegangen ist. Dabei haben sich die engeren sicherheitspolitischen Aufgaben vom Management eines Großkonfliktes zwischen nuklear gerüsteten Mächten zur Verhinderung und Eindämmung asymmetrischer Kampfhandlungen

verschoben. Unter diesen versteht man Gewalt, die zwischen staatlichen und privaten Akteuren – etwa von einer Guerilla oder von Terroristen – eingesetzt wird. Damit veränderten sich die militärischen Sicherheitsrisiken erheblich. Nicht mehr das Aufeinandertreffen von hochgerüsteten, zentral geleiteten

und straff organisierten Armeen steht im Zentrum der Bedrohungsanalyse, sondern die jederzeit, an jedem Ort und mit breiter Wirkung mögliche Gewaltanwendung von dezentral aufgestellten Gruppen. Die Wirkung dabei ist zweifach gerichtet: sowohl auf die Vernichtung physischen Lebens und materieller Güter als auch auf die sozio-psychische Verfassung einer Gesellschaft. Angst und Schrecken sollen verbreitet werden.

Mit dem Ende des Ost-West-Konflikts ist insbesondere für Deutschland eine grundlegende Revision seiner sicherheitspolitischen Lage eingetreten. Beide deutsche Staaten lagen zuvor auf beiden Seiten der Systemgrenze, die Westen und Osten voneinander schied. Beide Staaten waren in antagonistische Allianzen eingebunden und diese waren militärisch enorm hoch gerüstet, sowohl nuklear als auch konventionell. Jeder Krieg hätte Europa von Grund auf verwüstet, weshalb die gegenseitige Abschreckung zwischen der NATO und dem Warschauer Pakt von so großer politischer und militärischer Bedeutung war. Unter der Warnung „wer zuerst schießt, stirbt als zweiter“ wurde angestrebt, die Gewaltanwendung zwischen den Blöcken verhindern zu können. Ob es am Ende wirklich die gegenseitige Abschreckung und die gesicherte Zweitschlagsfähigkeit waren, die einen Kriegsausbruch verhindert haben, oder andere Faktoren entsprechend wirkten, wird nie sicher geklärt werden können.

Mit dem Ende des Ost-West-Konflikts sah es zuerst für viele Beobachter so aus, als könne nun eine Friedensdividende ausgezahlt werden, indem die hohen Verteidigungshaushalte zusammengestrichen und das Geld anderweitig – für Bildung und die Entwicklungshilfe – eingesetzt werden könnte. Diese Hoffnungen trugen nicht weit. Zwar verschwanden einige Bedrohungen von einem Tag auf den anderen. Andere Bedrohungen jedoch zeichneten sich schon am Horizont ab.

Veränderungen in der Umwelt: Polarität, Transnationalisierung, Globalisierung und die Auflösung von Grenzen

Die neuen sicherheitspolitischen Herausforderungen entwickelten sich in einer



Quelle: National Archives and Records Administration ARC/Ronald Reagan Presidential Library

Läuteten das Ende des Kalten Krieges ein: Michael Gorbatschow und Ronald Reagan bei der Unterzeichnung des INF-Vertrages 1987

anderen inter- und transnationalen Umwelt als sie zuvor bestand.¹ Die Konflikte waren nicht mehr unter der Dominanz von zwei Supermächten eingeeht, sondern konnten sich in den Machtvakuen, die nach dem Rückzug der Bündnisvormächte entstanden waren, entfalten. Neue Formen kamen aufgrund der an Dynamik gewinnenden Globalisierung und Transnationalisierung hinzu.

Die Bedeutung Europas und Deutschlands für die amerikanische Außenpolitik sank In der internationalen Umwelt hatte sich 1989/90 das zweipolige System des Ost-West-Konflikts aufgelöst, die Sowjetunion existierte nicht mehr und die USA dominierten als letzte und einzige Supermacht die Staatenwelt. Im Zuge dieser Entwicklung sank die Bedeutung Europas und Deutschlands für die amerikanische Außenpolitik. Die amerikanische Regierung musste auf ihre europäischen Verbündeten nunmehr weniger Rücksicht nehmen. Aber auch die deutsche Regierung war nun erstmals in der Lage, in einer ordnungspolitisch wichtigen Frage (dem Irakkrieg) der einstigen Bündnisvormacht zu widersprechen und ihrem Aufruf zur Solidarität nicht zu folgen.

In der transnationalen Welt, die von multinationalen Unternehmen und gesellschaftlichen Gruppen gebildet wird, verstärkte sich der Trend zur Emanzipation von den Staaten. Einerseits hatte mit dem Ende der Sowjetunion die Marktwirtschaft über die Staatswirtschaft gewonnen, und die aus vielen anderen Ursachen zuvor angeschobene Politik der Deregulierung gewann nochmals frische Dynamik. Weil sie es ideologisch für richtig hielten oder weil sie sich in einem Wettbewerb mit anderen Staaten um Unternehmensstandorte und Arbeitsplätze sahen, lockerten die Staaten die Kontrolle über zwischengesellschaftliche Entwicklungen immer stärker. Andererseits wuchsen einige Unternehmen in dieser Folge so sehr, dass sie über mehr und mehr Fähigkeiten verfügten, die sie zuvor von Staaten erwarteten. Beispielsweise sichern viele Unternehmen ihre unterschiedlichen Standorte selbst, sie haben eigene Sicherheitsdienste aufgestellt.

Das große Wachstum dieser Unternehmen hängt zusätzlich mit einer Entwicklung zusammen, die als Globalisierung bezeichnet wird. Darunter ist die zeitliche und räumliche Komprimierung menschlichen Handelns gegen Null zu verstehen, die durch die Revolutionen in der Informations- und Kommunikationstechnologie möglich wurde. Finanztransaktionen in Sekundenschnelle, umfassende Korrespondenz in Realzeit, Live-Übertragung aller möglichen Ereignisse, kaum dass sie eingetreten sind: die Umwelt der Staaten erhielt eine völlig neue Gestalt.

Grenzen lösten sich auf, weil die Regierungen mittels ihrer Sicherheitsorgane nicht mehr in der Lage waren, die Prozesse der Transnationalisierung

Grenzen lösten sich auf, weil die Regierungen mittels ihrer Sicherheitsorgane nicht mehr in der Lage waren, die Prozesse der Transnationalisierung und Globalisierung zu kontrollieren

und Globalisierung zu kontrollieren. Wurde noch in den 1980er Jahren strikt zwischen äußerer und innerer Sicherheit getrennt, so war dies nun nicht mehr möglich. Rebellen, Terroristen, Organisierte Kriminalität und Schattenwirtschaft schufen im

Verbund neue Risiken für die gesellschaftliche Sicherheit. Parallel hierzu lösten sich aber auch die Grenzen zwischen militärischen und zivilen Sicherheitsaufgaben aus, die Aufgaben der Streitkräfte verbanden sich mit denen von Polizei einerseits und privaten Militärfirmen andererseits. Und schließlich löste sich die Grenze zwischen offizieller und klandestiner Sicherheitsgewährleistung auf, weil Regierungen sich zunehmend in die Lage versetzt sahen, ihre Gegner nicht mehr mit den ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln besiegen und gleichzeitig die eigene Bevölkerung von der Legitimität ihres Vorgehens überzeugen zu können. Sicherheitsleistungen erfolgten nun verstärkt verdeckt durch Spezialkräfte und Dienste.

Neue sicherheitspolitische Herausforderungen

Dabei fokussieren Bedrohungsanalysen bisher noch hauptsächlich Gefahren, die eine militärische oder quasi-militärische Vorgehensweise implizieren. Terrorismus, die Weiterverbreitung von Massenvernichtungswaffen, Staatszerfall und die damit einhergehenden Gefahren sowie regionale Konflikte, die auch zwischenstaatliche Kriege möglich sein lassen, die Sicherheit des Cyberspace und Energie-

¹ Ausführlicher hierzu *Thomas Jäger/Rasmus Beckmann*: Die internationalen Rahmenbedingungen deutscher Außenpolitik, in: *Thomas Jäger/Alexander Höse/Kai Oppermann* (Hrsg.): *Deutsche Außenpolitik. Sicherheit, Wohlfahrt, Institutionen und Normen*, Wiesbaden, 2007, S. 13-39.

sicherheit.² Die Aufzählungen solcher Bedrohungen etwa in der Europäischen Sicherheitsstrategie von 2003 oder im Weißbuch der Bundesregierung von 2006 haben dabei stark additiven Charakter, indem sie Gefahren zusammenstellen, ohne sie nachvollziehbar nach Prioritäten zu ordnen. Das aber erst würde die Sicherheitsinstitutionen in die Lage versetzen, sich auf bestimmte Bedrohungen vorzubereiten, indem Ausbildung und Ausrüstung darauf ausgerichtet werden. Doch bleiben die regierungsseitigen Ausführungen vage, was angesichts der Vielzahl der neuen sicherheitspolitischen Herausforderungen nicht verwundert. Die folgende Liste verdeutlicht die Fülle der unterschiedlichen Herausforderungen und ist noch nicht einmal vollständig.³

Der *Terrorismus* wird als eine zentrale Bedrohung wahrgenommen, nicht zuletzt, weil in ihm das „Entgleiten des Feindes“ sichtbar wird. Terroristen können jederzeit und überall zuschlagen, sie können viele Mittel einsetzen und geben sich erst im Moment der Tat zu erkennen. Die Proliferation von Nuklearwaffen wird als weitere Bedrohung angesehen, einerseits, weil „unberechenbare Regime“ wie der Iran oder Nordkorea über diese politisch und militärisch wirksamen Nuklearwaffen verfügen können, andererseits weil befürchtet wird,

Ein nuklearer Terrorakt gilt als größte sicherheitspolitische Herausforderung

über diese Paria-Staaten könnten Terroristen diese Waffen in ihre Hände bekommen. Ein nuklearer Terrorakt gilt als größte sicherheitspolitische Herausforderung.⁴ In diese Gefährdung durch Massenvernichtungsmittel fallen auch biologische und chemische Waffen.

Nicht mehr zwischenstaatliche, sondern *asymmetrische Kriege* sind die häufigste Erscheinungsform kollektiver Gewaltanwendung. Staaten und private

2 Vgl. hierzu für die deutsche Sicherheitspolitik *Bundesministerium der Verteidigung* (Hrsg.): Weißbuch zur Sicherheitspolitik Deutschlands und zur Zukunft der Bundeswehr, Berlin, 2006; Ein sicheres Europa in einer besseren Welt. Europäische Sicherheitsstrategie vom 12.12.2003, unter: <http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cmsUpload/031208ESSIIDE.pdf> (Zugriff am 8.5.2010)

3 Für einen Überblick über die Herausforderungen und die sicherheitspolitische Diskussion vgl. *Paul D. Williams* (Ed.): *Security Studies. An Introduction*, London und New York, 2008

4 Für eine kritische Diskussion dieser Problematik vgl. *Brian Michael Jenkins*: *Will Terrorists go Nuclear?* New York, 2008, und *Graham Allison*: *Nuclear Terrorism. The Ultimate Preventable Catastrophe*, New York 2004.



Symbol für die Bedrohung durch den Terrorismus: Die Reste des World Trade Centers am 13.09.2001

Gruppen stehen im militärischen Konflikt miteinander. Wie man diese Kriege gewinnen kann, ist eine der besonders herausfordernden Fragen.⁵ Nachdem an wichtigen Kriegsschauplätzen (im Irak, in Afghanistan) deutlich wurde, dass Partisanen, Guerilleros und Terroristen allein militärisch nicht besiegt werden können, zielen die Aufstandsbekämpfungsstrategien nun auf politische Stabilität und die Unterstützung der Bevölkerung ab.⁶

Angesichts der Abhängigkeit entwickelter Staaten und Gesellschaften von breiter und rascher Informationsverarbeitung und Kommunikation, insbesondere auch bei der Aufklärung, stellen Satelliten eine besonders wichtige Infrastruktur dar. Über Cy-

5 Aus der breiten Literatur vgl. *John A. Nagl*: *Learning to Eat Soup with a Knife. Counterinsurgency Lessons from Malaya and Vietnam*, Chicago 2002.

6 Das zentrale Dokument hierfür ist *Stanley A. McChrystal*: *Commander's Initial Assessment*, unter: http://media.washingtonpost.com/wp-srv/politics/documents/Assessment_Redacted_092109.pdf (Zugriff 6.5.2010).

berwar wird in den USA intensiv,⁷ in Deutschland erst zögerlich nachgedacht. Das gilt auch für die breitere Bedrohung der Infrastruktursicherheit.

Dabei sind *zwischenstaatliche Kriege* weiterhin möglich, auch wenn sie in Europa absehbar nicht erwartet werden. Sie können aber anderenorts ausbrechen und unter anderem die Frage nach *Humanitären Interventionen* aufwerfen. Schließlich stellen nach einem enormen Wachstum in den letzten zehn Jahren *Private Militärfirmen* eine Veränderung im sicherheitspolitischen Umfeld dar, die in der deutschen Diskussion weitgehend verdrängt wird.⁸ Denn abseits von Staaten lässt sich wirtschaftliche Macht leichter mit militärischer Macht verbinden.

In den parastaatlichen Gebieten bilden sich Gewaltmärkte aus Inzwischen sind ungefähr ein Viertel der Staaten von Prozessen betroffen, die als *Staatszerfall* bezeichnet werden. Dies reicht von der Einschränkung des Gewaltmonopols, das dann in bestimmten Regionen an andere Akteure abgegeben werden musste, bis hin zum völligen Staatszerfall, wie er beispielsweise in Somalia festzustellen ist. Die Piraterie vor der Küste Somalias, eine Gefährdung der für Deutschland so wichtigen Handelswege zur See, ist nur eine Folge davon.

Überhaupt bilden sich in den parastaatlichen Gebieten Gewaltmärkte aus. Diese sind davon gekennzeichnet, dass Profite durch Gewalt erzielt werden, Krieg also, um *Clausewitz* abzuwandeln, die Fortsetzung der Wirtschaft mit anderen Mitteln ist. In diesen Märkten werden häufig Bodenschätze geplündert, Entführungen zu einem einträglichen Geschäft und Drogenanbau und -handel geschützt. Über die *Transnationale Organisierte Kriminalität* sind die dort Gewalt ausübenden Gruppen auch mit den Industriestaaten des Westens verbunden. Denn dort wird das Geld verdient, das über Waffenkäufe und Korruption in die Gewaltmärkte zurückfließt.

Während die bisher angesprochenen Bedrohungen sichtbar Gewalt ausweisen und als Bedrohung benannt werden können, bergen andere Prozesse ebenso großes Konfliktpotential. Sie stellen für sich keine Sicherheitsgefährdung dar, können diese aber auslösen und verursachen. So können aus den Diskrepanzen der demographischen Entwick-

lung (Vergreisung der einen Gesellschaften, Verjüngendmachung der anderen) Prozesse resultieren, die Sicherheitsgefährdungen in beiden auslösen. Die zwischen Lateinamerika und den USA angesiedelten Maras (besonders gewalttätige Jugendbanden) sind nur ein Beispiel hierfür. Auch Migrationsprozesse können ausgelöst werden, nicht nur durch die demographische Entwicklung, sondern auch durch die Folgen des Klimawandels.

Im Zuge des Klimawandels wird es große Veränderungen für die Umwelt von Gesellschaften geben, die nicht unbedingt alle negativ sein müssen. Aber weite Teile der Welt werden negativ betroffen sein und Sicherheitsprobleme auslösen. Damit hängt nicht zuletzt auch die Ernährungssicherheit zusammen, die auch deshalb gefährdet sein kann, weil Nahrungsmittel in Konkurrenz zu anderen Rohstoffen in die industrielle Verarbeitung eingeführt werden (Biodiesel). Denn die Gewährleistung von Energiesicherheit gilt als eine besondere wichtige Aufgabe von Regierungen industrieller Gesellschaften, weil Energie das Fundament der Produktion und anderer Bedingungen gesellschaftlicher Stabilität darstellt. Wenn Gesundheitsgefährdungen (Pandemien z. B.) über Staatsgrenzen hinweg Gesellschaften bedrohen, ist die weltweite Gesundheit (Global Health)⁹ gefährdet. Auch dies stellt eine wichtige Herausforderung für die Regierungen dar, ebenso wie die erwarteten Konflikte um Wasser¹⁰.

Turbulente Welt

Der erweiterte Sicherheitsbegriff betrachtet nicht allein die politische und militärische Dimension von Sicherheit

Fügt man dieser Auflistung noch die Gefährdungen wirtschaftlicher Sicherheit¹¹ und kultureller Identität¹² hinzu, so wird deutlich, dass die staatliche Sicherheitsvorsorge allumfassend angelegt werden müsste, um die unterschiedlichen, sich

7 Hierzu kritisch *Martin C. Libicki: Conquest in Cyberspace. National Security and Information Warfare, Cambridge 2007.*

8 Hierzu *Thomas Jäger/Gerhard Kümmel (Hrsg.): Private Military and Security Companies. Chances, Problems, Pitfalls and Prospects, Wiesbaden 2007*

9 Vgl. *Harro Albrecht: Die Gesundheit der Welt in der internationalen Politik, in: Zeitschrift für Außen- und Sicherheitspolitik, H.1 2008, S.12-23.*

10 Unterschiedliche Aspekte der letztgenannten Gefährdungen behandelt *Harald Welzer: Klimakriege. Wofür im 21. Jahrhundert getötet wird. Bonn 2008.*

11 Im Zusammenhang mit den Spekulationen gegen den Euro wurde schon von einem „Angriffskrieg“ der Spekulanten gesprochen (Jochen Sanio, Präsident der Finanzaufsicht Bafin).

12 Wie mit dem Problem kultureller Konflikte umgegangen werden könnte, thematisiert *Joschka Fischer: Die Rückkehr der Geschichte. Die Welt nach dem 11. September und die Erneuerung des Westens, Köln 2005.*



Auf welche Gefahren sollen sich die Sicherheitskräfte vorbereiten? Hier eine Fallschirmbrigade der Bundeswehr bei einer Militärparade in Paris, 14. Juli 2007

in Zukunft möglicherweise zu Gefährdungsknäueln verbindenden Bedrohungen abwehren zu können.

Diese Entwicklungen werden im erweiterten Sicherheitsbegriff¹³ reflektiert, der nicht mehr allein die politische und militärische Dimension von Sicherheit betrachtet, sondern auch ökonomische, ökologische und kulturelle Sicherheit im Gegenhandeln von Staaten und Gesellschaften einbezieht. Nun ist es keineswegs so, dass diese Dimensionen in den Jahrzehnten zuvor nicht erkannt und analysiert wurden; sie waren aber durch die massive Gefahr eines Nuklearkrieges und die damit zusammenhängenden Fragen überdeckt. Indem diese eine Gefahr scheinbar zurückging, wurden die anderen Dimensionen von Sicherheit wieder stärker sichtbar und fanden damit Eingang sowohl in die öffentliche Debatte als auch in die politisch-strategische Planung.

Ein besonderes Problem für Sicherheitsorganisationen besteht nun darin, dass sie – wie alle Organisationen – das ausarbeiten, trainieren und immer

13 Die unterschiedlichen Dimensionen des erweiterten Sicherheitsbegriffs werden dargestellt in *Bundesakademie für Sicherheitspolitik: Sicherheitspolitik in neuen Dimensionen. Kompendium zum erweiterten Sicherheitsbegriff*, Hamburg u. a. 2001

wieder neu abstimmen müssen, was sie im Ernstfall ausführen sollen. In Krisenzeiten können Regierungen nur auf Instrumente zurückgreifen, die sie zuvor geschaffen haben. Wenn bestimmte Fähigkeiten nicht vorhanden sind, können sie auch nicht eingesetzt werden. Auf welche Gefahren aber sollen sich die Sicherheitsorgane vorbereiten? Da alles gleichzeitig nicht möglich ist, weil die menschlichen und finanziellen Ressourcen begrenzt sind und die Aufmerksamkeit der Führung beschränkt ist, kommt es wesentlich darauf an, frühzeitig zu erkennen, auf welche Gefährdungen sich eine Regierung vorbereiten möchte. Sie muss also identifizieren, welches die Hauptgefährdungen sind, und kann nicht bei einer Aufzählung von Gefahren („alles ist wichtig und auf alles soll man sich vorbereiten“) verharren.

Große Organisationen (staatliche Bürokratien, die Bundeswehr und die verschiedenen Polizeien) haben die inhärente Tendenz, sich gegen Innovationen zu wehren und die Welt weiter so zu betrachten, wie sie bisher gesehen wurde.¹⁴ Es ist jedoch kennzeichnend für die turbulente Weltordnung, dass die zukünftigen Entwicklungen volatiler und weniger wahrscheinlich vorherzusehen sind, als dies in den stabilen Verhältnissen der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts der Fall war. Das würde erfordern, sich auf ungewisse Zukünfte vorzubereiten; für große Organisationen eine nur schwer zu bewältigende Aufgabe.

Bedrohung oder Versicherheitlichung?

Hinzu kommt, dass es einen tiefreichenden Streit um die Ernsthaftigkeit verschiedener Bedrohungen und Risiken gibt, der neben den angeführten Sicherheitsfragen ganz andere Interessen berührt. Es liegt mitunter nämlich im Interesse bestimmter Bürokratien, ihre jeweiligen Arbeitsfelder sicherheitspolitisch zu definieren. Indem bestimmte Vorhaben – in der Entwicklungspolitik beispielsweise – als Sicherheitsinteressen formuliert werden, besteht eine größere Chance auf Haushaltsmittel, Stellen und öffentliche Aufmerksamkeit. Das ist ein Anreiz, Vorgänge sicherheitspolitisch aufzuladen, sie also zu versicherheitlichen.

Deswegen wäre für die einzelnen angeführten Gefahren zuerst zu klären, ob sie eine reale Bedrohung

14 *Thomas Jäger/Kai Oppermann: Bürokratie- und organisationstheoretische Analysen in der Sicherheitspolitik. Vom 11. September zum Irakkrieg*, in: *Alexander Siedschlag* (Hrsg.): *Methoden der sicherheitspolitischen Analyse. Eine Einführung*, Wiesbaden 2006, S. 105-134.

Für die einzelnen Gefahren wäre zuerst zu klären, ob sie eine reale Bedrohung darstellen oder ein „versicherheitlichtes Argument“ sind

darstellen oder ob sie ein „versicherheitlichtes Argument“ sind. Es könnte nämlich sein, dass auf diese Weise Aufmerksamkeit und Mittel in eine falsche Richtung gelenkt

werden. Auch dies ist ein gewichtiges Argument gegen eine additive Auflistung von Gefahren für Deutschland. Vielmehr ist zu fragen, welches die wichtigsten Bedrohungen sind, um sich auf diese vorzubereiten. Dann wäre auch mit guten sicherheitspolitischen Gründen zu entscheiden, ob beispielsweise der Einsatz in Afghanistan im nationalen Interesse Deutschlands liegt.

Grenzen militärischer Gestaltungsmacht

Ebenso wie der Krieg gegen den Irak ist auch der Krieg in Afghanistan ein Beispiel für die Grenzen militärischer Gestaltungsmacht. Bei beiden Kriegen kam und kommt hinzu, dass die jeweils kämpfenden Allianzen nicht wirklich durch eine gemeinsame Bedrohung zusammengehalten und motiviert wurden und werden. Von *Machiavelli* bis *Clausewitz*, um nur zwei wichtige Theoretiker zu nennen, gilt die Einsicht, dass Bündnisgenossen ohne gemeinsame Bedrohung keine verlässliche Kampfkraft aufbringen. So wird politikwissenschaftlich der Begriff der Allianz auch an die Existenz einer gemeinsamen Bedrohung gebunden. „Koalitionen

Politikwissenschaftlich wird der Begriff der Allianz an die Existenz einer gemeinsamen Bedrohung gebunden

der Willigen“ können ein sehr unzuverlässiges Instrument sein. Das gilt insbesondere, wenn der Kampf lang, verlustreich und absehbar erfolglos ist.

Die meisten Risiken und Bedrohungen lassen sich zudem militärisch oder durch Polizeieinsätze nicht bearbeiten. Dabei sind Risiken noch amorph und zeitlich weiter entfernt, müssen also politisch bearbeitet werden, z. B. durch präventive Maßnahmen auf nationaler und internationaler Ebene. Der Klimawandel ist hierfür ein gutes Beispiel. Bedrohungen werden hingegen als real wahrgenommen, sind zeitlich näher an der Gegenwart und werden häufig schon mit Akteuren identifiziert, die bekämpft oder beschützt werden können.

In der sicherheitspolitischen Diskussion wird intensiv reflektiert, dass dabei weniger militärische Ziele als politische Zwecke erreicht werden sollen, dass es weniger darum geht, die feindlichen Kämpfer zu

besiegen als ihr Umfeld (sprich: die Bevölkerung) auf die eigene Seite zu ziehen, dass es weniger um das Aufbieten großer Armeen geht, als um effektive, aber begrenzte Kampfunterstützung ziviler Kräfte. Reflektiert werden diese Einsichten in der Entwicklung zivil-militärischer Programme, die aber noch stark auf die militärischen Strukturen zugeschnitten sind. Je deutlicher aber gesehen wird, dass die asymmetrischen Konflikte lang andauern, einen hohen Wert im Schutz der Bevölkerung erkennen lassen und wesentlich darauf angewiesen sind, öffentliche Kommunikation zu steuern,¹⁵ desto stärker wird der Anteil ziviler Kräfte werden. Diese müssen dann allerdings auch ausgebildet und eingesetzt werden.

Joint, Combined und unter ziviler Führung

Um die neuen sicherheitspolitischen Herausforderungen erfolgreich bewältigen zu können, sind andere Sicherheitsinstitutionen, insbesondere veränderte Streitkräfte, erforderlich. Vor allem stellen sich die Aufgaben der Konzipierung und des Trainings der Einsatzkräfte. Dabei geht es insbesondere darum, die bisher separat konzipierten Einsätze von Teilstreitkräften zusammenzuführen (Joint), sie zu befähigen, im multinationalen Verbund die gewünschten Wirkungen zu erreichen (Combined) und mit zivilen Kräften, der Polizei, Ingenieuren, Lehrern, Ärzten, Sozialarbeitern und Entwicklungshelfern zusammenzuarbeiten.

Schon auf der Ebene der militärischen Verbände ist ein multinationales, streitkräftegemeinsames Vorgehen nötig

Dahinter steht die Einsicht, dass es nicht mehr alleine darum gehen kann, spezifische Wirkung auf einen Teil der gegnerischen Kampfverbände zu erzielen, allei-

ne militärische Macht zu entfalten oder alleine im nationalen Verband vorzugehen. Vielmehr ist schon auf der Ebene der militärischen Verbände ein multinationales, streitkräftegemeinsames Vorgehen nötig. Da kein Land allein die anstehenden Herausforderungen erfolgreich bewältigen kann, ist multinationales Handeln erforderlich. Schließlich muss der Primat des Politischen¹⁶ selbst noch auf der taktischen Ebene deutlicher beachtet werden. Wenn die Bevölkerung für die eigene Sache gewonnen werden soll, kann das Maß militärischen Vorgehens nicht der militärische Erfolg ohne Berücksichtigung der Nebenfolgen sein. Vielmehr

¹⁵ Damit sind nur drei von einer Vielzahl von Faktoren genannt.

¹⁶ Ein kräftiges Plädoyer hierfür hält *Klaus Naumann*: Einsatz ohne Ziel? Die Politikbedürftigkeit des Militärischen, Bonn 2010.



Quelle: wikipedia/Foto: U.S.Army
Die technologischen Revolutionen in der Informations- und Kommunikationstechnologie ermöglichen eine völlig neue Aufstellung der Streitkräfte.

muss, um dieses Ziel zu erreichen, wohl häufig auf bestimmte militärische Maßnahmen verzichtet werden, um die Dominanz der zivilen Ziele deutlich zu vermitteln.

Transformation der Streitkräfte

Zur Bewältigung der neuen Herausforderungen werden andere Streitkräfte benötigt, als sie für einen massiven Land-, Luft- und Seekrieg zwischen Staaten ausgerüstet, ausgebildet und trainiert wurden. Von der taktischen Ebene (wie werden einzelne Gefechte geführt?) über die strategische Ebene (wie werden die militärischen Ziele realisiert?) bis zur politischen Ebene (welche Zwecke sollen mit dem Einsatz von Streitkräften erreicht werden?) stehen die Verantwortlichen vor neuen Herausforderungen.

Dabei resultieren die veränderten Aufgaben der Streitkräfte nicht zuletzt aus den Prozessen der Globalisierung.¹⁷ Die technologischen Revolutionen in der Informations- und Kommunikationstechnologie ermöglichen eine völlig neue Aufstellung der Streitkräfte, um mittels Informationsüberlegenheit eine Dominanz der Wirkung zu erzielen.

17 David S. Alberts: Information Age Transformation. Getting to a 21st Century Military, Washington D.C. 2002.

Auslandseinsätze und öffentliche Meinung

„Die große Ernüchterung über die Sicherheitspolitik steht noch aus“,¹⁸ vermutet Klaus Naumann und hat angesichts der Bandbreite sicherheitspolitischer Aufgaben und der Begrenztheit von Mitteln und Strategien gute Chancen, mit dieser Prognose Recht zu behalten. Die Transformation der Bundeswehr und die Neuorganisation ziviler Sicherheitskräfte sind im Gange, aber der Prozess dauert an. Die Defizite in Logistik, Aufklärung und Wirkung sind größer als die schon erzielten Erfolge.

Eine nationale Sicherheitsstrategie wurde ebenso verhindert wie eine kohärente Rüstungskooperationspolitik

Vor allem aber beruhen die sicherheitspolitischen Handlungen der Bundesregierung derzeit auf zwei brüchigen Pfeilern. Der erste besteht darin, dass sich die Bundesregierung bisher noch erfolgreich einer nationalen Definition ihrer Sicherheitspolitik entziehen konnte. Eine nationale Sicherheitsstrategie wurde ebenso verhindert wie eine kohärente Rüstungskooperationspolitik. Der zweite besteht darin, dass die deutsche Öffentlichkeit bisher nicht wirklich für sicherheitspolitische Fragen interessiert wurde. Zwar ist eine deutliche Mehrheit beispielsweise für einen Abzug der Bundeswehr aus Afghanistan. Doch tritt das Thema nicht in den Vordergrund der Aufmerksamkeit, sondern landet bei den „wichtigen Problemen“ immer am Ende der Skala.

Eine breite sicherheitspolitische Diskussion wäre jedoch eine stabilere Grundlage für die politische Legitimation der entsprechenden Institutionen. Denn bezüglich der asymmetrischen Gefahren kann die deutsche Gesellschaft vor Überraschungen nicht sicher sein. Und die politische Steuerung der scheinbar entfernteren Risiken wird nicht ohne die „Logik des Mißlingens“¹⁹ erfolgen. „Freundliches

18 Klaus Naumann: Einsatz ohne Ziel? Die Politikbedürftigkeit des Militärischen, Bonn 2010, S. 117. Das folgende Zitat dort S. 119.

19 Dietrich Dörner: Logik des Mislingens. Strategisches Denken in komplexen Situationen, Reinbek 2001.

Desinteresse“ (Horst Köhler) wäre dann eine prekäre Grundlage für politische Legitimität.

Literatur

David S. Alberts: Information Age Transformation. Getting to a 21st Century Military, Washington D.C. 2002

Stanley A. McChrystal: Commander's Initial Assessment, unter: http://media.washingtonpost.com/wp-srv/politics/documents/Assessment_Redacted_092109.pdf (Zugriff 6.5.2010)

John A. Nagl: Learning to Eat Soup with a Knife. Counterinsurgency Lessons from Malaya and Vietnam, Chicago 2002

Harro Albrecht: Die Gesundheit der Welt in der internationalen Politik, in: Zeitschrift für Außen- und Sicherheitspolitik, H. 1 2008, S. 12-23

Joschka Fischer: Die Rückkehr der Geschichte. Die Welt nach dem 11. September und die Erneuerung des Westens, Köln 2005

Thomas Jäger/Rasmus Beckmann: Die internationalen Rahmenbedingungen deutscher Außenpolitik, in: Thomas Jäger/Alexander Höse/Kai Oppermann (Hrsg.): Deutsche Außenpolitik. Sicherheit, Wohlfahrt, Institutionen und Normen, Wiesbaden 2007, S. 13-39

Thomas Jäger/Kai Oppermann: Bürokratie- und organisationstheoretische Analysen in der Sicherheitspolitik. Vom 11. September zum Irakkrieg, in: Alexander Siedschlag (Hrsg.): Methoden der sicherheitspolitischen Analyse. Eine Einführung, Wiesbaden 2006, S.105-134

Thomas Jäger/Gerhard Kümmel (Hrsg.): Private Military and Security Companies. Chances, Problems, Pitfalls and Prospects, Wiesbaden 2007

Klaus Naumann: Einsatz ohne Ziel? Die Politikbedürftigkeit des Militärischen, Bonn 2010

Paul D. Williams (Ed.): Security Studies. An Introduction, London und New York 2008

Graham Allison: Nuclear Terrorism. The Ultimate Preventable Catastrophe, New York 2004

Bundesministerium der Verteidigung (Hrsg.): Weißbuch zur Sicherheitspolitik Deutschlands und zur Zukunft der Bundeswehr, Berlin 2006

Martin C. Libicki: Conquest in Cyberspace. National Security and Information Warfare, Cambridge 2007

Dietrich Dörner: Logik des Misslingens. Strategisches Denken in komplexen Situationen, Reinbek 2001

Brian Michael Jenkins: Will Terrorists go Nuclear? New York 2008

Harald Welzer: Klimakriege. Wofür im 21. Jahrhundert getötet wird, Bonn 2008

Bundesakademie für Sicherheitspolitik: Sicherheitspolitik in neuen Dimensionen. Kompendium zum erweiterten Sicherheitsbegriff, Hamburg u. a. 2001



Prof. Dr. Thomas Jäger ist Inhaber des Lehrstuhls für Internationale Politik und Außenpolitik der Universität zu Köln und Herausgeber der Zeitschrift für Außen- und Sicherheitspolitik. Er ist zu erreichen über die Adresse der Universität Köln: Gottfried-Keller-Str. 6, 50931 Köln

E-Mail: thomas.jaeger@uni-koeln.de

Zivile Konfliktbearbeitung im Schatten des Krieges

Uli Jäger

Gibt es zur militärischen Lösung von Konflikten eine unter friedenspolitischen Gesichtspunkten überzeugende Alternative? Dieser Frage stellt sich Uli Jäger in dem folgenden Beitrag angesichts aktueller kriegerischer Auseinandersetzungen, an denen die Bundeswehr beteiligt war und ist. Uli Jäger zeigt am Beispiel Afghanistan, wie schwierig gerade in diesem aktuellen Konflikt die Etablierung ziviler Lösungsversuche ist. Die Vermeidung militärischer Intervention setzt eine friedens- und sicherheitspolitische Strategie voraus, die auch präventiven Aktivitäten einen großen Stellenwert einräumt. Welche Überlegungen dazu in der Friedensforschung und Friedensbewegung und in friedensorientierten nichtstaatlichen Organisationen entwickelt wurden, wird vom Autor exemplarisch belegt.

„Nichts ist gut in Afghanistan.“ – Mit dieser Formulierung in ihrer Neujahrspredigt 2010 hat die damalige Ratsvorsitzende der Evangelischen Kirche in Deutschland, *Margot Käßmann*, eine heftige Debatte über den Einsatz der Bundeswehr in Afghanistan ausgelöst. Sieben Monate zuvor war der erste Soldat der Bundeswehr in Afghanistan während einer Kampfhandlung getötet worden. Fünf Monate später, im September 2009, kamen bei einem durch deutschen Befehl angeordneten Bombardement in der Nähe der afghanischen Stadt Kunduz über einhundert Menschen, darunter viele Zivilistinnen und Zivilisten, ums Leben. Wiederum sieben Monate später titelte das Nachrichtenmagazin *Stern* seine Reportage über den Tod von weiteren vier Bundeswehrsoldaten in Afghanistan mit „Wie der Krieg nach Deutschland kam“ – und brachte damit die Stimmung nicht nur von Angehörigen der Getöteten zum Ausdruck. Zuletzt zeigte der Rücktritt von Bundespräsident *Horst Köhler* Ende Mai 2010, wie schwierig es in Deutschland ist, über den Einsatz der Bundeswehr zu diskutieren. *Köhler* hatte Bundeswehreinätze im Ausland mit ökonomischen Interessen Deutschlands in Verbindung gebracht.

Die Bundeswehr im Kriegseinsatz? Viele Menschen in Deutschland reiben sich noch immer verwundert die Augen. Trotz der steigenden Anzahl der Bundeswehreinätze im Ausland hat man deren innen- und außenpolitische Brisanz lange Zeit in der Öffentlichkeit kaum zur Kenntnis genommen. Dabei sollte der im Jahr 2004 von der damaligen rot-grünen Bundesregierung verabschiedete „Aktionsplan Zivile Krisenprävention, Konfliktlösung und Friedenskonsolidierung“ eigentlich in eine andere Richtung weisen und die Rolle Deutschlands als friedensstiftende und zivile Macht untermauern.

Von einer systematischen Etablierung ziviler Konfliktbearbeitung auf politischer Ebene kann nicht die Rede sein

Leider kann seitdem von einer systematischen Etablierung ziviler Konfliktbearbeitung auf politischer Ebene nicht die Rede sein, und selbst erfolgversprechende Ansätze bleiben für die Öffentlichkeit im Schatten des Afghanistankrieges und traditioneller militärorientierter Denkmuster kaum sichtbar. Dazu trägt auch eine eher auf Gewalt- denn Friedensberichterstattung fokussierte Medienlandschaft bei.

Afghanistan: Keine Chance für zivile Lösungen?

Seit Beginn des Afghanistankonfliktes kamen über 1.700 Soldaten der in Afghanistan stationierten Truppen und zehntausende Zivilisten ums Leben. Das Friedensgutachten 2010 der fünf großen Friedensforschungsinstitute in Deutschland [Forschungsstätte der Evangelischen Studiengemeinschaft (FEST), Bonn International Center for Conversion (BICC), Institut für Entwicklung und Frieden (INEF), Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik (IFSH, Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung (HSFK)] lässt keinen Zweifel an der Beurteilung der Leistung der politisch für den Afghanistaneinsatz Verantwortlichen: „Die Afghanistanpolitik ist gescheitert“, so wird im Friedensgutachten 2010 festgestellt (Friedensgutachten 2010, S. 3) Noch schwerer wiegt die Beurteilung der verbleibenden Möglichkeiten, einen Weg aus der politischen und humanitären Katastrophe zu finden: „Es gibt keine optimalen Optionen mehr, jede hat ihren Preis. (...) Umstritten ist, welche Option die am wenigsten schlechte ist: Schneller Abzug aus Afghanistan oder Fortführung des Engagements mit neuer Strategie? Konditionierter oder bedingungsloser Abzug? Ende der Kampfoperationen oder Fortsetzung mit neuen Zielen?“ (Friedensgutachten 2010, S. 4) In einem sind die Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler einig: „Die ausländischen Truppen sind eine Ursache der Gewalteskalation. Sie bekämpfen Aufständische, verteidigen und schützen sich selbst, zögern die Niederlage hinaus, halten eine Statthalterregierung an der Macht, bilden Afghanen für den Krieg aus, schützen manche Zivilisten und töten andere. Die neue Strategie will zwar den zivilen Aufbau stärken, doch dient das lediglich der Flankierung militärischer Operationen. (...) Militärische Aufstandsbekämpfung und Schutz der Bevölkerung sind unvereinbar. Solange die NATO kämpft, wird sie Angst und Schrecken hervorrufen, aber auch den Widerstand stärken. (...) Die NATO kann nur

gewinnen, wenn sie die Kampfoperationen aufgibt“ (Friedensgutachten 2010, S. 9,10).

Keine Frage: Im zum Krieg eskalierten Afghanistankonflikt haben es Ansätze ziviler Konfliktbearbeitung schwer, und es ist ein Leichtes, diese als der Lage nicht angemessen abzuweisen und sie nicht einmal einer Prüfpflicht zu unterziehen. Dabei ist der Afghanistankonflikt nicht ohne Vorschläge für eine zivile Konfliktbearbeitung geblieben. So hat die Organisation „Kooperation für den Frieden“ – ein breiter Zusammenschluss von Friedens- und Menschenrechtsorganisationen – rechtzeitig dazu ein Dossier veröffentlicht. Die Kooperation hat sich zur Aufgabe gemacht, im Rahmen eines Monitoring-Projektes zivile Alternativen zum militärischen Konfliktaustrag zu entwickeln: „Wir wollen jedoch zeigen, es gibt sehr wohl zivile und menschenrechtlich geprägte Alternativen zu den vorherrschenden Kriegspolitiken. Dabei ist nicht zu erwarten, dass Friedensstiftung und -vermittlung durch einen einmaligen Akt erreicht werden. Vielmehr geht es darum, von verschiedenen Akteuren und Ansätzen aus einen Prozess ziviler Konfliktbearbeitung anzustoßen und damit die zunächst noch bestehenden Blockaden für einen Dialog zu überwinden“ (Kooperation für den Frieden 2009, S. 18). In Bezug auf Afghanistan führten Mitglieder der Kooperation unter anderem Gespräche mit der „Nationalen Friedens-Jirga“ (Afghanische Friedensversammlung), um gemeinsam zivilgesellschaftlich gestützte Wege aus der Sackgasse auszuloten. Ausgangspunkt der detaillierten Vorschläge: „Erst wenn die afghanische Bevölkerung eine Verbesserung ihrer Lebensverhältnisse unter Wahrung ihrer Autonomie und ihrer Würde erkennen kann, wird sie sich auch so engagiert für Frieden und gegen Konfrontation einsetzen, dass eine Chance entsteht, Frieden Wirklichkeit werden zu lassen“ (Kooperation für den Frieden 2009, S. 20). Um diesen Prozess zu fördern, wurden präzise und umsetzbare Anforderungen an alle beteiligten Konfliktakteure auf lokaler, nationaler und internationaler Ebene formuliert und erste Schritte (zum Beispiel die Vereinbarung lokaler Waffenstillstands- und Friedensabkommen) skizziert.



Quelle: Wikipedia, Foto: Khyberpass

Deutsche ISAF-Patrouille in Afghanistan

Die Änderung der Haltung der Konfliktakteure auf dem Weg zu einer Konflikttransformation vom militärischen zum zivilen Austrag ist auch ein Anliegen des Sicherheitspolitik- und Afghanistanexperten *Jochen Hippler*. Er formuliert notwendige Voraussetzungen für den Beginn substantieller Verhandlungen. Man kann, so Hippler, „schlecht mit einem Gegner Verhandlungen zur Konfliktlösung beginnen, wenn man gleichzeitig öffentlich verkündet, dass man ihn schwächen und militärisch an die Wand drücken will. Sich von diesem Ziel zu verabschieden, ist eine Voraussetzung für einen Verhandlungsprozess, der den Krieg beenden soll, statt ihn taktisch zu managen.“ (Hippler 2010, S. 8) Einen Schritt weiter geht der Rat der Evangelischen Kirchen in Deutschland. In einer Stellungnahme zum Afghanistanproblem heißt es: „Wir werben dafür, dass nicht die militärische Logik das Denken, Planen und Organisieren für Afghanistan beherrscht, sondern dass den zivilen Anstrengungen der Vorrang zukommt, der ihnen in friedensethischer Hinsicht gebührt. (...) Die Konsequenz kann nur heißen, die Arbeit der zivilen Friedenskräfte der Regierungen und den Beitrag der der Entwicklung und der humanitären Hilfe dienenden Nichtregierungsorganisationen quantitativ und qualitativ zu verbessern“ (EKD 2010).

Das Werben für zivile Alternativen ist dringend notwendig

Das Werben für zivile Alternativen ist dringend notwendig. Denn tatsächlich besteht der Eindruck, dass in Afghanistan die militärische Logik stetig die Oberhand gewinnt, wie sich an zwei Bei-

Quelle: Wikipedia; Foto: Matthew Leary



Aktionsfeld für CIMIC? Ein US-Soldat bei der Verteilung von Hygienebeutel an afghanische Mädchen im östlichen Afghanistan

spielen zeigen lässt. Zum einen nimmt die Verwischung zwischen der von der NATO geführten, von den Vereinten Nationen mandatierten International Security Assistance Force (ISAF) und der US-geführten Operation Enduring Freedom (OEF) immer mehr zu. Darüber hinaus wird von den für zivilen Aufbau zuständigen Nichtregierungsorganisationen die von Regierungsseite geforderte Nähe und Kooperation mit den Militärkräften beklagt. So wird im Zuge des Afghanistankonfliktes eine andere Debatte ausgetragen, weniger öffentlichkeitswirksam und doch sehr bedeutend für die zukünftige Richtung von Interventionen. Dabei geht es um die Frage, inwieweit Militär und zivile Kräfte kooperieren sollen. Das Konzept CIMIC (Civil-Military Cooperation) wurde erst recht zu einem Reizthema, als der neue Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, *Dirk Niebel*, ankündigte, keine Nichtregierungsorganisationen mehr unterstützen zu wollen, die sich dieser Zusammenarbeit verweigerten. Dazu *Cornelia Füllkrug-Weitzel*, Direktorin der Aktion *Brot für die Welt*: „Die zivil-militärische Zusammenarbeit ist Bestandteil der militärischen Operationsführung und bedeutet die strukturelle Einbindung zivilgesellschaftlicher – lokaler wie internationaler – Kräfte dort, wo rein militärische Mittel dauerhaft nicht zur erfolgreichen Kriegsführung und nachfolgenden Befriedung einer Region ausreichen. (...) Diese Unabhängigkeit ist die Basis für die Akzeptanz der Hilfe durch alle Kriegsparteien. Sie ist auch die Basis für die Sicherheit der humanitären Helfer, sie ist das Herz der Internationalen Codes of Conduct der humanitären Hilfe. Diese Unabhängigkeit wird

durch CIMIC nachhaltig untergraben. CIMIC ist der Totengräber des humanitären Völkerrechts“ (Füllkrug-Weitzel 2010, S. 34).

Zum Zweiten wird insgesamt beklagt, dass zu wenige zivile Kräfte zur Verfügung stehen, wenn es zum Beispiel darum geht, Polizisten als Freiwillige für die Ausbildung der Polizisten zu gewinnen. In einer Bilanz internationaler Einsätze schreibt die Friedensforscherin *Martina Fischer*: „Anstelle massiver Truppenpräsenz würden in vielen Nachkriegsregionen eher Polizeikräfte benötigt, die für Aufstandsbekämpfung

ausgebildet und ausgerüstet sind, sich von ihrem Mandat her als Durchsetzungsinstanz von vereinbartem Recht verstehen, im Sinne der Gewaltvermeidung und Deeskalation agieren und sich im Ernstfall für Gewaltanwendung individuell verantworten müssen. Aber es mangelt bislang hierzulande wie international noch an Phantasie und politischer Bereitschaft, entsprechende Einheiten in ausreichender Zahl aufzubauen und für UN-Einsätze bereitzustellen. Nachkriegsstabilisierung erfordert eine konsequente Unterstützung beim Aufbau von Institutionen, die physischen Schutz und Rechtssicherheit garantieren, und dem organisierten Verbrechen und Korruption wirksam begegnen können.“ (Fischer 2010)

Zivile Konfliktbearbeitung

Gleichwohl wird heute in unterschiedlichen Kontexten von Wissenschaft, Politik und Zivilgesellschaft über Ansätze, Chancen und Grenzen ziviler Konfliktbearbeitung intensiv diskutiert (vgl. Weller

Auf der internationalen Ebene spielt das Konzept der Krisenprävention eine herausragende Rolle

2007). Auf der internationalen Ebene spielt das Konzept der Krisenprävention eine herausragende Rolle. Es wird vor allem seitens der UNO gefördert und vorangetrieben mit dem Ziel, von der „Kultur der Reaktion zu einer Kultur der Prävention“ zu gelangen. Dazu gehören Instrumente wie die Einrichtung von Frühwarnsystemen, die Guten

Dienste und die rechtzeitige Vermittlung zwischen Konfliktparteien, die Förderung von Demokratie, ökonomischer Gerechtigkeit und Menschenrechten sowie Abrüstung und Rüstungskontrolle. Neben der Prävention geht es um unterschiedliche Wege zur Friedensschaffung (wenn der Konflikt bereits gewaltsam eskaliert ist) und um Maßnahmen der Friedenskonsolidierung nach Ende eines Krieges. Noch gibt es keine allgemein verbindliche Sprachregelung für die unterschiedlichen Ansätze (vgl. Schweitzer 2009). In der deutschen Politik hat der im Jahr 2004 von der damaligen Bundesregierung verabschiedete Aktionsplan „Zivile Krisenprävention, Konfliktlösung und Friedenskonsolidierung“ wichtige Zeichen gesetzt. Angesichts der großen Herausforderungen obliege es dem Staat, Mechanismen zur friedlichen Konfliktaustragung bereitzustellen oder entsprechende nichtstaatliche und informelle Instrumentarien zu fördern. „Ausgehend von einem erweiterten Sicherheitsbegriff gilt es, in tatsächlichen oder potenziellen Krisenregionen nicht nur die staatlichen Strukturen herzustellen oder zu stärken, die für die Vermeidung von Konflikten erforderlich sind, sondern auch Friedenspotenziale in der Zivilgesellschaft, bei den Medien und in Kultur und Bildung zu schaffen sowie die Lebenschancen der betroffenen Menschen durch geeignete Maßnahmen in den Gebieten Wirtschaft, Soziales und Umwelt zu sichern“ (Bundesregierung 2004, S. 36). Krisenprävention erfordere ein kohärentes und koordiniertes Handeln aller beteiligten staatlichen und nichtstaatlichen Akteure und berücksichtige zivile und militärische Maßnahmen. Der Aktionsplan und seine beiden bislang vorliegenden Umsetzungsberichte (2004-2006 und 2006-2008) sind nicht unkritisiert geblieben. Grundlegend wird auf den fehlenden politischen Willen bei der Umsetzung hingewiesen, massive Abstimmungsprobleme zwischen den beteiligten Ressorts werden genannt, moniert wird, dass der Aktionsplan keine haushaltstechnischen Weichenstellungen zugunsten eines Politik-

Trotz aller Anstrengungen reagiert die Politik weiterhin kurzatmig auf aufziehende oder bereits ausgebrochene Gewaltkonflikte

2009). Trotzdem gibt es kleine Erfolgsgeschichten in der Umsetzung. Dazu gehört die Etablierung des Förderprogramms *zivik*, angesiedelt beim Institut für Auslandsbeziehungen und ausgestattet mit Mitteln des Auswärtigen Amtes. *Zivik* berät Nichtregierungsorganisationen sowie das Auswärtige

wechselfs nach sich gezogen habe. Trotz aller Anstrengungen reagiere die Politik weiterhin kurzatmig auf aufziehende oder bereits ausgebrochene Gewaltkonflikte (vgl. Moltmann

Amt im Themenbereich der zivilen Konfliktbearbeitung und fördert, dokumentiert und evaluiert Projekte, die in Krisenregionen weltweit durchgeführt werden.

Bei den großen gesellschaftlichen Einrichtungen widmen sich vor allem die Kirchen dem Thema und setzen eigene Akzente. „Aus Gottes Frieden leben – für gerechten Frieden sorgen“ lautet das Motto einer Denkschrift des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland, EKD, aus dem Jahr 2007. Mit der Kategorie des „gerechten Friedens“ löste sich die EKD von der langjährigen Diskussion um die Legitimation „gerechter Kriege“. In der Denkschrift heißt es: „Im Rahmen des Konzepts des gerechten Friedens ist die zivile Konfliktbearbeitung eine vorrangige Aufgabe“ (EKD 2007: S. 108). In diesem Kontext wird eine Vielfalt von Aktivitäten genannt, die es aufeinander abzustimmen und zu vernetzen gilt:

- Unterstützung und Aufbau von zivilen Strukturen in Konflikt- und Krisenregionen (z. B. Förderung von Nichtregierungsorganisationen, Beratung und Begleitung beim Aufbau von Institutionen)
- Förderung und Aufbau demokratischer Strukturen und Rechtsorgane (z. B. Wahlbeobachtung, Monitoring von Polizei, Gerichtsverfahren und Gefängnissen, Beratung von Parteien und beim Aufbau oder der Reform von Rechts- und Sicherheitssystemen)
- Verständigung über Werte und Maßstäbe für gesellschaftliches Zusammenleben (z. B. Unterstützung von Wahrheitsfindung und Versöhnung, interreligiöse Dialoge und Mediationsangebote)
- Einflussnahme auf politische Prozesse der Meinungs- und Entscheidungsbildung (z. B. Monitoring bei Menschenrechtsverletzungen, Ermutigung lokaler Akteure für friedenspolitische Aktivitäten)
- Maßnahmen zur Deeskalation gewaltförmiger Konflikte (z. B. Begleitung gefährdeter Personen, Dialoge mit Konfliktparteien), friedenspädagogische Bildungsarbeit (z. B. Qualifizierungsangebote, gemeinsame Projekte mit Konfliktparteien)
- Netzwerkbildung und Förderung von Friedensallianzen (z. B. Unterstützung von Erfahrungsaustausch auch zwischen verschiedenen Konfliktregionen – wie etwa Nordirland und Kosovo – Politikberatung)
- gezielte Öffentlichkeitsarbeit (z. B. Beratung bei Berichterstattung, Ausbildung von Friedensberichterstattern)

- bildungspolitische Maßnahmen (z. B. Mediation in Schulen)
- Demobilisierung und Reintegration von Exkombattanten (z. B. durch Beratung, Traumaverarbeitung, Kampagnen gegen Kleinwaffen und Antipersonenminen)
- Förderung von Friedensforschung sowie Beachtung der sozio-kulturellen Aspekte des Geschlechterverhältnisses für Fragen von Gewalt und Frieden in den verschiedenen Handlungsfeldern. (vgl. EKD 2007, S. 112)

Abgesehen von diesen zivilen Maßnahmen spricht die EKD auch von einer „rechtserhaltenden Gewalt“ und formuliert: „In einer nach wie vor friedlosen, unerlösten Welt kann der Dienst am Nächsten aber auch die Notwendigkeit einschließen, den Schutz von Recht und Leben durch den Gebrauch von Gegengewalt zu gewährleisten“ (EKD 2007: S. 42). Die kritische Auseinandersetzung mit diesem Grundsatz hat gerade erst begonnen und wird vor allem in kirchlichen Kreisen weiter für Diskussionsstoff sorgen.

Schließlich wird das Thema zivile Konfliktbearbeitung im zivilgesellschaftlichen Bereich von zahlreichen Nichtregierungsorganisationen gefördert, und die gleichnamige „Plattform Zivile Konfliktbearbeitung“ hat es sich als Zusammenschluss auch zur Aufgabe gemacht, die zwingend notwendige Legitimation für zivile Alternativen zu Gewalteskalation und Krieg in der Öffentlichkeit zu erhöhen (www.konfliktbearbeitung.net). Auch die Politische Bildung kümmert sich auf höchster Ebene um das Thema: so findet sich im Internetangebot der Bundeszentrale für politische Bildung ein ganzer Bereich mit knappen und gut formulierten Sachartikeln zu unterschiedlichen Aspekten des Themas.



Symbol für Kriegszerstörung und Wiederaufbauwille: die Gedächtniskirche in Berlin

Klein, aber fein: Ziviler Friedensdienst

Der Zivile Friedensdienst (ZFD) ist eine von den 160 Maßnahmen, die im Aktionsplan der Bundesregierung aufgegriffen wurden, und die gemeinsam mit Trägern der staatlichen Entwicklungszusammenarbeit und Nichtregierungsorganisationen aus dem Friedensbereich tatsächlich umgesetzt wurde. Der ZFD ist ein Programm, das vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) gefördert wird und zwar in den Jahren 1999 bis 2009 mit rund 116,8 Millionen Euro. Getragen wird der ZFD von staatlichen und nicht-staatlichen Trägerorganisationen. Sie bereiten Friedensfachkräfte auf ihre Einsätze in Konflikt- und Kriegsregionen vor und entsenden sie dorthin. Die Fachkräfte arbeiten grundsätzlich mit örtlichen Partnerorganisationen oder Friedensinitiativen zusammen. Seit Gründung des ZFD 1999 wurden insgesamt 528 Fachkräfte in 50 Länder entsandt (Stand 30.9.2009) – nach Afrika, Asien, Lateinamerika, in den Nahen Osten und auf den Balkan. Anfang des Jahres 2010 waren knapp 200 Fachkräfte des Zivilen Friedensdienstes im Einsatz, und über 30 Personen befanden sich in Vorbereitungskursen. Über das Gesamtprogramm und alle Einsätze des ZFD entscheidet das BMZ im Einvernehmen mit dem Auswärtigen Amt.

In einer im Jahr 2008 überarbeiteten Fassung der „Standards für den Zivilen Friedensdienst“, herausgegeben vom Konsortium Ziviler Friedensdienst, werden folgende Handlungsfelder beschrieben:

- Aufbau von Kooperations- und Dialogstrukturen über Konfliktlinien hinweg (einschließlich Stärkung traditioneller Schlichtungsinstanzen)
- Schaffung von Anlaufstellen und gesicherten Räumen für Unterstützung und Begegnung von Konfliktparteien
- Stärkung von Informations- und Kommunikationsstrukturen zum Thema „Ursachen und Auswirkungen gewaltsamer Konflikte“ (u. a. Friedensjournalismus, Vernetzung, Monitoring von Konfliktverläufen)
- Reintegration und Rehabilitation der von Gewalt besonders betroffenen Gruppen (einschließlich Maßnahmen der psychosozialen Unterstützung/Traumabarbeitung)
- Beratung und Trainingsmaßnahmen zu Instrumenten und Konzepten ziviler Konfliktbearbeitung sowie beim Aufbau von Strukturen
- Friedenspädagogik (einschließlich Bildungsmaßnahmen zum Abbau von Feindbildern)
- Stärkung der lokalen Rechtssicherheit (Beobachtung der Menschenrechtssituation, Schutz

vor Menschenrechtsverletzungen, Aufbau und Stärkung lokaler Institutionen).

Es ist nicht einfach und vermutlich auch nur begrenzt möglich, die friedensfördernden Folgen von Maßnahmen wie dem ZFD wissenschaftlich zu erfassen bzw. nachzuweisen. Glücklicherweise liegen erste systematische Untersuchungen vor und weisen Wege, wie Wirkungsanalysen gestaltet werden können (vgl. Quack 2009). Offensichtlich sind Erfolge im Einzelnen unverkennbar. Davon zeugen auch Fallbeispiele, Erfahrungsberichte und Reportagen über die Arbeit der Friedensfachkräfte (vgl. Konsortium Ziviler Friedensdienst 2009). Gleichwohl bleiben die Bilanzen zum zehnjährigen Bestehen des ZFD ambivalent: „Die Effekte dieser Arbeit drohen jedoch zu verpuffen, wenn der politische Gesamtprozess ziviler Konfliktbearbeitung ausbleibt. Der Zivile Friedensdienst kann eine kohärente zivile Friedenspolitik nicht ersetzen“ (Schönegg 2009, S. 291).

Streitkultur als Voraussetzung

Zurück zu Afghanistan: Folgt man Meinungsumfragen, so lehnten im Februar 2010 über 60 Prozent der Bevölkerung in Deutschland den Afghani- staneinsatz der Bundeswehr ab. Doch wie stehen die Menschen prinzipiell zum Einsatz militärischer Gewalt? Wie beantworten sie die Frage nach den Handlungsoptionen der Staatengemeinschaft, wenn innerhalb eines Staates Kriegsverbrechen, Völkermord und Verbrechen gegen die Menschlichkeit verübt werden (UNO-Konzept der Schutzverantwortung, Responsibility to Protect)? Sind sie bereit, auch mehr Anstrengungen für zivile Konfliktbearbeitung zu unterstützen, persönlich, inhaltlich und auch finanziell?

Viele Fragen bezüglich der militärischen Einsätze der Bundeswehr auf der einen und den Chancen und Grenzen ziviler Konfliktbearbeitung auf der anderen Seite sind offen

Viele Fragen bezüglich der militärischen Einsätze der Bundeswehr auf der einen und den Chancen und Grenzen ziviler Konfliktbearbeitung auf der anderen Seite sind offen. In einem Aufsatz

über die deutsche Afghanistanpolitik verweist die Sozialpsychologin und Friedensforscherin *Eva Senghaas-Knobloch* darauf, dass jede auswärtige militärische Intervention in den intervenierenden Demokratien eine Debatte im Inneren nach sich ziehe (vgl. Senghaas-Knobloch 2010, S. 22 ff.). Jetzt geht es darum, diese Debatte in Deutschland konstruktiv zu führen. Die politische Bildung im Allgemei-

nen und die Friedenspädagogik im Besonderen sind herausgefordert, ihren Beitrag zu dieser Auseinandersetzung zu leisten und den öffentlichen Diskurs zu fördern. Dazu gehört es auch, langjährige Tabuthemen wie das Töten im Krieg nicht unbe- rührt zu lassen. *Winfried Nachtwei*, ehemaliges Mitglied des Deutschen Bundestages und ausgewiesener Sicherheitsexperte, schreibt: „Ich habe mit Fallschirmjägern in Kunduz gesprochen. Was sie erlebt haben, waren Kriegssituationen. Als Lehrer habe ich im Unterricht mit den Schülern ‚Im Westen nichts Neues‘ gelesen, um bei den Jugendlichen ein Gefühl dafür zu schaffen, was Krieg bedeutet, was das mit den Menschen macht. Die Menschen der gegnerischen Parteien stecken in genau dieser Falle: Entweder du oder ich. Da geht es nicht mehr um irgendwelche Ziele. Man steht im Überlebenskampf gegeneinander. Der ganz elementare Überlebenswille – das ist der menschliche Schmierstoff fürs Funktionieren von Kriegen. Und genau das habe ich auch bei den Berichten der Fallschirmjäger aus dem Gefecht wiedergefunden. Entweder du oder ich.“ (Nachtwei 2010, S. 241 f.) Vor allem in der Friedenspädagogik kann man auf langjährige Erfahrungen zurückgreifen, wie solche an elementaren Lebensfragen ansetzenden Diskurse zu führen sind. Die Verknüpfung mit einer offenen, konstruktiven Sachdiskussion über die tatsächlichen besten Wege zum Frieden (nicht zum Sieg!) wäre ein substantieller Beitrag, „Gewaltbeziehungen in die Richtung weniger gewaltträchtiger Beziehungen zu transformieren“ (Senghaas-Knobloch 2010, S. 22 ff.).

Literatur

Deutsche Bundesregierung: Aktionsplan „Zivile Krisenprävention, Konfliktlösung und Friedenskonsolidierung“. Berlin 2004

Evangelische Kirche in Deutschland (EKD): Aus Gottes Frieden leben – für gerechten Frieden sorgen. Eine Denkschrift des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland, 2. Auflage Gütersloh 2007

Evangelische Kirche in Deutschland (EKD): Aus Gottes Frieden leben – für gerechten Frieden sorgen. Ein evangelisches Wort zu Krieg und Frieden in Afghanistan, Hannover, 25. Januar 2010

Martina Fischer: Friedenskonsolidierung – Zu den Widersprüchen internationaler Missionen in Nachkriegsregionen. In: *Hans Joachim Gießmann/A. Wagner* (Hrsg.): *Armee im Einsatz*, Baden-Baden 2010 (i. E.)

Friedensgutachten 2010. Herausgegeben von der Forschungsstätte der Evangelischen Studiengemeinschaft e. V. (FEST) u. a., Münster 2010

Cornelia Füllkrug-Weitzel: Interview in: zivil, Ausgabe 1/2010, S. 32-34

Jochen Hippler: „Taktisches Durchwursteln kann den Krieg nicht beenden“. Interview in: Welt-Sichten, Ausgabe 3/2010, S. 8-9

Kooperation für den Frieden (Hrsg.): Afghanistan-Konflikt. Dossier IV des Monitoring-Projektes Zivile Konfliktbearbeitung, Bonn 2009. Bezug: www.kooperation-frieden.de/

Konsortium Ziviler Friedensdienst (Hrsg.): Gewaltfrei für den Frieden. Menschen und Projekte – Eine Reise um den Globus, Frankfurt/Main 2009

Winfried Nachtwei: Der Krieg war terminologisch abgeschafft. In: *Ute Susanne Werner:* „Ich krieg mich nicht mehr unter Kontrolle“. Kriegsheimkehrer der Bundeswehr, Köln 2010, S. 235-247

Christine Schweitzer: Erfolgreich gewaltfrei. Professionelle Praxis in ziviler Friedensförderung. Ifa-Studie, Stuttgart 2009

Eva Senghaas-Knobloch: Afghanistan – Friede als Ernstfall. In: Blätter für deutsche und internationale Politik, 3/2010, Seite 21-24

Günter Schönegg: Zehn Jahre Ziviler Friedensdienst – Eine Zwischenbilanz. In: Friedensgutachten 2009. Münster 2009, S. 280-292

Martin Quack: Ziviler Friedensdienst: Exemplarische Wirkungsanalysen. Wiesbaden 2009

Christoph Weller: Zivile Konfliktbearbeitung. Aktuelle Forschungsergebnisse. INEF-Report 85/2007



Uli Jäger, Politikwissenschaftler M.A., ist Ko-Leiter des Instituts für Friedenspädagogik Tübingen e. V. und Lehrbeauftragter am Institut für Politikwissenschaft, Abteilung Internationale Beziehungen/Friedens- und Konfliktforschung der Universität Tübingen.

Er ist Mitglied im Wiss. Beirat der Deutschen Stiftung Friedensforschung, im Beirat Arbeitskreis Friedensauftrag der Kirchen der Württembergischen Landeskirche sowie in der Arbeitsgemeinschaft für Friedens- und Konfliktforschung, AFK, und Autor zahlreicher Veröffentlichungen zu den Themen Friedenspädagogik, Zivile Konfliktbearbeitung, Globales Lernen sowie Sport und Friedensförderung.

Adresse über das Institut: Corrensstr.12, 72076 Tübingen.

E-Mail: u.jaeger@global-lernen.de

Konflikt und Frieden in der politischen Bildungsarbeit am Beispiel des Krieges in Afghanistan

Gertrud Gandenberger

Der Einsatz deutscher Soldaten in Afghanistan wird von einer Mehrheit der deutschen Bevölkerung abgelehnt. In der öffentlichen Diskussion über diese umstrittene Frage ist auch die politische Bildung gefordert. Gertrud Gandenberger erläutert in ihrem Beitrag die Bedeutung dieses Themas, dessen Komplexität zu begreifen unerlässliche Voraussetzung für die Herausbildung einer begründeten Position ist. In ihrer Darstellung wird nicht nur deutlich, welche Fragen und Probleme sich mit der Entscheidung für den Einsatz verbinden, sondern auch wie schwierig es ist, ethischen Ansprüchen, politischen Handlungszwängen und Interessenlagen bei der Entwicklung von Konfliktstrategien in angemessener Weise Rechnung zu tragen.

In den letzten zwanzig Jahren boten der Zerfall Jugoslawiens, Kriegs- und Krisenherde in afrikanischen Staaten, in Afghanistan und Irak sowie in Staaten und Teilrepubliken der ehemaligen Sowjetunion Anlass für Seminare und Workshops. Gerade die militärische Einbindung deutscher Soldaten in Konfliktgebiete, die nicht im Rahmen von VN-Blauhelmeinsätzen stattfindet, sondern militärische Einsätze mit sogenannten robusten VN-Mandaten wie im Kosovo und in Afghanistan provozieren eine innergesellschaftliche Diskussion über das Völkerrechts- und Friedensverständnis, die in dieser Weise bis Anfang der 90er Jahre nicht angesagt war.

Die Auseinandersetzung mit der Frage „dürfen wir Krieg führen?“ steht nach dem ersten militärischen Einsatz der Bundeswehr im Verbund der NATO im Kosovo 1999 wieder auf der Agenda der politischen Bildungsarbeit. Schon in den 90er Jahren entflammte an der militärischen Intervention der USA im Irak die Debatte über die Legitimation von Kriegseinsätzen demokratischer Staaten, die in instabilen Regionen intervenieren, um Menschenrechte und wirtschaftliche Interessen zu verteidigen. Darf das Gewaltverbot der UN-Charta in Frage gestellt werden? Menschen- und Lichterketten in ganz Deutschland, von unterschiedlichen Friedensinitiativen und Parteien initiiert, zeigten, dass ein großer Teil der Gesellschaft militärische Einsätze nicht als zielführend oder als legitimes Mittel der Politik sieht, selbst wenn sie noch so ethisch-moralisch gerechtfertigt erscheinen wie z. B. zur Verhinderung von massiven Menschenrechtsverletzungen. Fast zwanzig Jahre danach verdeutlichen die Auseinandersetzungen über Aussagen von Repräsentanten aus Politik und Gesellschaft zur Rechtfertigung militärischer Einsätze der Bundeswehr wie z. B. in Afghanistan die innergesellschaftliche

Zerrissenheit angesichts der Problematik. Beispielhaft dafür werden hier die Aussagen von *Margot Käßmann*, ehemalige Ratsvorsitzende der EKD, und *Horst Köhler*, ehemaliger Bundespräsident, zitiert.

Käßmann: „Nichts ist gut in Afghanistan. All diese Strategien, sie haben uns lange darüber hinweggetäuscht, dass Soldaten nun einmal Waffen benutzen und eben auch Zivilisten getötet werden. Das wissen die Menschen in Dresden besonders gut! Wir brauchen Menschen, die nicht erschrecken vor der Logik des Krieges, sondern ein klares Friedenszeugnis in der Welt abgeben, gegen Gewalt und Krieg aufbegehren und sagen: Die Hoffnung auf Gottes Zukunft gibt mir schon hier und jetzt den Mut, von Alternativen zu reden und mich dafür einzusetzen. Manche finden das naiv. Ein Bundeswehroffizier schrieb mir, etwas zynisch, ich meinte wohl, ich könnte mit weiblichem Charme Taliban vom Frieden überzeugen. Ich bin nicht naiv. Aber Waffen schaffen offensichtlich auch keinen Frieden in Afghanistan. Wir brauchen mehr Fantasie für den Frieden, für ganz andere Formen, Konflikte zu bewältigen. Das kann manchmal mehr bewirken als alles abgeklärte Einstimmen in den vermeintlich so pragmatischen Ruf zu den Waffen. Vor gut zwanzig Jahren haben viele Menschen die Kerzen und Gebete auch hier in Dresden belächelt....“.

(http://www.ekd.de/predigten/2010/100101_kaessmann_neujahrs-predigt.html)

Köhler: „Meine Einschätzung ist aber, dass insgesamt wir auf dem Wege sind, doch auch in der Breite der Gesellschaft zu verstehen, dass ein Land unserer Größe mit dieser Außenhandelsorientierung und damit auch Außenhandelsabhängigkeit auch wissen muss, dass im Zweifel, im Notfall auch militärischer Einsatz notwendig ist, um unsere Interessen zu wahren, zum Beispiel freie Handelswege, zum Beispiel ganze regionale Instabi-



Margot Käßmann und Horst Köhler regten mit ihren Aussagen die Diskussion über den Afghanistan-Einsatz der Bundeswehr an

©Foto Käßmann: Monika Lawrenz/LVH; ©Foto Köhler: Bundespräsidialamt

litäten zu verhindern, die mit Sicherheit dann auch auf unsere Chancen zurückschlagen negativ durch Handel, Arbeitsplätze und Einkommen. Alles das soll diskutiert werden und ich glaube, wir sind auf einem nicht so schlechten Weg.“

(<http://www.dradio.de/dkultur/sendungen/interview/1188780/>)

Diese beiden Zitate machen deutlich, dass der innergesellschaftliche Diskurs und die politische Debatte über die grundsätzliche Ausrichtung der deutschen Sicherheits- und Verteidigungspolitik auch nach über zehn Jahren militärischer (Kriegs-)Einsätze der Bundeswehr noch nicht ausreichend geführt werden. Es gibt keinen Konsens darüber, ob und zu welchem Zweck Deutschland militärische Einsätze als Möglichkeit in Erwägung ziehen soll, ungeachtet der Tatsache, dass geltendes nationales wie internationales Recht den Angriffskrieg verbietet.

Vor diesem aktuellen politischen und weltpolitischen Hintergrund ist politische Bildung im Rahmen von Kurzzeitpädagogik nicht einfacher geworden. Sie muss die Komplexität der Konflikte und die ihnen zugrunde liegenden Interessen der beteiligten Akteure auf die wesentlichen Sachverhalte reduzieren. Dabei darf sie ihre zentrale Aufgabe nicht aus dem Auge verlieren: Orientierungshilfe für die Teilnehmenden zu sein. Aus ihrem Wissen um einen Konflikt können sich die Teilnehmenden ein eigenes Bild machen und ein begründetes politisches Urteil fällen. Das ist jedenfalls die Idealvorstellung von der Auseinandersetzung mit Konflikten in der politischen Bildungsarbeit, wobei man weiß, dass die meisten Teilnehmenden bereits mit einer vorgeprägten Sicht auf einen Konflikt an einem Seminar teilnehmen, und es daher eine Herausforderung für die Pädagogik ist, ihnen die Komplexität des Konfliktes

Medien für ein Massenpublikum spielen eine wichtige Rolle, da sie mehr an den dramaturgischen Regeln der jeweiligen Präsentationsform orientiert sind als an denen einer realitätsgetreuen Vermittlung

und divergierende Positionen zu verdeutlichen. Hier spielen die Nachrichten bzw. die mediale Darstellung von Kriegen und Konflikten in den Medien für ein Massenpublikum eine wichtige Rolle, da sie mehr an den dramaturgischen Regeln der jeweiligen Präsentationsform orientiert sind als an denen einer realitätsgetreuen Vermittlung.

Da Massenmedien nach spezifischen Selektionskriterien arbeiten und dadurch die Komplexität der Sachverhalte reduzieren, werden auch die politisch-militärischen Prozesse verstellt und höchst unvollkommen, ja manchmal geradezu fragwürdig abgebildet (s. <http://www.hsfk.de/Massenmedien-und-Krieg-in-Demokratien->

[und-ihre-Bed.115.0.html](http://www.hsfk.de/Massenmedien-und-Krieg-in-Demokratien-und-ihre-Bed.115.0.html)). Vor diesem Hintergrund ist die politische Bildung gefordert, kritisch reflektiert und differenziert zu vermitteln. Darüber hinaus ist es von wesentlicher Bedeutung, Ideen und Instrumentarien der Konfliktbearbeitung und Möglichkeiten ihrer Nutzung in dem Konflikt aufzuzeigen.

Im Folgenden soll unsere Vorgehensweise in einer Seminareinheit dargestellt werden, die sich nicht nur auf den Konflikt in Afghanistan fokussierte, sondern die veränderte internationale Sicherheitsstruktur nach dem Terroranschlag am 11. September 2001 zum Inhalt hatte. Wichtig war uns, dass die Teilnehmenden durch die Informationen, Materialien und interaktiven Übungen selbst die ethisch-moralischen, politischen und wirtschaftlichen Herausforderungen, die mit dem Afghanistaneinsatz und seinen Auswirkungen auf die Weltordnung verbunden sind, erkennen, um sich anschließend ihr eigenes politisches Urteil zu bilden.

Hintergrund des Themas

Afghanistan mit den Taliban ist in der öffentlichen Meinung im Westen zum Sinnbild für die nicht-kalkulierbare Bedrohung eigener Sicherheit und eigenen Wohlstands geworden. Ein Konglomerat an Zuschreibungen zur Bedrohung der gesamten westlichen Welt durch in Afghanistan ausgebildete Islamisten der Terrororganisation al-Quaida und an Berichten über die massiven Menschenrechtsverletzungen der Talibanregierung gegenüber der eigenen Bevölkerung waren die Begründung für die „coalition against the terrorism“ in Afghanistan im Herbst 2001. Der VN-Sicherheitsrat bezeichnete die Anschläge in den USA in seiner am 12. September 2001 gefassten Resolution 1368 als „Bedrohung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit“. Zudem wurde das „naturgegebene Recht zur individuellen oder kollektiven Selbstverteidigung, das in der Charta der Vereinten Nationen anerkannt wird“, betont. In diesem Zusammenhang wurden die Anschläge des 11. September als bewaffneter Angriff im Sinne von Art. 39,51 UN-Charta eingestuft. Das Recht auf Selbstverteidigung nach Art. 51 der VN-Charta konnte geltend gemacht werden, und die anlaufende Operation Enduring Freedom wurde durch den Sicherheitsrat als ein Akt der Selbstverteidigung der USA gegen den von Afghanistan aus geplanten Angriff gewertet und damit völkerrechtlich legitimiert (was unter Völkerrechtlern allerdings umstritten ist). Deklariertes Ziel des militärischen Eingreifens: Unterstützung der afghanischen Regierung bei der Beach-

tung der Menschenrechte, bei der Herstellung und Wahrung der inneren Sicherheit und der Ausbildung der Sicherheitskräfte in Streitkräften und Polizei sowie bei der Auslieferung humanitärer Hilfsgüter und der Regelung der Rückkehr von Flüchtlingen. Nach der Machtübernahme in Kabul teilten die Alliierten das Land in militärische Zonen, die jeweils von einem Staat aus der „Koalition der Willigen“ verwaltet wurde. Einige Landesteile stehen nicht unter dem ISAF-Mandat, und dort wurde unter Führung der Vereinigten Staaten weiter Krieg gegen die Taliban geführt (Operation Enduring Freedom). Mit VN-Mandat wurde dann die Internationale Sicherheitsbeistandstruppe (= ISAF) zum Schutz der vorläufigen Regierung in Kabul gebildet. Zu der zunächst 5.000 Mann umfassenden Truppe stellte Deutschland das Hauptkontingent. Ab 2003 verlagerte sich der Schwerpunkt des Bundeswehr-Engagements von Kabul nach Nordafghanistan. Dort übernahm Deutschland 2006 auch die Führung des ISAF/NATO-Regionalkommandos Nord, zudem die Verantwortung für die Regionalen Wiederaufbauteams (PRTs) in Kundus und Faizabad, jeweils mit ziviler und militärischer Komponente.

Mit diesem von der VN legitimierten Krieg gegen das Taliban-Regime in Afghanistan vollzog sich ein Paradigmenwechsel im nationalen und internationalen Sicherheitsverständnis: „Die Freiheit Deutschlands wird am Hindukusch verteidigt“, argumentierte der damalige Verteidigungsminister *Peter Struck*. Mittlerweile sind fast neun Jahre vergangen, 43 Bundeswehrsoldaten sind umgekommen, die anderen beteiligten Nationen beklagen den Tod mehrerer hunderter Soldaten, und tausende Zivilisten fielen diesem Kriegseinsatz bislang zum Opfer. Milliarden Euro bzw. Dollar sind in den Wiederaufbau und die militärische Verteidigung geflossen. Die Aufgabe, Afghanistan zu befrieden und insgesamt zu stabilisieren, ist bisher nicht bewältigt worden. In Afghanistan kämpfen unterschiedliche Interessengruppen um Einfluss: Clans, Stämme, religiöse und ethnische Gruppen. Lokale Herrschaftsstrukturen verhindern die Entstehung eines einheitlichen afghanischen Staates.

Mit diesen Phänomenen muss sich die politische Bildung auseinandersetzen, will sie zum Verständnis des Konflikts, seiner Entwicklung und der aktuellen Situation beitragen.

Das gilt auch bei der Diskussion über die Frage, ob Deutschland überhaupt in Afghanistan Krieg führen darf. Im Folgenden soll eine Seminareinheit rekapituliert werden, die sich nicht nur auf den Konfliktaustrag in Afghanistan konzentrierte, sondern auch die innerdeutsche Debatte über das nationale Sicherheitskonzept nach dem Terroranschlag am 11. September 2001 einbezog.

„Afghanistan – Konfliktlagen in einem zersplitterten Land“

Den Einstieg in das Thema bildete ein Brainstorming zu der Frage, inwieweit der Einsatz der Bundeswehr in Afghanistan bereits als Kriegseinsatz bezeichnet werden kann. Die Pro- und Contra-Argumente wurden auf Karten notiert und auf einer Stellwand einander gegenübergestellt. Die Bewertung des Afghanistaneinsatzes als Kriegseinsatz überwog. Deutlich wurde in der Diskussion, dass die stabilisierende und friedenssichernde ISAF-Mission durch die nicht konventionelle Kriegführung der Taliban und anderer Gegner in Afghanistan immer mehr in den Hintergrund gedrängt wurde und es vermehrt zu militärischen Kampfeinsätzen kam. Die Ziele für das ISAF-Mandat sind nicht mehr kompatibel mit den Realitäten vor Ort, und die Bundeswehr wie auch ihre NATO-Partner befinden sich in

Quelle: Wikipedia/Foto: PRT Meymaneh



Wiederaufbauteams in Afghanistan: Hier: Norwegische Soldaten im Gespräch mit einem lokalen Repräsentanten

Die Ziele für das ISAF-Mandat sind nicht mehr kompatibel mit den Realitäten vor Ort

einer asymmetrischen Kriegssituation. Das zeigen, so die Teilnehmenden in ihrer Analyse, die Berichte über Attentate gegen die NATO-Truppen wie auch über Bombenangriffe seitens der NATO gegen die Aufständischen, der weiterhin ungehinderte Drogenanbau und die zersplitterten Machtstrukturen in Afghanistan. Die Bewertung, dass es sich nicht mehr nur um eine humanitäre Intervention handelt, sondern dass ein Krieg in Afghanistan geführt wird, verweist auf das Dilemma bei der Entscheidungsfindung, vor dem das deutsche Parlament erneut steht. Im Deutschen Bundestag wurde und wird weiter entschieden, ob das ISAF-Mandat weiter mit deutscher militärischer Beteiligung unterstützt wird. In einem Rollenspiel, das ich weiter unten beschreibe, beschäftigten wir uns mit eben dieser Frage.

Doch zuvor bearbeiteten wir die Geschichte des Konfliktes, die unterschiedlichen Interessen der beteiligten Akteure in Afghanistan und die Frage, vor welchen Herausforderungen die internationale Gemeinschaft steht, wenn sie ihren Auftrag, Sicherheit und Schutz der Menschenrechte in Afghanistan langfristig zu gewährleisten, erfüllen will. Die Teilnehmenden informierten sich über Quell- und Zeitungstexte und mit kurzen Filmausschnitten über die Geschichte Afghanistans, die militärische Intervention und die aktuellen Konfliktlagen sowie die Akteure innerhalb und außerhalb Afghanistans. Sie analysierten im Rahmen spezifischer Arbeitsaufträge die Voraussetzungen für die langfristige Lösung des Konfliktes. Als Hauptprobleme für eine Befriedung und Stabilisierung in Afghanistan wurden in der abschließenden Diskussion identifiziert:

- Durand-Linie: Das unübersichtliche Grenzgebiet zwischen Afghanistan und Pakistan ist ein sicheres Rückzugsgebiet für Taliban und Terroristen.
- Mittelalterliche Gesellschaftsstruktur: Afghanistan entspricht nicht den Kriterien der modernen Welt; die wichtigsten Machtfaktoren sind Waffen, Stammesloyalität und Korruption.
- Analphabetismus: Ein Drittel der Menschen kann weder lesen noch schreiben.
- Kein funktionierendes Justizsystem: Es urteilen immer noch die traditionellen islamischen Scharia-Gerichte.
- Drogenanbau: Afghanische Kriegsherren finanzieren aus dem Drogenverkauf den Kampf gegen die ausländischen Truppen und gegen die afghanische Regierung

- Die zivilen Hilfsprojekte beschränken sich meist auf die großen Städte – die Landbevölkerung wird davon nicht erreicht.

Das Clustern der Konfliktlagen und die Zuordnung der Akteure und Verantwortlichen in diesem Feld vermittelten den Teilnehmenden mit visueller Anschaulichkeit, wie komplex die Aufgaben sind, vor denen die internationale Gemeinschaft und vor allem das afghanische Volk stehen. Die moralisch-ethische Fragestellung ist: Darf Deutschland sich aus dem Land zurückziehen, ohne vorher eine stabile politische Situation und Menschenrechtslage zu etablieren und mit allen anderen Akteuren zu gewährleisten? Diese und die Frage, ob es für die deutsch-amerikanischen Beziehungen unabdingbar war, in die „Koalition der Willigen“ einzutreten, lösten eine angeregte Debatte unter den Teilnehmenden aus.

Die angemessene Reduktion auf die zentralen Konfliktfelder und Herausforderungen bewirkte, dass die Teilnehmenden nun in der Lage waren, die aktuelle Situation in Afghanistan zu beurteilen.

„Ist die Afghanistanstrategie der internationalen Staatengemeinschaft gescheitert?“

Anknüpfend an die Hintergrundinformationen sollten die Teilnehmenden in einem Rollenspiel, das die Bundestagsentscheidung über die Verlängerung des Einsatzes der Bundeswehr im Rahmen des ISAF-Mandates in den Mittelpunkt stellt, ihr im Seminar erworbenes Wissen anwenden. Die Teilnehmenden schlüpfen in die Rollen von Abgeordneten der im Deutschen Bundestag vertretenen Parteien und berieten über die Verlängerung des Afghanistan-Mandats für 2011. Mit Rollenkarten ausgestattet, die die aktuellen politischen Positionen der Fraktionen wiedergaben, arbeiteten die Teilnehmenden jeweils eine Stellungnahme ihrer Fraktion aus und stellten sich im Plenum der Diskussion mit den Rednerinnen und Rednern der anderen Fraktionen. Auffällig an dieser Diskussion war, dass sich alle Teilnehmenden an dem lebhaften Meinungsaustausch beteiligten. Die Diskutanten konnten sich dabei nicht nur auf ihre Rollenkarten beziehen, sondern griffen auf das erarbeitete Wissen aus der ersten Arbeitseinheit zurück, um ihre Argumente zu untermauern. Hierbei erkannten sie sehr deutlich das Dilemma, vor dem die Mandatsträger/-innen bei ihrer Entscheidung stehen: Einerseits zu wissen, dass ein sofortiger Abzug der deutschen Soldaten Frieden und Sicherheit in Afghanistan nicht näher bringt, und andererseits im

Bewusstsein, dass die Mehrheit der Bevölkerung mittlerweile gegen den militärischen Einsatz ist und die aktuelle Mission bisher nicht den gewünschten Erfolg brachte.

Als verantwortliche Mandatsträger mussten sie sich auch mit der Fragestellung auseinandersetzen, ob die zu beschließenden Maßnahmen ausreichen, um einerseits den internationalen Auftrag zu erfüllen und andererseits die Sicherheit der Soldaten zu gewährleisten. Darüber hinaus stellten sie sich der Frage, wie zivile Aufbaumaßnahmen in einem gefährlichen Gebiet gewährleistet werden sollen. Einerseits sollen zivile Helfer nicht schutzlos sein, andererseits sollte nicht der Eindruck aggressiven Vorgehens entstehen. Erkannt wurde, dass nur mit einem Selbstverteidigungsrecht ausgestattete Soldaten in sehr schwierige Situationen geraten können. Die Teilnehmenden einigten sich auf die Verlängerung des Mandats unter gleichzeitiger Berücksichtigung verstärkter ziviler Aufbauhilfe.

In der Auswertung des Rollenspiels formulierten einige Teilnehmer/-innen den Wunsch, dass über das eigentliche Mandat hinausgedacht werden sollte, um langfristig Sicherheit und Stabilität in Afghanistan zu gewährleisten. Sie waren durchaus in der Lage, die unterschiedlichen Sicherheitsrisiken zu identifizieren. Im Anschluss diskutierten sie die moralisch-ethische Fragestellung: Kann sich Deutschland unter diesen Voraussetzungen weiter militärisch engagieren, oder verlässt es damit die in der Verfassung formulierten Prämissen des eigenen Sicherheitskonzeptes? Müssten nicht alternative Handlungsoptionen entwickelt werden und die zivile Konfliktbearbeitung mehr als bisher das Mandat bestimmen? Wie könnte eine neue Strategie für Afghanistan im Jahre 2011 aussehen?

Den Teilnehmenden wurde durch die Beschäftigung mit dem konkreten ISAF-Mandat deutlich, dass die weltweiten Sicherheitsrisiken seit 2001 vielfältig und schwer kalkulierbar sind und es neuer Handlungsstrategien in der internationalen Politik bedarf, um ihnen zu begegnen. Es sei vordring-



© Deutscher Bundestag/Lichtblick/Achim Melde

7. Deutscher Bundestag, Sitzung am 26.11.2009 zum Thema: Bundeswehreinsatz Afghanistan (ISAF), Hier: Hammelsprung

lich Aufgabe der Politik und der internationalen Gemeinschaft, Strategien des zivilen und humanitären Krisenmanagements zur Konfliktbewältigung zu entwickeln.

Erfahrung und Reflexion

Das zunächst Bemerkenswerte ist, mit welchem Selbstverständnis junge Erwachsene die Tatsache betrachten, dass deutsche Soldaten in kriegsähnliche militärische Einsätze eingebunden sind, und wie nüchtern sie die Debatte um die Verlängerung des Bundeswehrmandates führten. Erst durch gezieltes Nachfragen und durch einzelne kritische Stimmen unter den Teilnehmenden wurde eine grundsätzliche Debatte über die Frage: Wann dürfen Bundeswehrsoldaten sich an Kriegsinterventionen beteiligen, welche Bedingungen bzw. Voraussetzungen sowohl international als in Bezug auf das betroffene Land müssen vorliegen? Es war uns wichtig zu verdeutlichen, dass ein Ereignis wie der Terroranschlag in New York zu einem Paradigmenwechsel auch in der deutschen Sicherheitspolitik geführt hat. Dass es dennoch kaum eine öffentliche Debatte darüber gibt, wie die Bundesrepublik auf zukünftige Konfliktlagen reagieren soll, ist bedauerlich, zumal der eigentliche Auftrag, Menschen zu schützen und sichere Strukturen aufzubauen, bisher nicht ausreichend erfüllt wird. Die Ablehnung des Afghanistaneinsatzes durch die

Mehrheit der Bevölkerung sollte Bundesregierung und Bundestag dazu veranlassen, sich zu fragen, welches sicherheitspolitische Konzept im 21. Jahrhundert verfolgt werden soll, das auf einer intensiven und transparenten öffentlichen Debatte und auf einer breiten Zustimmung der Bevölkerung basiert.

Diskussionswürdig und als Leitfragenkatalog geeignet, über die zukünftige Sicherheitspolitik allgemein und speziell über die Frage militärischer Interventionen nachzudenken, ist eine Anregung von *Peter Barth*.

Erstens: Völkerrechtliches Mandat. Für die deutsche Politik sollte klar sein, dass Kriseninterventionen mit deutschen Soldaten nie unilateral, sondern nur im multilateralen Rahmen und mit internationalem Mandat stattfinden, in der Regel durch den UN-Sicherheitsrat. Wichtig dabei ist auch die Qualität des Mandats: Orientiert es sich an den Realitäten des Ziellandes oder der Zielregion und entspricht es den Aufgaben, die die internationale Gemeinschaft von den Soldaten und zivilen Einsatzkräften erwartet? Ist es robust genug, erlaubt es durch Bezug auf Kapitel VII der UN-Charta den Interventionskräften, ihre Ziele auch gegen bewaffneten Widerstand durchzusetzen?

Zweitens: Erfolgsaussichten und Risiken. Hier sollten Entscheidungsträger regionalspezifischen und sicherheitspolitischen Rat einholen und nach der Akzeptanz einer Intervention und deutschen Truppen bei den Konfliktparteien wie nach der spezifischen Konfliktkonstellation fragen. Ist diese militärisch überhaupt mit einem vernünftigen Einsatz zu kontrollieren? Welches Verhältnis müssen militärische und zivile Einsatzkräfte haben? Reichen die vorgesehenen Ressourcen aus, um die gesetzten Ziele zu erreichen? Ist der beabsichtigte Erfolg der Intervention eindeutig definiert worden?

Drittens: Mögliche Dynamik einer Krise. Auch wenn dies Betroffenen zynisch erscheinen mag, ist es für Staaten legitim zu überlegen, ob es sich bei der jeweiligen Krise um eine rein lokale Auseinandersetzung oder aber um einen Konflikt handelt, der sich regional oder global auszuweiten droht. Falls dies nicht zu erwarten ist, kann eine Krisenintervention eher den Nachbarstaaten oder einem Regionalverband überlassen werden.

Viertens: Interessen und Ziele Deutschlands als europäischer und internationaler Akteur. Da globale Risiken nicht im nationalen Rahmen zu bewältigen sind, wird zu fragen sein, ob der geplante Einsatz Gefahren für Europa abwehrt. Kann er zur Beendigung regionaler Konflikte beitragen? Dient er der Bekämpfung des globalen Terrorismus oder der Stabilisierung gefährdeter Staaten? Kann er zur Absicherung von Staatsaufbau, Demokratisierung, Entwicklung und regionaler Kooperation im europäischen Umfeld beitragen? Aber auch: Stärkt eine Beteiligung deutscher Soldaten an einer geplanten Mission die Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP) oder die Vereinten Nationen? Trägt eine solche Mission zur Weiterentwicklung der EU als internationaler Akteur bei? Es ist auch zulässig zu erörtern, ob die Beteiligung an einer Mission dem Ansehen Deutschlands in der Welt, möglicherweise sogar dem Wunsch nach einem ständigen Sitz im UN-Sicherheitsrat förderlich ist, ob EU-Partner bei einer Mission in besonderem Maße engagiert sind oder ob sie einer Stärkung des Atlantischen Bündnisses dient.
(Zitiert aus: http://www.peterbarth.de/DA_58A_Vortrag.pdf, heruntergeladen am 13.6. 2010)

Literaturhinweise

Kursiv: Krieg und Frieden. Neue Herausforderungen für die politische Bildung, Heft 4/2003

Aus Politik und Zeitgeschichte: Pakistan und Afghanistan. 21-22/2010

Peter Barth: Afghanistan am Abgrund? http://www.peterbarth.de/DA_58A_Vortrag.pdf, 2009



Gertrud Charlotte Gandenberger, Politologin M. A., ist Studienleiterin am Internationalen Forum Burg Liebenzell und dort zuständig für die Bereiche Europäische Politik, Menschenrechte, Migration und Methodentraining und Internationale Jugendbegegnungen. Sie ist erreichbar über das Internationale Forum

Burg Liebenzell, 75378 Bad Liebenzell.

E-Mail: gandenberger@internationalesforum.de

Außerschulische politische Bildung zwischen Deskriptoren und Niveaustufen

Zur aktuellen Debatte um den Deutschen Qualifikationsrahmen

Boris Brokmeier/Paul Ciupke

Zur Zeit wird darüber diskutiert, wie der bereits beschlossene Europäische Qualifikationsrahmen auf nationaler Ebene durch einen Deutschen Qualifikationsrahmen umgesetzt werden soll. Boris Brokmeier und Paul Ciupke beschreiben in diesem Beitrag die bildungspolitischen Ziele und Vorgaben und die Schwierigkeiten bei der Entwicklung von Niveaustufen, in die auch informell oder nonformal erworbene Fähigkeiten und Fertigkeiten einbezogen werden sollen. Die Autoren problematisieren den Versuch, auch die Ergebnisse von Angeboten der außerschulischen Bildung messen und bewerten zu wollen und warnen insbesondere davor, die politische Bildung solchen Standardisierungen anzupassen.

Der hauptamtliche pädagogische Mitarbeiter Martin M. absolviert erfolgreich sein Master-Studium der Erziehungswissenschaften. Auf seinem Abschlusszeugnis der Universität ist nicht nur vermerkt, dass er mit Ende der Ausbildung den Titel „Master of Arts“ führen darf, sondern auch, dass dieser Abschluss der Niveaustufe 7 des Deutschen Qualifikationsrahmens (DQR) entspricht. Soweit ein Blick in das Zukunftsszenario europäischer Bildungspolitik.

Die Niveaustufe 7 ist die zweithöchste des DQR-Systems und bescheinigt dem Master of Arts, dass er „über Kompetenzen zur Bearbeitung von neuen komplexen Aufgaben- und Problemstellungen sowie zur eigenverantwortlichen Steuerung von Prozessen in einem wissenschaftlichen Fach oder in einem strategieorientierten beruflichen Tätigkeitsfeld verfügt.“¹ Das steht jedenfalls in den so genannten Deskriptoren zur Bewertung der jeweiligen Niveaustufen. Sollte Martin M. auf die Idee kommen, seine berufliche Tätigkeit in andere Länder der Europäischen Union zu verlegen, so kann er auf die Niveaustufe 7 des DQR verweisen, die günstigenfalls auch mit der gleichen Niveaustufe des Europäischen Qualifikationsrahmens (EQR) übereinstimmt. Potenzielle Arbeitgeber in Griechenland oder Großbritannien wären sofort über die Qualifikationen des deutschen Bewerbers im Bilde.

Soweit die Idee, die hinter dem Europäischen Qualifikationsrahmen (EQR) steckt und durch den Deutschen Qualifikationsrahmen ein Instrument zur nationalen Umsetzung erhalten soll. Dass die Politik der EU auf allen Handlungsebenen versucht, die Mobilität innerhalb Europas zu erhöhen, die Arbeitsmärkte durchlässiger zu gestalten und Anreize für

eine berufliche Tätigkeit innerhalb der EU-Länder schaffen will, ist nachvollziehbar und auch folgerichtig für das Zusammenwachsen der europäischen Nationalstaaten. Die Schleifspuren, die dieser Prozess in den nationalen Bildungssystemen hinterlässt, sind gleichwohl sehr bedenklich.

Zum Stand der Entwicklung

Zentrales Prinzip des EQR wie auch des DQR ist die Bewertung eines (non-) formalen Bildungsganges und nicht die Bewertung einer Person. Der Master-Abschluss erhält eine Einstufung, weil er mit bestimmten Kompetenzen verbunden ist. Über die tatsächlichen persönlichen Fähigkeiten gibt es keine Aussage, nur die Annahme, dass die Kompetenzen im Verlauf des Studiums auch tatsächlich erworben wurden. Zu nicht mehr und nicht weniger ist der EQR als Arbeitsinstrument konstruiert und als Empfehlung vom Europäischen Parlament im April 2008 angenommen worden.²

Nun gilt es, diese Empfehlung in deutsches Recht zu transformieren, um bis Ende dieses Jahres eine Rechtsgrundlage zu schaffen und bis Ende 2012 „alle neuen Qualifikationsbescheinigungen, Diplome und Europass-Dokumente“ mit einem „klaren Verweis auf das zutreffende Niveau“³ auszustatten. Ob dieser ambitionierte Zeitplan im Getümmel des deutschen Bildungsföderalismus auch eingehalten werden kann, steht noch in den Sternen. In Deutschland wurde im Jahr 2008 der „Arbeitskreis Deutscher Qualifikationsrahmen“ ins Leben gerufen. Er setzt sich zusammen aus den Vertreterinnen und Vertretern der großen Verbände, des Handels und des Handwerks, der Gewerkschaften, der Arbeitgeber, der Bundesagentur für Arbeit, zweier Bundesministerien, Hochschulen, Kultusministerkonferenz, Experten, dem Wissenschaftsrat und der Konzierten Aktion Weiterbildung. Unschwer zu erkennen ist die Dominanz der formalen und beruflichen Bildung sowie der Sozialpartner, die Ausdruck der europäischen Zielstellung ist, das lebenslange Lernen zur „Erhöhung der Beschäftigungsfähigkeit, Mobilität und sozialen Integration von Arbeitskräften und Lernenden“ (EU-Ratsempfehlung vom 23.08.2008) zu fördern.

Der Arbeitskreis DQR hat in seinem „Diskussionsvorschlag“ vom Februar 2009 acht Niveaustufen

1 Arbeitskreis Deutscher Qualifikationsrahmen: Diskussionsvorschlag eines Deutschen Qualifikationsrahmens für lebenslanges Lernen, Berlin 2009

2 Empfehlung des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. April 2008 zur Errichtung des Europäischen Qualifikationsrahmens für lebenslanges Lernen (2008/C 111/01)

3 ebd. Nummer (16), 3

entwickelt, die jeweils Kompetenzen beschreiben, die für die Erlangung einer Qualifikation erforderlich sind. Im Mittelpunkt steht ein definierter Kompetenzbegriff, der die Fähigkeit und Bereitschaft beschreibt, „Kenntnisse, Fertigkeiten sowie persönliche, soziale und methodische Fähigkeiten in Arbeits- oder Lernsituationen und für die persönliche Entwicklung zu nutzen“.⁴ Dem Diskussionsvorschlag liegt ein Vier-Säulen-Modell zu Grunde, das fachliche Kompetenzen (Wissen und Fertigkeiten) und personale Kompetenzen (Sozial- und Selbstkompetenz) für alle Niveaustufen abbilden soll, ohne eine Gewichtung vorzunehmen. Einigen schien sogar ein Drei-Säulen-Modell ausreichend, da sie Selbstkompetenz als Bestandteil von Fachkompetenz betrachteten.

In einem zweiten Schritt richtete der AK DQR vier branchenbezogene Arbeitsgruppen ein, die bis zum Mai 2010 eine exemplarische Zuordnung von rund 80 formalen Qualifikationen in den Bereichen Handel, Gesundheit, IT, Metall/Elektro vornehmen sollten. Dabei offenbarte sich die ganze breite Vielfalt fachbezogener und länderspezifischer Bildungsgänge. Die Frage, wie non-formal und informell erworbene Kompetenzen in den DQR eingepasst werden können, bleibt zunächst unbeantwortet. Der AK DQR hat dieses Thema, obwohl im EQR vorgesehen, einstweilen ausgeklammert und für eine nächste Bearbeitungsphase ab 2012 auf Wiedervorlage geparkt. Zwischenzeitlich wurde zu diesem Themenbereich ein Gutachten erstellt, das allerdings noch unter Verschluss gehalten wird. Der EQR empfiehlt ausdrücklich die „Validierung nicht formalen und informellen Lernens“, um Menschen, die erwerbslos sind oder sich in unsicheren Arbeitsverhältnissen befinden, eine stärkere Teilnahme am lebenslangen Lernen zu ermöglichen.

Für die Branchen-Arbeitsgruppen hieß das: Alle Abschlüsse von der Fachschule bis zum Master, von der beruflichen Einstiegs- bis zur Aufstiegsqualifizierung wurden betrachtet und anhand vorliegender Ordnungsmittel (z. B. Studien- und Prüfungsordnungen) bewertet und in die Niveaustufenmatrix eingepasst. Als unstrittig gilt die Einstufung der Promotion in die höchste Stufe (8), der Masterabschluss in Stufe 7 und der Bachelor in Stufe 6. Die exemplarische Zuordnung von berufsbezogenen Aus- und Fortbildungsgängen führte in den jeweiligen Gruppen zu unterschiedlichen Ergebnissen, die hier nicht in ihrer Komplexität dargestellt

werden können. Eine leidenschaftliche bis hitzige Diskussion entbrannte in den Arbeitsgruppen zwischen den Hochschulvertretern und beruflichen Bildungsträgern darüber, ob die in der beruflichen Bildung bzw. Weiterbildung erworbenen Qualifikationen ebenso hoch eingestuft werden können wie die der Hochschulabschlüsse.

Darüber hinaus wurden aber noch weitere Probleme offenbar. Relativ spät und vor allem erst, nachdem die Arbeitsgruppen nach z. T. langwierigen Diskussionen ihre Bewertungen vorgenommen hatten, kam die Kultusministerkonferenz mit ihrer Zuordnung der allgemeinbildenden Abschlüsse aus der Deckung. Diese sehen die Einstufung des Hauptschulabschlusses in Niveaustufe 2, den Realschulabschluss in Stufe 3, die Fachhochschulreife in Stufe 4 und das Abitur in Stufe 5 vor. Die Geister scheiden sich bei der Fachhochschulreife, die für einige Arbeitsgruppenmitglieder ebenfalls in Stufe 5 gehört. Die IT-Arbeitsgruppe hat sich z. B. nicht auf eine Einstufung des FOS-Abschlusses einigen können, da in einigen Bundesländern dieser Abschluss auch zum Besuch einer Universität berechtigt und folglich der Allgemeinen Hochschulreife gleichzusetzen ist.

Die Begutachtungsphase der Branchen-Arbeitsgruppen wurde auf eine fünfte Sitzung ausgedehnt, um die KMK-Ergebnisse hinsichtlich der Konsistenz mit den eigenen Zuordnungen zu überprüfen. Die in Kürze vorliegenden Berichte mit den jeweiligen Einstufungen sollen den weiteren Prozessverlauf zur Implementierung eines Deutschen Qualifikationsrahmens unterstützen. Eine nicht einfache Aufgabe bei der kontroversen Gemengelage in den Arbeitskreisen.

Wann und in welcher Form der DQR in Kraft tritt, ist noch nicht ausgemacht. Die besondere Situation des bildungspolitischen Föderalismus in Deutschland könnte zu weiteren Komplikationen führen. Inzwischen liegen Rechtsgutachten vor, die lediglich eine Empfehlung des Deutschen Bundestages an die Länder zur Anwendung des DQR vorsehen. Die Länder hingegen können diese Empfehlung aufgreifen oder ignorieren. Sicher ist, dass es kein DQR-Gesetz, verabschiedet durch den Deutschen Bundestag, geben wird.

Wie reagieren die Erwachsenenbildung und die außerschulische politische Bildung?

Wie und in welcher Weise das für die politische Bildung elementare non-formale und informelle Lernen nachträglich in den DQR eingebunden werden

⁴ Arbeitskreis Deutscher Qualifikationsrahmen: Diskussionsvorschlag für einen deutschen Qualifikationsrahmen für lebenslanges Lernen; Berlin 2009, S. 3

kann und welche Relevanz das ganze Unterfangen für die Angebotsvielfalt der außerschulischen politischen Bildung hat, lässt sich im Moment nur erahnen. Verschiedene Verbände, Träger und Einrichtungen der Weiterbildung, darunter das *Deutsche Institut für Erwachsenenbildung* in Bonn, der *Deutsche Volkshochschulverband*, der *Bundesarbeitskreis Arbeit und Leben*, die konfessionellen Verbände und der *Bundesverband der Träger beruflicher Bildung* haben sich im Dezember 2009 mit einer Stellungnahme öffentlich zu Wort gemeldet.⁵ Der *Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten* hat diese Erklärung nicht unterschrieben. Aber der kürzlich zurückgetretene Vorsitzende des *Bundesausschusses politische Bildung*, *Theo W. Länge*, hat sich für eine Beteiligung am DQR ausgesprochen.⁶

Die wichtigste Forderung der Träger ist die Anerkennung und Berücksichtigung der Leistungen der Weiterbildung im DQR. Die Stellungnahme listet dabei nicht nur die üblichen gesellschaftspolitischen und ökonomischen Begründungen lebenslangen Lernens auf, sondern verlangt entsprechende Anerkennungsstellen, die die in der Weiterbildung vermittelten Kompetenzen definieren, bewerten und damit vergleichbar machen. Das mag vielleicht für beruflich verwertbare Weiterbildungsangebote diskutabel sein. Die Frage für die außerschulische politische Bildung aber bleibt, ob es wirklich sinnvoll ist, sich hier – zumal man bisher gar nicht zur Beteiligung aufgerufen wurde – hineinzudrängen und damit die Standardisierung, Dauervermessung und inhaltliche Entleerung politischer Bildung voranzutreiben.

Bei der Umsetzung des Prinzips der Bewertung von Kompetenzen für die politische Bildung werden Konzipierung und Implementierung von Bildungsangeboten in einer Weise notwendig, dass die dort zu erwerbenden Qualifikationen einer Niveaustufe zugeordnet werden können. Welche Konsequenzen hat diese Ausrichtung für die bisher in der politischen Bildung übliche Vielfalt der Bildungsangebote und die Heterogenität der Teilnehmenden? Welcher Niveaustufe ist etwa eine fünftägige Studienreise nach Israel zuzuordnen? Wie attraktiv ist eine solche Studienreise für Masterabsolventen (Stufe 7), wenn die Reise unterhalb dieser Qualifikationsstufe zugeordnet wird? Oder eine Tagung zum Thema Gentechnik? Eine Gedenkstättenfahrt nach Auschwitz mit Gesamtschülern? Der Erwerb

5 Stellungnahme der Weiterbildung zum Deutschen Qualifikationsrahmen (DQR): http://www.bildungsverband.info/stellungnahme_dqr_weiterbildung1.pdf

6 Vgl. Bundesausschuss politische Bildung, Newsletter Ausgabe 1/2010, S. 2-4

des Demokratieführerscheins? Wie sollen diese Bildungsangebote verortet werden? Mischen sich weiterhin in Bildungsurlauben und anderen Veranstaltungen Menschen unterschiedlicher sozialer, beruflicher und regionaler Herkunft oder nur noch Teilnehmer/-innen ein und derselben Kompetenzstufe? Soll es künftig in der politischen Bildung ein streng nach Niveaustufen und Kompetenzkriterien sortiertes Angebot geben? Wie werden die Trägerangaben zur Bewertung der Inhalte überprüft?

Deutlich wird, dass die bisherige zivilgesellschaftliche Vielfalt des Angebots eingeschränkt werden könnte, dass wieder – wie schon mal in den 70er Jahren und damals auch mit guten Gründen verworfen – ein Baukastensystem und darüber hinaus eine rigide gesellschaftliche Wissenshierarchie drohen. Können kleine freie Träger ihre Angebote in diesem System überhaupt noch platzieren? Wird die Verankerung in der Niveaustruktur des DQR obligatorisch oder bleibt sie freiwillig? Darüber hinaus aber stellt sich das vielschichtige Problem der Validierung von Veranstaltungen. Inwieweit Kompetenzen bzw. die Leistungen politischer Jugend- und Erwachsenenbildung „messbar“ sind, ist schon seit einiger Zeit Gegenstand heftiger Kontroversen.⁷ Das Konzept der Kompetenzen selber suggeriert schon Messbarkeit. Aus der Erziehungswissenschaft gibt es hingegen eher zurückhaltende Antworten und komplexe Vorschläge zur Beantwortung des Problems, was die Ergebnisse politischen Lernens sind bzw. wie sich (politisches) Erwachsenenlernen im Lebenslauf auswirkt. Auf all diese Fragen gibt es zurzeit keine befriedigenden Auskünfte. Dennoch müssen die Träger politischer Bildung ihr Verhältnis zum Deutschen Qualifikationsrahmen klären. Man kann aber schon erahnen, dass sich die politische Jugend- und Erwachsenenbildung an ein völlig anderes Wissens- und Bildungsregime mit neuen Regulationsmechanismen überantworten könnte.

Das Bildungsverständnis in der politischen Jugend- und Erwachsenenbildung

Das Bildungsverständnis des DQR ist ein eng geführtes; es resultiert aus dem Zwang, Bildungsabschlüsse und sonstige erworbene Qualifikationen kommensurabel zu machen, um aus der hierarchischen Einordnung in die Kompetenzskala die Berechtigung auf bestimmte Arbeitsstellen und monetäre Einkünfte herzuleiten und zugleich eine subjektive Einordnung in eine bestimmte Form der Wirtschaftsverfassung zu ermöglichen.

7 Vgl. Klaus Ahlheim: *Vermessene Bildung?* Schwalbach/Ts. 2003

In der politischen Jugend- und Erwachsenenbildung dominiert hingegen – noch! – eine ganz andere Auslegung; sie ist nicht kongruent mit diesen Zielen. Dazu muss man nicht auf die Zweckfreiheit von Bildung, wie sie z. B. früher in der neuhumanistischen und geisteswissenschaftlichen Pädagogik postuliert wurde, rekurrieren. Dass in der Erwachsenenbildung ein aus der Aufklärung stammender, umfassender oder ganzheitlicher Bildungsbegriff die Selbstverständnissedebatten und praktischen Konzepte bestimmt hat, der damit den Rahmen des DQR überschreitet, bemerken auch die Weiterbildungsverbände in ihrer schon genannten Stellungnahme.

Diese Differenz verschärft sich noch bei der politischen Bildung. Während eine berufliche Qualifikation den Zugang zum Erwerbsleben eröffnet, verhält es sich in der Politik und der diskutierenden Öffentlichkeit so, dass jede/-r – unabhängig von Kompetenzen und Vorwissen – schon als mündige/-r Staatsbürger/-in und damit zur öffentlichen Teilhabe berechtigt vorausgesetzt ist. Auch in den Veranstaltungen der außerschulischen politischen Bildung sind Teilnehmende immer bereits als autonome Subjekte gedacht. Sie dürfen sich trotz unterschiedlicher Voraussetzungen, Kenntnisstände und Kompetenzniveaus äußern und beteiligen. Sie füllen nicht nur die Rolle der Lernenden aus, sondern sind auch zugleich Experten ihrer Lebenswelt, Anwälte ihrer Interessen, Konstrukteure einer künftigen Welt. Veranstaltungen der politischen Bildung in Bildungsstätten, Akademien, Volkshochschulen sind öffentliche Arenen, in denen diskursiv Orientierungen, Wertbezüge, Wissensbestände oder auch „nur“ Meinungen erarbeitet werden in der Absicht, dass diese nicht nur individuelle Dispositionen im Handlungsgefüge der Gesellschaft erlauben, sondern auch gesellschaftlich zustimmungsfähig sind. Veranstaltungen der politischen Bildung sind also kleine Öffentlichkeiten, in denen eine Beratung über die als wesentlich erkannten Zukunftsprobleme des Gemeinwesens stattfindet. Durch diesen Labor- oder Werkstattcharakter und die damit verbundene nötige inhaltliche Offenheit, die ein solches Lernarrangement kennzeichnen muss, werden die Teilnehmenden zu Kooperationspartnern und die vom Veranstalter gesetzten Ziele notwendigerweise relativiert.

Noch ein zweiter gewichtiger Einwand muss an dieser Stelle skizziert werden: In der Auflistung solcher Kompetenzen, die die politische Bildung insbesondere vermittelt und die in den DQR eingebracht werden können, werden immer wieder die sozialen, kommunikativen, emotionalen, persönlichen und prozeduralen Kompetenzen oder die –

wie man sie früher nannte – soft skills hervorgehoben. Das beruht vor allem auf dem Umstand, dass es sich hier natürlich auch um beruflich verwertbare Potenziale handelt. In der Auswahl gerade dieser durch Lernen entwickelten Befähigungen kommt es aber bereits zu einem deutlichen Kniefall gegenüber der zentralen regulativen Idee des EQR/DQR: nämlich der Herstellung von Beschäftigungsfähigkeit. Der ganzheitliche Anspruch verflüchtigt sich, bevor er überhaupt verhandelt wurde. Das ist allerdings kein Zufall. Denn die inhaltliche Seite politischer Bildung weist kaum jene unbestrittene und anerkannte Gewissheit auf, die etwa das Wissen der Ingenieure oder eines Arztes beanspruchen darf. Politisches Wissen ist nämlich extrem irrtumsanfällig und in normativer wie sachlicher Hinsicht kontrovers. Weil es zumeist kein „richtiges Wissen“ in der Politik gibt, dieses auch von vielen persönlichen Präferenzen abhängig ist und politisches oder öffentliches Handeln zahlreichen Kontingenzen und Kompromissen unterliegt, ist es auch recht schwierig, unbestrittene Wissensbestände und -stufen des Politischen zu definieren.

Der Bildungstheoretiker *Roland Reichenbach* hat formuliert, dass die Kompetenztheorien „politisch zahnlos“ seien, weil in ihnen zentrale Kategorien des Politischen wie Macht und Kontrolle keine Rolle spielen.⁸ Das klingt zunächst nur wie ein klassisches und formales politikwissenschaftliches Argument, aber mit der Favorisierung sozialer Kompetenzen als Bonum politischer Bildung wird diese in der Tat immer unpolitischer. Ein integrales Ziel politischer Bildung ist immer noch die Befähigung und Ermunterung der Menschen, sich an den Debatten über die Lösung wichtiger Fragen des Gemeinwesens zu beteiligen und diese mit zu entscheiden, nicht zuletzt auch durch politisches Engagement. Diesen Prozess nannte man früher auch die Emanzipation aus bisher nicht bewusst angeeigneten Traditionen und bornierten Verhältnissen. Der DQR müsste sich anmaßen, die Stufung der Emanzipation zu definieren. Dann allerdings dürften nur noch Promovierte Politik machen, denn dieser Titel garantiert die höchste Stufe der Erkenntnis, die Stufe acht des DQR. Die Zuspitzung macht deutlich, wie wenig vereinbar politische Bildung und DQR sind.

8 *Roland Reichenbach*: Soft skills: destruktive Potenziale des Kompetenzdenkens, in: *Pongratz, Ludwig A./Reichenbach, Roland/Wimmer, Michael* (Hrsg.): *Bildung – Wissen – Kompetenz*, Bielefeld 2007, S. 75

Die bildungspolitische Situation

Es geht beim DQR eigentlich um etwas beschränkt Funktionales, nämlich die Vergleichbarmachung von beruflichen Abschlüssen und darauf bezogenen Bildungstiteln. Für diesen Zweck mag es manche aner kennenswerten Gründe geben, aber es wäre gut, wenn es bei solcher Beschränkung bliebe. Denn bei dem Bemühen, das non-formale Lernen und damit auch die außerschulische politische Bildung möglichst umfassend in den DQR einzubringen, leistet man leider einem anderen problematischen Gesamttrend weiteren Vorschub.

Dieser besteht darin, die ökonomisch-sozialen Imperative der Zeit immer mehr in die Subjekte zu verlegen. Lebenslanges Lernen mutiert zum internalisierten Zwang, sich durch tägliches Lernen bereits heute für die fernere Zukunft zu behaupten.

Seit zwanzig Jahren oder noch länger wird bereits unter politischen Bildnern der mögliche Untergang der politischen Bildung im weiten Feld wirtschaftlich bestimmter Lernverhältnisse befürchtet: eine Anverwandlung der Förderung und der institutionellen Funktionsweisen an denen des Betriebes und seitenverkehrt die des Teilnehmers an den Status des Kunden, der selber nur noch nach den individuellen Renditen seiner Bildungsaktivitäten fragt. Der DQR und ähnliche Trends der letzten Zeit lassen solche Befürchtungen weiter wachsen. So wird mit dem Instrument des Profil-Passes und ähnlichen Kompetenz-Portefeuilles das ehrenamtliche Engagement (und damit implizit die Teilnahme an Veranstaltungen der politischen Bildung) nicht nur für die individuelle Behauptung im Berufsleben fungibel gemacht, sondern auch ein Gewöhnungsprozess implementiert, der aus dem wünschenswerten Umstand des Interesses an öffentlichen Fragen und sozialer Verantwortung eine erwartbare Größe, ja individuelle Pflicht macht.

Es gibt eine aktivierende Wende der Wohlfahrtspolitik, eine „Trendwende zur Einforderung sozialverantwortlicher Eigenverantwortung der Sozialstaatsbürger und -bürgerinnen hierzulande“⁹, und die ist auch in der politischen Bildung angekommen. Außerschulische politische Bildung verwandelt sich in eine Schuldbeziehung des Individuums zur Gesellschaft, ihr Wert droht nur noch danach bemessen zu werden, was sie zu Gemeinwesen und Arbeitsmarkt beiträgt. Nichtangepasstes wird nicht prämiert. Das bedeutet nicht zuletzt eine Gefährdung der bisheri-

gen besonderen Verfassung politischer Jugend- und Erwachsenenbildung, denn sie ist bisher idealtypisch durch drei Freiheiten gekennzeichnet:

- die Freiheit der Träger, das heißt ihre in der Regel nichtstaatliche und politisch-weltanschaulich vielgestaltige Existenz,
- die Freiheit des Angebotes bzw. der Programmplanung, das heißt die Abwesenheit von staatlich bestimmten Lehrplänen,
- die Freiheit der Teilnahme, was bedeutet: Teilnehmer/-innen kommen in erster Linie aufgrund eigener Präferenzen und nicht, weil sie geschickt werden oder einen Abschluss bzw. beruflich verwertbare Qualifikation erwerben wollen.

Die Ausübung dieser Freiheiten würde durch eine Eingliederung in das System des DQR erheblich Schaden nehmen. Die Produktionslogik subjektiver politischer Ressourcen, wie z. B. Orientierungen, Werthaltungen, Urteilsvermögen, Kritikfähigkeit, Einmischungs- und Partizipationsbereitschaft, Zukunftsvertrauen darf nicht einseitig rückgebunden werden an die Imperative gerade solch funktionaler Teillogiken wie der Garantie von Beschäftigungsfähigkeit oder Gemeinwohlverträglichkeit. Es ist allerdings auch anzunehmen, dass man den gewünschten Kompetenzstand der Bevölkerung nicht so steuern kann wie die Befüllung von Getränkeflaschen.

Die außerschulische politische Bildung sollte nicht das Bewusstsein ihrer öffentlichen Bedeutung und ihre Selbstachtung auf dem Umweg der Anerkennung im System der beruflich dominierten Kompetenzdebatte und deren Referenzrahmen beziehen. Sie könnte vielmehr offensiv das Selbstverständnis einer wichtigen Nische pflegen, die anders strukturiert ist. Den DQR braucht sie nicht.



Boris Brokmeier ist Referent für Jugendbildung und stellvertretender Geschäftsführer des Arbeitskreises deutscher Bildungsstätten und dort erreichbar unter der Adresse: Mühlendamm 3, 10178 Berlin.

E-Mail: brokmeier@adb.de



Dr. Paul Ciupke ist Herausgeber der „Außerschulischen Bildung“ und arbeitet als Pädagogischer Mitarbeiter beim Bildungswerk der Humanistischen Union NRW. e. V. Adresse: Kronprinzenstraße 15, 45128 Essen.

E-Mail: paul.ciupke@hu-bildungswerk.de

⁹ Vgl. Stephan Lessenich: Krise des Sozialen? In: Aus Politik und Zeitgeschichte 52/2009, S. 32

Die Finanz- und Wirtschaftskrise als Herausforderung für die politische Bildung

Martin Kurth

Der Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten beschließt jährlich ein Thema, das aus seiner Sicht von grundlegender oder aktueller Bedeutung für die politische Jugend- und Erwachsenenbildung ist und von seinen Mitgliedseinrichtungen unter verschiedenen Aspekten aufgegriffen werden soll. Für das Jahr 2010 lautet das Jahresthema „Wirtschaft(en) in gesellschaftlicher Verantwortung – Demokratie – Ökonomie – Politische Bildung“. Der AdB und seine Mitglieder wollen den Ursachen und Folgen der aktuellen Finanzkrise in Angeboten der politischen Bildung nachgehen und sich dafür einsetzen, dass Jugendliche und Erwachsene nicht nur die für sie wichtigen Informationen zu einem besseren Verständnis in die ökonomischen Zusammenhänge erhalten, sondern auch die Kompetenzen entwickeln, die sie zu einer aktiven Beteiligung an den Auseinandersetzungen über die Zukunft der Wirtschaftssysteme befähigen. Nachdem wir in der ersten Ausgabe die Stellungnahme des AdB-Vorstands zum Jahresthema 2010 dokumentiert haben, stellen wir in diesem und den Folgeheften dieses Jahrgangs Beispiele aus der Bildungspraxis von AdB-Mitgliedseinrichtungen vor.

Es war der 15. September 2008, an dem die internationale Finanz- und Wirtschaftskrise in das Bewusstsein einer breiten Öffentlichkeit rückte. Wer an diesem Tag und dem unmittelbar folgenden Wochenende den Fernseher einschaltete, der ahnte bereits, dass die Nachricht von der Insolvenz der

US-Investmentbank Lehman Brothers keine übliche Randnotiz für Volks- und Betriebswirte darstellte. Führten die Börsenmeldungen bis zu diesem Zeitpunkt ein eher unbeachtetes Schattendasein zwischen Sportnachrichten und Wetterbericht, so drangen sie in diesen Tagen mit einem Paukenschlag in die Wahrnehmung aller politisch interessierten Bürgerinnen und Bürger.

Von diesem Zeitpunkt an schienen sich die Ereignisse zu überschlagen, Konjunkturprognosen für das Jahr 2009 wurden mehrfach nach unten korrigiert und Vergleiche mit der großen Depression der 1930er Jahre wurden angestellt. Nun zeigte die größte Finanz- und Wirtschaftskrise seit Ende des Zweiten Weltkrieges auch in Deutschland Wirkung, Lehman war in den Wohnzimmern der Bundesrepublik präsent. Das von der Bundesregierung im Eilverfahren zur Rettung der Banken beschlossene Finanzmarktstabilisierungsgesetz im Umfang von 400 Mrd. Euro warf grundsätzliche Fragen auf, die über den Bereich der Ökonomie hinauswiesen. Zahlreiche Bürgerinnen und Bürger, auch unsere Teilnehmerinnen und Teilnehmer fragen sich seitdem: Was läuft schief in unserem Wirtschaftssystem? Warum sind Banken systemrelevant? Wie sicher ist unsere Währung, und wer kann uns vor den Auswirkungen internationaler Finanzspekulationen schützen? Und vor allem: Welchen Gestaltungsspielraum hat unsere demokratisch gewählte Regierung angesichts eines scheinbar übermächtigen deregulierten und globalisierten Finanzmarktes?

© Haus Neuland e. V.



Bundeswehrseminar in Haus Neuland zum Thema Finanzkrise

Haus Neuland e. V. als einer der größten Anbieter der politischen Bildung in Nordrhein-Westfalen muss sich der Diskussion dieser Fragen in seinen Seminaren und Akademien zum Thema stellen. Die Ursachen und Folgen der Finanz- und Wirtschaftskrise vermitteln wir seit dem Sommer 2009 sowohl in unseren offenen Seminaren mit politisch interessierten Bürgerinnen und Bürgern als auch in der Zielgruppe Soldatinnen und Soldaten der Bundeswehr. Es haben sich verschiedene Herangehensweisen bewährt, die je nach zeitlichem Umfang und den Be-

dürfnissen der Teilnehmerinnen und Teilnehmer angewendet werden. Im Folgenden werden drei Themenblöcke vorgestellt: Die Darstellung der Krise auf dem amerikanischen Hypothekenmarkt und die Erläuterung der darauf folgenden internationalen Finanzkrise; das Übergreifen der Finanzkrise auf die Realwirtschaft und die Entwicklung der Wirtschaftskrise und schließlich: die Folgen der Finanz- und Wirtschaftskrise.

Die Erläuterung der Finanzkrise und ihrer Ursachen

Insbesondere in unserer Arbeit mit der Bundeswehr bewegen wir uns in einem zeitlich sehr engen Rahmen. Seminare im Umfang von zwölf Unterrichtsstunden sind hier keine Ausnahme, sondern die Regel. Der Zeitrahmen nötigt uns bisweilen, das umfangreiche Thema auf einen Schwerpunkt zu beschränken. Dieser Schwerpunkt umfasst inhaltlich die Entstehung der sogenannten Immobilienblase, die darauf folgende Subprime-Krise und die Folgen für das internationale Finanzsystem. Methodisch bedeutet dies, abgesehen von

zehn- bis zwanzigminütigen Aktivierungsmethoden, ebenfalls eine Einschränkung auf mediengestützte Vorträge und klassische Lehrgespräche.

Im Laufe mehrerer Veranstaltungen hat sich ein Erklärungsansatz anhand einer Grundthese und dreier Themenkomplexe bewährt. Die These lautet: Krisen gehören ebenso zum Kapitalismus wie Aufschwünge, mit anderen Worten, die Wirtschaft verläuft nicht gleichmäßig, verschiedene Instrumente sorgten aber in der Vergangenheit stets dafür, dass Kursentwicklungen und ihre Auswirkungen den Raum der Börsen nicht verließen. Drei Bedingungen sind jedoch ursächlich dafür, dass die aktuelle Krise alle übrigen Krisen der Nachkriegszeit in vielerlei Hinsicht übertrifft:

1. Eine rasant gewachsene Geldmenge in Form von Buchgeld,
 2. die technische Revolution der Echtzeitkommunikation mit den daraus resultierenden Möglichkeiten des ortsunabhängigen Wertpapierhandels sowie
 3. die modernen Methoden der Finanzmathematik.
- Aus der Erläuterung dieser neuen Entwicklun-

Quelle: Wikipedia



Vor allem ältere Menschen haben Bilder von der Finanz- und Wirtschaftskrise der 30er Jahre im Kopf

gen erwächst ein Verständnis für die Einzigartigkeit dieser Krise, die auch renommierten Wirtschaftsinstituten eine Prognose über den weiteren Verlauf erschwert.

Der Nachteil dieses den zeitlichen Begrenzungen Rechnung tragenden Seminarkonzeptes liegt auf der Hand: Teilnehmerinnen und Teilnehmern ohne jede ökonomische Grundkenntnis fällt das Nachvollziehen der Entwicklungen auf den internationalen Finanzmärkten zum Teil sehr schwer. In der Arbeit mit politisch interessierten Bürgerinnen und Bürgern, insbesondere mit älteren Menschen, legen wir deshalb Wert auf einen größeren Zeitrahmen. Dieser bietet die Möglichkeit, einen historischen Bogen von der Entwicklung des Münzgeldes zum Papiergeld, zum Kreditwesen und schließlich zum Finanzwesen zu spannen. So lässt sich das rasche Wachstum der weltweiten Geldmenge durch sogenanntes Büchgeld sehr gut über den historischen Vergleich mit der Einführung des Papiergeldes erklären. Auch der Umstieg von Münzgeld, dessen Wert noch dem Wert seines Materials entsprach, dass also „gedeckt“ war, auf das abstrakte Papiergeld eröffnete Banken die Möglichkeit, quasi unbegrenzt Geld zu drucken. Bis zur flächendeckenden Einrichtung von Zentralbanken, die nunmehr die kursierende Geldmenge deckelten, führte auch diese „Revolution“ zu einem enormen Wachstum der Geldmenge und zu daraus resultierenden Finanzkrisen. Die historische Darstellung der außer Kontrolle geratenen Notenpresse ist für viele Teilnehmerinnen und Teilnehmer anschaulicher als ein direkter Einstieg in die Definition von Büchgeld. Die Entstehung von Blasen am Finanz- und Aktienmarkt stellen wir anhand eines weiteren Beispiels, der sogenannten „großen Tulpenmanie“ im Holland des 17. Jahrhunderts, dar.

Die Wirtschaftskrise methodisch veranschaulichen

Sowohl in unseren Seminaren mit Soldatinnen und Soldaten als auch in unseren offenen Seminaren stellt sich früher oder später die Frage, wie und warum eine Finanz- und Bankenkrise ihre zerstörerische Kraft in der Realwirtschaft entfalten kann, wie also aus der Finanz- eine Wirtschaftskrise wird. Zur Darstellung dieser Prozesse hat sich neben dem klassischen Lehrgespräch eine weitere Methode bewährt: Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer arbeiten in vier Gruppen und versetzen sich in die wesentlichen Akteure der Finanzkrise. Diese sind: Der Staat, die Banken, die Unternehmen/die Realwirtschaft und die Bürgerinnen und Bürger. Nun erhält

jede Gruppe zwei Plakate. Auf einem Plakat sammelt sie ihre Probleme in Folge der Finanzkrise, auf dem zweiten ihre Forderungen an die jeweils anderen Akteure. Wichtig ist hierbei, dass sich auch Personen ohne entsprechende Vorinformationen an dieser Sammlung beteiligen sollten. Im Anschluss stellt der Referent die acht Plakate mit Hilfe von Pinnwänden in einem Schaubild zusammen und verdeutlicht und moderiert die Verflechtung der verschiedenen Akteure. Gerade die zentrale Rolle der Banken als Kreditgeber der Wirtschaft kann auf diese Weise unter Einbeziehung aller Teilnehmer/-innen herausgearbeitet und diskutiert werden. Neben dem aktivierenden Effekt im spezifischen Seminar ermutigt diese Methode auch bisher weniger wirtschaftlich interessierte Teilnehmerinnen und Teilnehmer, sich mit dem Thema auseinanderzusetzen. Es bleibt das Gefühl, bereits vorhandenes Wissen eingebracht zu haben und dies nun in neuen Zusammenhängen zu sehen. Die Methode nimmt im Rahmen unserer Seminare etwa einen halben Tag in Anspruch und bietet sich als Ergänzung zu dem vorangestellten Themenkomplex an.

Die Folgen der Krise an den Erlebnissen und Erfahrungen der Teilnehmer/-innen verdeutlichen

Gerade in der Arbeit mit älteren Menschen ist es unserer Erfahrung nach wichtig und gewinnbringend, auf den persönlichen Erlebnis- und Erfahrungshintergrund der Teilnehmerinnen und Teilnehmer einzugehen. Eine Methode, die sich hier zur Einführung in ein längeres, in der Regel fünftägiges Seminar zum Thema Finanz- und Wirtschaftskrise eignet, ist die Bildergalerie. Hierzu verteilt der Referent oder die Referentin Bilder mit unterschiedlichen Motiven in der doppelten Anzahl der Teilnehmenden im Seminarraum. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer entscheiden sich für je ein Bild, nehmen dies mit zu ihrem Platz und erläutern in einer Auswertungsrunde, inwiefern das gewählte Motiv für sie mit der Finanz- und Wirtschaftskrise zusammenhängt. Als Bildmotive eignen sich sowohl unmittelbare Bezüge wie z. B. Menschen-schlangen vor Arbeitsämtern als auch symbolische Motive, wie etwa das vielbeschworene Bild einer Heuschrecke. Es zeigte sich wiederholt, dass gerade diese Methode zum Assoziieren einlädt, Hemmschwellen, sich aktiv zu beteiligen, abbaut und vor allem auf den persönlichen Erfahrungsschatz der Teilnehmerinnen und Teilnehmer setzt.

Auch wenn die Zeit für einen solchen Einstieg fehlt, achten wir auf Raum für eine ausführliche

Diskussion nach der Präsentation zur Finanzkrise. Sämtliche Seminare zu diesem Thema lösen bei den Teilnehmenden Ängste und Sorgen, z. T. auch Frustration aus, die innerhalb des Seminars angesprochen werden müssen. In der Zielgruppe Bundeswehr ist die Sorge vor einer mangelnden finanziellen Ausstattung in der Ausbildung und im Einsatz dominant. Diese Sorge können wir den Teilnehmenden nicht nehmen, ihre politische Beurteilung jedoch unter Gesichtspunkten der Praktikabilität und Gerechtigkeitsfragen diskutieren. In der Arbeit mit älteren Menschen stellen wir hingegen häufig die bereits erwähnte Angst vor einer Neuaufgabe der großen Depression mit all ihren wirtschaftlichen, politischen und gesellschaftlichen Folgen fest. Wirtschaftliche Prognosen sind auch in Krisenzeiten nicht die Aufgabe der politischen Bildung, wohl aber die begründete Sorge um daraus resultierende totalitäre, antidemokratische Reflexe. In unserer Seminararbeit gehen wir in Referaten und Lehrgesprächen auf diese Sorge ein, indem wir verdeutlichen, dass Hitler und der Nationalsozialismus nicht allein als Folge einer Weltwirtschaftskrise, sondern multikausal und in einem zeitlich längeren Zusammenhang gesehen werden müssen.

Möglichkeiten und Grenzen der Politik bei der Bewältigung der gegenwärtigen Finanzkrise und der Verhinderung zukünftiger Krisen

Schließlich stellt sich in nahezu jedem Seminar zu diesem Thema die Frage, welche Mittel und Wege die Politik zur Bewältigung der Wirtschaftskrise einschlagen kann und soll. Auch wenn dies für einige Teilnehmerinnen und Teilnehmer unbefriedigend ist, lehnen wir eindeutige Antworten auf diese Frage im Rahmen unserer Seminare ab. Das oben beschriebene methodisch erstellte Schaubild bietet, wenn vorhanden, eine Möglichkeit, sich im Rahmen einer Besprechung mit der grundsätzlichen Bewältigung von Wirtschaftskrisen auseinanderzusetzen, ist aber im Zusammenhang mit der aktuellen Krise und der sich stellenden Systemfra-

ge in den Augen vieler nur eine Sammlung zur Bekämpfung der Symptome, nicht der Ursachen dieser Krise. Grundsätzliche Diskussionen über das kapitalistische Wirtschaftssystem lehnen wir in längeren Seminaren nicht ab, auch wenn diese häufig zu Resignation und Verdruss führen. Gerade im Rahmen kürzerer Seminare belassen wir es in der Regel bei einem Verweis auf die grundsätzlichen Prognoseschwierigkeiten der Politikwissenschaft und einer Besprechung und Erläuterung der jeweils aktuell diskutierten Maßnahmen der Tagespolitik. Bisher nicht in unsere Seminare eingeflossen sind die Möglichkeiten von Staatspleiten im europäischen Raum. Konzepte hierfür werden aktuell erarbeitet.

Literaturempfehlungen

Zur Einarbeitung in das Thema Finanzkrise sind nach unserer Erfahrung folgende Monografien geeignet:

Frank, Stefan: Die Weltvernichtungsmaschine. Vom Kreditboom bis zur Wirtschaftskrise, 2. aktualisierte Auflage, Saarbrücken 2009

Zeise, Lucas: Das Ende der Party. Die Explosion im Finanzsektor und die Krise der Weltwirtschaft. 2. und verbesserte Auflage, Köln 2009

Insbesondere die Wochenzeitung „Die Zeit“ veröffentlicht zudem regelmäßig aktuelle und für die politische Bildung äußerst gewinnbringende Dossiers und Wirtschaftsteile zum Thema Finanz- und Wirtschaftskrise.



Martin Kurth ist Pädagogischer Mitarbeiter bei Haus Neuland e. V. und dort erreichbar unter der Adresse Senner Hellweg 493, 33689 Bielefeld.

E-Mail: m.kurth@haus-neuland.de

Meldungen

Sparbeschlüsse der Bundesregierung treffen auch den Bereich der Bildung

Anfang Juli 2010 zeichnete sich ab, wie die Bundesregierung ab 2011 den Bundeshaushalt konsolidieren will. Im kommenden Jahr will sie 307,4 Milliarden € ausgeben und damit das Ausgabenvolumen gegenüber dem laufenden Jahr um 12,1 Mrd. € reduzieren. Während die inzwischen bekannt gewordenen Pläne zur Einsparung von Ausgaben im Sozialbereich in der Öffentlichkeit starke Beachtung fanden und auf Widerspruch stießen, sind vorgesehene Ausgabenkürzungen in anderen Bereichen bislang weniger wahrgenommen worden. Die Bundesregierung hatte bei ihrem Antritt erklärt, dass der Bereich Forschung und Bildung von Haushaltskürzungen ausgenommen werden solle. Bundesbildungsministerin Dr. Annette Schavan konnte schon seit einigen Jahren Steigerungen ihres Etats vermeiden. Auch die auf dem Bildungsgipfel 2008 in Dresden zwischen Bund und Ländern gefassten Beschlüsse sahen kontinuierliche Steigerungen der Bildungsausgaben auf bis zu 10 % des Bruttoinlandsprodukts bis zum Jahr 2015 vor.

Unmittelbar nach der Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen begann jedoch die Auseinandersetzung zwischen Bund und Ländern über die Realisierung der in Dresden 2008 beschlossenen Bildungsfinanzierung. Der damalige Ministerpräsident von Hessen, Roland Koch, eröffnete die Diskussion durch seine öffentliche Empfehlung, die Bereiche Bildung, Forschung und Kinderbetreuung von den anstehenden Einsparungen nicht auszunehmen. Während Bundeskanzlerin Merkel und Bildungsministerin Schavan sowie Familienministerin Schröder die Vorschläge Kochs strikt zurückwiesen und neben der Opposition auch Sozial- und Bildungspolitiker der CSU und FDP Koch kritisier-

ten, stimmte Sachsens Ministerpräsident Stanislaw Tillich Koch in der Sache zu, und auch in Baden-Württemberg und Bayern wurde laut über Einsparungen im Bildungsbereich nachgedacht. Auch der Deutsche Städte- und Gemeindebund begrüßte den Sparvorstoß von Koch mit Hinweis auf die schlechte Kassenlage in den Kommunen. Der CDU-Wirtschaftsrat und der Bund der Steuerzahler schlossen sich der Forderung, keinen Bereich von Sparanstrengungen auszunehmen, an.

Im Juni diskutierte der Deutsche Bundestag über den Stand der Bildungspolitik zwischen Bund und Ländern. Anlass waren Anträge der Oppositionsfraktionen SPD und Bündnis 90/DieGrünen, die auf Aufhebung des Kooperationsverbotes zwischen Bund und Ländern in der Bildung zielten, um zu ermöglichen, dass der Bund sich an der Finanzierung von Bildungsaufgaben, für die die Bundesländer zuständig sind, beteiligen kann.

Die SPD-Fraktion hatte in ihrem Antrag (Drucksache 17/1957) einen nationalen Bildungspakt gefordert, der starke Bildungsinfrastrukturen schaffen soll. In dem Antrag wird geltend gemacht, dass der Bund den Ländern angeboten habe, den ermittelten Mehrbedarf für Bildung und Forschung, der auf dem zweiten Bildungsgipfel im Dezember 2009 für Forschung mit rund 17 Mrd. € und für Bildung mit 13 Mrd. € beziffert wurde, mitzutragen, indem er für die Bildung mindestens 40 % oder 5,2 Mrd. € der prognostizierten Lücke übernimmt. Der Antrag fordert zudem, von den zur Konsolidierung der Haushalte erforderlichen Ausgabenkürzungen die angekündigten Ausgabensteigerun-

gen für Bildung und Forschung auszunehmen. Bildung müsse als öffentliches Gut gesichert werden, um jedem Menschen gleiche Bildungschancen zu ermöglichen und zugleich möglichst alle Bildungspotenziale voll auszuschöpfen. Der Weg dahin führe vor allem über eine nachhaltige Stärkung der öffentlichen Bildungsinfrastrukturen, die auf dauerhafte und verlässliche Finanzierungsinstrumente auf der Grundlage verbindlicher Vereinbarungen von Bund, Ländern und Kommunen angewiesen seien. Bund und Länder werden aufgefordert, für den nachhaltigen Ausbau der Bildungsinfrastrukturen die dafür notwendigen Mittel bereitzustellen. Der von der SPD geforderte Bildungspakt schließt alle Bildungsbereiche ein, soll zur Stärkung der frühkindlichen Bildung beitragen, Bildungsarmut bekämpfen, die Weiterentwicklung der Schulstrukturen in Deutschland unterstützen und ein gehaltvolles Studium sichern. Auch wenn die vorgeschlagenen Maßnahmen im Rahmen der gegebenen Zuständigkeiten umgesetzt werden könnten, müssten Bund und Länder gemeinsame Lösungen finden, wenn die Verfassung wie beim Kooperationsverbot in Art. 104b GG Möglichkeiten zur sinnvollen Bund-Länder-Kooperation zu sehr begrenze. Im Antrag von Bündnis 90/Die Grünen (Drucksache 17/1984) geht es unmittelbar um die Frage, wie die Unterstützung der Länder durch den Bund in Bildungsangelegenheiten geregelt werden könne. Der Bund müsse durch verfassungsrechtlich abgesicherte Mitgestaltungs- und Mitfinanzierungsmöglichkeiten der Garant für eine verantwortliche, zukunftsweisende und auch europataugliche Bildungspolitik

werden. Mit der 2006 verabschiedeten Föderalismusreform I hätten Union und SPD gegen alle Bedenken von Bildungsexperten die verfassungsrechtliche Grundlage für die Wahrnehmung gesamtstaatlicher Bildungsverantwortung zerstört, so die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen in ihrem Antrag. Beide Anträge hatten auch den dritten Bildungsgipfel im Blick, der am selben Tag stattfand.

Dagmar Ziegler (SPD) forderte die Bundesregierung in der Debatte dazu auf, mit einem „Bildungssoli“ als Aufschlag für die Spitzensteuer für sehr hohe Einkommen zusätzliche Bildungsaufwendungen mitzufinanzieren. Wer es mit der Bildungsrepublik ernst meine, müsse sich für einen nationalen Pakt von Bund, Ländern und Kommunen für die Bildung einsetzen. Das Geld solle nicht in sinnlosen Projekten und Bildungsbündnissen verpulvert, sondern in Ganztagschulen und frühkindliche Bildung investiert werden.

Der bayerische Staatsminister und amtierende Präsident der Kultusministerkonferenz, Dr. Ludwig Spaenle, bezeichnete die Bildungspolitik als das Herzstück des Föderalismus und den Kern der Kulturhoheit der Länder. Die Länder seien mit der Bildung näher an den Menschen, und die Landtagswahlen zeigten, wie wichtig den Menschen die Bildungspolitik in ihrem Lande sei. Dr. Rosemarie Hein (Die Linke) nannte das Kooperationsverbot zwischen Bund und Ländern hingegen einen „Flop“. Es habe die Bildungslandschaft nicht reicher gemacht, den Föderalismus nicht befördert, aber die Finanzierbarkeit von guter Bildung erheblich erschwert. Man könne von den Menschen nicht immer mehr Mobilität fordern und den Kindern beim Schulwechsel in ein anderes Bundesland Probleme bereiten. Zwar bedeute mehr Einheitlich-

keit nicht, das einheitlich immer auch gut sei. Dass die Schulen in allen Ländern nicht mehr leisten könnten, was sie leisten müssten, liege an der strukturellen Unterfinanzierung des gesamten Bildungsbereiches.

Patrick Meinhardt (FDP) unterstrich hingegen die Vorzüge des Föderalismus, der Deutschland vorangebracht habe. Es komme darauf an, eine starke Bildungspartnerschaft zwischen Bund, Ländern und Kommunen zu schmieden. Meinhardt warnte vor weiterer Einflussnahme auf die Bildungspolitik, wie sie in Gestalt der Festschreibung europäischer verbindlicher Inhalte und Bildungsziele drohe. Wenn auf die Schulen Länderkompetenzen draufgesattelt würden, Bundeskompetenzen hinzukämen und dann auch noch Leitlinien der europäischen Ebene darauf gepackt würden, stelle sich die Frage, worin dann noch die Freiheit für die Schule vor Ort bestehe.

Priska Hinz (Bündnis 90/Die Grünen) konstatierte hingegen, dass die Bildungsrepublik daran kranke, dass ein großer Teil der gesamtstaatlichen Verantwortung für die Bildung mit der Föderalismusreform an die Länder abgegeben worden sei. Da es ohne den Bund nicht gehe, werde viel Energie darauf verschwendet, Umwege zu finden, um notwendige Dinge finanzieren zu können, für die Bundesmittel nicht eingesetzt werden dürften. Sie forderte, das Kooperationsverbot aufzukündigen, die Steuerbasis zu verändern und den Bildungssoli einzuführen und eine gesamtstaatliche Bildungsstrategie aufzulegen.

Michael Kretschmer (CDU/CSU) bekräftigte, dass die Regierung den Bildungsbereich von den anstehenden Sparmaßnahmen ausnehmen wolle. Es sei schon eine große Leistung, dass es überhaupt gelungen sei, das Thema Bildung auf drei Ministerpräsidentenkon-

ferenzen hintereinander zu einem zentralen Thema zu machen. Bund und Länder würden gemeinsam an dem 10-Prozent-Ziel festhalten und dieses Signal werde auch von dem kommenden Bildungsgipfel ausgehen. Swen Schulz (SPD) äußerte die Befürchtung, dass genau dieses Ziel auf den St. Nimmerleinstag verschoben werde. Selbst wenn die Länder mehr in Bildung und Forschung investieren wollten, fehle ihnen das Geld dazu. Durch eine unseriöse Haushalts- und Finanzpolitik werde der Bildungsgipfel an den Rand des Scheiterns manövriert. Mit dem Sparpaket, das die Regierung aufzulegen plane, würden die Kommunen und Länder wieder einmal über Gebühr belastet.

Dr. Martin Neumann (FDP) machte geltend, dass keine andere Bundesregierung so viel für bessere Bildungs- und Forschungspolitik getan habe wie die jetzige. Er verbat sich von der SPD Ratschläge für eine gute Bildungspolitik, da die Ergebnisse wissenschaftlicher Untersuchungen zur Bildungs- und Forschungspolitik zumal den SPD-regierten Ländern schlechte Ergebnisse attestiert hätten.

Nicole Gohlke (Die Linke) verwies auf die vielen aktuellen Streiks und Kundgebungen für eine bessere Bildung. Auch wenn die Regierung immer wiederhole, dass Bildung der einzige Bereich sei, der von ihren rigiden Sparplänen ausgenommen werden solle, vergesse sie, dass die Finanzierung der Bildungsprojekte alles andere als sicher sei. Gohlke wandte sich vor allem gegen Versuche, Bildungsfinanzierung und Sozialleistungen gegeneinander auszuspielen.

Monika Grütters (CDU/CSU) beklagte den rituellen Charakter mancher Debatten über Bildung. Es gehe um Teilhabe und Chancen durch Bildung, für die die Bundesregierung neben finan-

ziellen Mitteln auch geeignete Instrumentarien zur Verfügung stelle. Allerdings sei es in der Bildungspolitik in der Tat eine Crux, dass die Länder auf ihrer Bildungshoheit beharrten, weshalb die Kooperationsmöglichkeiten im Grundgesetz erweitert werden sollten. Dazu gehöre, dass die Leistungsfähigkeit des Bildungssystems nicht nur gemeinsam festgestellt, sondern auch gemeinsam sichergestellt werde. Dr. Ernst Dieter Rossmann (SPD) forderte, dass sich die Bildungsgipfel jeweils auf ein konkretes Thema konzentrieren sollten, das dann wie ein „Leuchtturm“ in die Bildungslandschaft strahle und sie verändere. Die Regierung wolle Armut über Bildung verhindern. Aber wo es Armut gebe, könne Bildung nicht gedeihen. Deshalb könne man die Sozial-

politik nicht gegen die Bildungspolitik ausspielen, sondern beides sei wichtig. Eckhardt Rehberg (CDU/CSU) verwies auf die Herausforderungen, vor denen die Bildungspolitik stehe: hier nannte er vor allem die demografische Entwicklung und den drohenden Fachkräftemangel, dem vor allem mit Hilfen für benachteiligte Jugendliche und Schulabbrecher bei der frühkindlichen Bildung und der Berufsorientierung begegnet werden müsse.

Der Deutsche Bundestag lehnte mit der Mehrheit der Regierungsfractionen die Anträge von SPD und Bündnis 90/Die Grünen ab.

Dass in der Debatte immer wieder von Vertretern/Vertreterinnen der Regierungsfractionen

hervorgehoben wurde, die Bildung werde von Kürzungen ausgenommen, gilt nicht für jene Ressorts, die zwar andere Politikbereiche betreffen, die aber ebenfalls Mittel für Bildungsaktivitäten bereitstellen wie das Bundesministerium des Innern, in dessen Haushalt auch die Mittel für die über die Bundeszentrale für politische Bildung geförderten Bildungsträger eingestellt sind. In diesem Bereich sind massive Kürzungen ab 2011 vorgesehen, wie den Trägern am Runden Tisch der Bundeszentrale angekündigt wurde (s. dazu auch „Aus dem AdB“ in diesem Heft).

Quellen: Das Parlament Nr. 24, heute im Bundestag Nr. 239, bildungsklick.de Nr. 73474, BT-Drucksache 17/1957, Plenarprotokoll 17/46

Umstrittene Ergebnisse des Bildungsgipfels

Am 10. Juni berieten die Bundeskanzlerin und die Ministerpräsidenten der Länder erneut, wie sie die 2008 in Dresden beim ersten Bildungsgipfel vereinbarten 10 % des Bruttoinlandsprodukts in Bildung und Forschung bis zum Jahr 2015 aufbringen sollen. In Berlin kam man zu dem Schluss, an diesem Ziel zwar festzuhalten, jedoch blieb unklar, wann es erreicht werden soll und wie die Aufbringung der Kosten gestaltet wird. Die Länder verlangten einen höheren Anteil an der Umsatzsteuer zur Finanzierung ihrer Bildungsausgaben, der Bund lehnt dies bis 2013 jedoch kategorisch ab.

Die Länder machten auf dem Gipfel deutlich, dass sie keine neuen Sonderprogramme des Bundes wollen, weil die Bedingungen in den Ländern zu unterschiedlich seien und individuelle Lösungen

erforderten. Sie legten der Bundeskanzlerin eine zuvor auf Initiative der SPD-Ministerpräsidenten zustande gekommene einstimmig vereinbarte Beschlussempfehlung vor. Darin betonen sie, dass sie mehr Geld für die Bildung ausgeben wollen, wofür sie einen halben Prozentpunkt des Mehrwertsteueraufkommens veranschlagen. Das sind rund vier Milliarden Euro. Die Länder versicherten, sie hätten in den vergangenen Jahren ihre Bildungsausgaben erheblich gesteigert. Der rheinland-pfälzische Ministerpräsident Klaus Beck sagte, die Pro-Kopf-Aufwendungen für Bildung seien zwischen 1995 und 2008 von 890 auf 1026 Euro gestiegen, was einem Zuwachs von 15 Prozent entspreche. Allerdings gibt es neue statistische Erfassungskriterien, auf die sich die Finanzminister von Bund und Län-

dern für den amtlichen Bildungsfinanzbericht inzwischen verständigt haben. Die Finanzminister verbuchen nun allein für „kalkulatorische Unterbringungskosten“ – gemeint ist die Bereitstellung von Grundstücken und Gebäuden für Schulen und Hochschulen – auf ihrer Bildungsausgabenseite zusätzliche zehn Milliarden Euro. Weitere 4,6 Milliarden Euro schreiben sie sich für die Pensionen von Lehrern und Professoren als Bildungsausgaben gut. Auch der Bund hat bislang nicht berücksichtigte Aufwendungen nun als Bildungsausgaben deklariert, so dass nach den neuen Kriterien Bund, Länder, Kommunen, Wirtschaft und Privatleute im Jahr 2007 für Bildung und Forschung eine Gesamtsumme von 240 Milliarden Euro ausgaben, während es laut Finanzbericht des Statisti-

schen Bundesamtes nur rund 204 Milliarden Euro waren.

Bereits im Vorfeld hatten einige Verbände des Bildungsbereichs an Bund und Länder appelliert, den Gipfel nicht scheitern zu lassen. Der Verband Deutscher Privatschulverbände e. V. – Bildungseinrichtungen in freier Trägerschaft forderte, dass Bund und Länder gemeinsam die Bildungsrepublik verwirklichen sollten und nach den bisherigen Absichtserklärungen nunmehr ein verbindlicher Fahrplan festlegen sollte, wie das Ziel der Steigerung von Bildungsausgaben bis 2015 zu erreichen ist. Die notwendige Sanierung der Staatsfinanzen dürfe nicht zum Sparen an falscher Stelle führen. Die Hochschulrektorenkonferenz betonte, dass in die Universitäten und Fachhochschulen investiert werden müsse. Man könne es sich nicht leisten, so weiterzumachen wie bisher.

Am 17. Juni nahm Bundesbildungsministerin Dr. Annette Schavan in einer Aktuellen Stunde des Deutschen Bundestages zu den Auswirkungen des Bildungsgipfels auf die gemeinsame Bildungspolitik von Bund und Ländern Stellung. Sie warf der SPD vor, die Bildungspolitik für eine heimliche Steuerdebatte zu nutzen und das Thema Bildung auf dem Rücken von Schülern und Studenten für parteipolitische Polemik zu missbrauchen. Die Verantwortung von Parlament und Regierung bestehe jetzt darin, entscheidende Maßnahmen auf dem Weg zur Bildungsrepublik zu konkretisieren und umzusetzen. Es könne

nicht die Rolle des Bundes sein, Geld zu geben und am Ende nicht zu wissen, was mit diesem Geld geschehe. Es werde jedoch in nahezu allen Ländern Mehrausgaben geben. In den Ländern beginne jetzt ein Wettbewerb, wie das vereinbarte Ziel der Bildungsfinanzierung erreicht werden könne. Schavan verwies auf die geplanten Mehrausgaben für Bildung und Forschung durch den Bund, die sie mit 12 Mrd. € bezifferte. Die mit den Ländern vereinbarte Bildungspolitik zielen auf die Weiterentwicklung des BAföG, das Nationale Stipendienprogramm, die Förderung der frühkindlichen Bildung, die Initiative „Abschluss und Anschluss“, die Weiterbildungsallianz und schließlich die Anerkennung und Bewertung von im Ausland erworbenen beruflichen Qualifikationen. Der Schwerpunkt dieser gemeinsamen Bildungspolitik sei, mehr Bildungsgerechtigkeit, mehr Durchlässigkeit im Bildungssystem und mehr finanzielle Anreize für junge Leute zu schaffen, die in Ausbildung und Studium gehen.

Die Aktuelle Stunde war von der SPD-Fraktion verlangt worden, deren bildungspolitische Sprecherin, Ulla Burchardt, die Ergebnisse der bisherigen Bildungsgipfel kritisch resümierte. Das einzig konkrete Ergebnis des letzten Bildungsgipfels sei die Entscheidung für 200 Mio. € pro Jahr für die dritte Säule des Hochschulpaktes bis 2020, was angesichts des vom Wissenschaftsrat geltend gemachten Bedarfs von 1,1 Mrd. € pro Jahr bei weitem zu wenig sei. Die SPD-Politikerin forderte, die steuerlichen Voraussetzungen zu schaffen, um mehr Geld für die

Bildung in Bund und Ländern bereitstellen zu können. Während Vertreter/-innen der Regierungsfaktionen betonten, dass es ein Erfolg sei, Bildung als zentrales Thema der Politik auf höchster Ebene zu diskutieren, die bildungspolitischen Initiativen der Bundesregierung hervorhoben und den Ministerpräsidenten der SPD vorwarfen, den Bildungsgipfel in einen Gipfel über die Steuerpolitik umfunktioniert zu haben, wurde in den Debattenbeiträgen der Oppositionsfaktionen das Scheitern des Bildungsgipfels konstatiert. Nachdem sich die Länder die alleinige Zuständigkeit in den meisten Bildungsfragen erkämpft hätten, habe sich nun die Einsicht durchgesetzt, dass es eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe sei, gute Bildung zu garantieren. Der Bildungsgipfel dürfe jedoch nicht das neue Steuerungsinstrument der Bildungspolitik zwischen Bund, Ländern und Kommunen werden. Die Fraktion Die Linke forderte einen weiteren Hochschulpakt für die Ausbildung von Lehrerinnen und Lehrern, die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen kritisierte das Kooperationsverbot in der Bildungspolitik, das den Aufbruch in die Bildungsrepublik blockiere und deshalb rückgängig gemacht werden sollte. Die finanzielle Ausstattung der Kommunen und der Bundesländer reiche nicht, um die bildungspolitischen Vorhaben umzusetzen.

Quellen: Bildungsklick vom 12.06.2010, Plenarprotokoll des Deutschen Bundestages 17/46, PM der HRK vom 08.06.2010, VDP-PM vom 10.06.2010

Bund will mehr Mitsprache bei Bildung

Die Bundesministerin für Bildung und Forschung, Dr. Annette Schavan (CDU), fordert seit einiger Zeit wiederholt, das Grundgesetz zu ändern und dem Bund mehr Zuständigkeit in Sachen Bildung zu geben. Als sie noch als Landesministerin in Baden-Württemberg für die Bildung zuständig war, zeigte sie sich hingegen als starke Verfechterin der Länderhoheit in der Bildungspolitik und begrüßte den Bildungswettbewerb zwischen den Ländern. Inzwischen haben die Konsequenzen der noch von der Großen Koalition verabschiedeten Föderalismusreform für die Bildungspolitik auch damalige Befürworter/-innen einer strikten Trennung von Zuständigkeiten zwischen Bund und Ländern zu einem Umdenken bewogen. Annette Schavan erklärte in etlichen Interviews, dass die internationale Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands darunter leide, wenn zahllose Juristen damit beschäftigt seien zu prüfen, was Bund und Länder in der Bildungspolitik leisten dürften. Die Ministerin begründete ihren Vorstoß vor allem mit dem Interesse daran, das „Kooperationsverbot“ zwischen Bund und Ländern wieder rückgängig zu machen, weil es bei Themen von bundesweiter Bedeutung verhindere, dass sich wirklich alle Akteure zusammentun. Das Grundgesetz sei an der Stelle zu ändern, an der es die Zusammenarbeit von Bund und Ländern im Bildungsbereich darauf beschränkt, gemeinsam die Leistungsfähigkeit des Bildungssystems festzustellen. Bund und Länder sollten vielmehr dazu aufgerufen werden, sie „sicherzustellen“. Schavan äußerte in einem Interview mit der Leipziger Volkszeitung in diesem Frühjahr die Hoffnung, dass es gelingen werde, diese Änderung noch in

dieser Legislaturperiode zu realisieren. Die Notwendigkeit der Zusammenarbeit zwischen Bund und Ländern sah sie vor allem bei der Stärkung der Lehre an den Hochschulen und bei Bildungsanstrengungen für Benachteiligte, die unterstützt werden müssten.

Der Präsident der Kultusministerkonferenz, Staatsminister Dr. Ludwig Spaenle (Bayern) erteilte diesen Überlegungen umgehend eine Absage. Die gemeinsam getragene Föderalismusreform habe zum Ziel gehabt, die Aufgaben zwischen Bund und Ländern neu zu definieren und politische Verantwortung für die Bürger transparent und nachvollziehbar zu regeln. Die bisherige erfolgreiche Zusammenarbeit zwischen Bund und Ländern dürfe durch eine Änderung des Grundgesetzes nicht aufs Spiel gesetzt werden. Bildungsministerin Schavan wird allerdings unterstützt von der Präsidentin der Hochschulrektorenkonferenz, Prof. Dr. Margret Wintermantel. Auf einer HRK-Sitzung in Berlin warf die HRK-Präsidentin den Ländern vor, ihrer mit der Föderalismusreform übernommenen Verantwortung für die Hochschulen nicht gerecht zu werden. Der Grund dafür seien ihre beschränkten finanziellen Möglichkeiten. Da sich der Bund gegenwärtig an der Finanzierung der Hochschulen nur beteiligen kann, wenn es um Vorhaben von gesamtstaatlicher Bedeutung geht und wenn alle Länder zustimmen, geraten die finanzschwachen Länder mit ihren Hochschulen mangels Unterstützung ins Hintertreffen. Wintermantel betonte, dass Bildung eine gesamtstaatliche Verantwortung sei und sich dies auch im Grundgesetz widerspiegeln müsse.

Sie weiß sich damit einig mit der Mehrheit der Bundesbürger/-innen, die in Umfragen die „Bildungsrepublik“ als gesamtgesellschaftliche Aufgabe wahrnehmen und ein ausreichendes Engagement für dieses Ziel vermissen. Eine Forsa-Umfrage im Auftrag des Verbandes Bildung und Erziehung e. V., die Ende April der Öffentlichkeit vorgestellt wurde, ergab, dass die Unzufriedenheit in der Bevölkerung über die tatsächliche Bildungspolitik sehr hoch ist und 81 % der Bundesbürger/-innen meinen, dass für die Bildungsrepublik weder genug getan werde noch genug finanzielle Mittel zur Verfügung stünden. Die Bevölkerung habe die „Taschenspielertricks“ der Akteure der Bildungsgipfel längst durchschaut. 40 % der Bundesbürger sprechen sich inzwischen für eine gemeinsame Verantwortung von Bund und Ländern für die Schul- und Bildungspolitik aus, nur noch ein knappes Drittel ist von der Alleinzuständigkeit der Länder überzeugt. Auch der Verband Bildung und Erziehung e. V. setzt sich für den Stopp des Kooperationsverbots ein und sieht sich durch die Umfrageergebnisse in seiner Haltung bestätigt.

Die Bertelsmann Stiftung hat im Mai darauf verwiesen, dass durch bessere Bildung in Deutschland bis zum Jahr 2090 ein zusätzliches Bruttoinlandsprodukt von insgesamt 2,8 Milliarden € erwirtschaftet werden könnte. Im Auftrag der Stiftung hat der Bildungsökonom Ludger Wößmann in einer Studie nachgewiesen, welche wirtschaftlichen Erfolge erzielt werden könnten, wenn es gelänge, in den kommenden Jahren die Zahl der sogenannten Risikoschüler drastisch zu reduzieren. Investitionen in Bildung dürften nicht zur Disposition ste-

hen. Hier den Rotstift anzusetzen, gefährde die Zukunft unseres Landes. Wenn die Bundesländer jetzt nicht in Bildung investieren, riskierten sie in der Zukunft erhebliche Folgekosten durch unzureichende Bildung, so Dr. Jörg Dräger, für den Bereich Bildung zuständiges Vorstandsmitglied der Bertelsmann Stiftung.

Jeder fünfte Jugendliche in Deutschland gilt gegenwärtig als Risikoschüler, Schüler, die nur unzureichend lesen, rechnen und schreiben können. Die geringe Bildung im Jugendalter hat häufig fehlende Berufsabschlüsse, unsichere Beschäftigungsverhältnisse und ein hohes Arbeitslosigkeitsrisiko zur Folge.

*Quellen: bildungsklick.de
Nrn. 72975, 73363, 73454, 73235,
PM Bertelsmann Stiftung vom
25.05.2010*

Bildung in Deutschland 2010

Mitte Juni wurde der dritte nationale Bildungsbericht „Bildung in Deutschland 2010“ der Öffentlichkeit vorgestellt. Eine unabhängige Gruppe von Wissenschaftlern und Wissenschaftlerinnen erstellte ihn im Auftrag der Kultusministerkonferenz (KMK) und des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF). Zu dem Konsortium gehören das Deutsche Institut für Internationale Pädagogische Forschung (federführend), das Deutsche Jugendinstitut, das Hochschul-Informationssystem GmbH, das Soziologische Forschungsinstitut an der Universität Göttingen sowie die Statistischen Ämter des Bundes und der Länder. Der Bericht liegt inzwischen gedruckt vor und kann beim W. Bertelsmann Verlag oder über den Buchhandel bezogen werden. Der Schwerpunkt des aktuellen Berichts liegt auf dem Thema demographischer Wandel, der das Bildungswesen in den nächsten Jahren unter deutlichen Veränderungsdruck setzen wird. In den Jahren bis 2020 wird mit einem um 21 % wachsenden Anteil der Personen, die 65 Jahre oder älter sind, gerechnet. Die Altersgruppe der unter 30jährigen geht im gleichen Zeitraum um 16,4 % zurück. Die Gesamtzahl der Bildungsteilnehmer/-innen wird nach diesen Berechnungen um

15 % sinken. Allerdings wirken sich diese Entwicklungen regional sehr unterschiedlich aus. In den Ballungsräumen wird mit einer Zunahme der Menschenzahl und damit auch der Bildungsteilnehmer/-innen gerechnet, während der Schwund in ländlichen beziehungsweise wirtschaftsschwachen Regionen überproportional wächst. Als positive Nachrichten vermeldet der Bericht, dass sich das Betreuungsangebot für Kinder unter drei Jahren verbessert habe, wenngleich der Bedarf immer noch nicht gedeckt sei. Die Etablierung frühkindlicher und vorschulischer Bildung mache Fortschritte. Inzwischen arbeitet auch fast jede zweite Schule des Grundschul- und Sekundarbereichs I ganztätig. Die Zahl der Schüler, die diese Angebote nutzen, hat sich verdoppelt. Insgesamt wird ein höheres Bildungsniveau im Schulwesen konstatiert. So wächst der Anteil von Schülern mit einer Hochschulzugangsberechtigung, und der Anteil von Schülern ohne einen Abschluss verringert sich. Die Zahl der Studienanfänger/-innen lag mit 43 % im Jahr 2009 deutlich über der Zielmarke von 40 %. Ein leichter Anstieg der Bildungsausgaben von 2007 zu 2008 wird festgestellt. Allerdings ist der Anteil am Bruttoinlandsprodukt

gegenüber dem Jahr 1995 mit 6,8 % auf 6,2 % im Jahr 2008 gesunken, wenngleich eine reale Mehrausgabe von 22 Mrd. € in diesem Zeitraum verzeichnet wird. Der Bericht zeigt allerdings auch, dass im Bildungswesen alsbald der Nachwuchs bei den Lehrkräften fehlen wird. Der Anteil der über 50jährigen am Lehrpersonal in Deutschland liegt bei 40 % und damit im internationalen Vergleich an der dritten Stelle. Die Bildungschancen von Migrantenkinder und Kindern aus sozial schwierigen Verhältnissen sind nach wie vor gering. Der Bericht empfiehlt den Ausbau und die qualitative Verbesserung der frühkindlichen Bildung und der Betreuung der unter Dreijährigen. Um die angestrebte Halbierung des Anteils von Schulabsolventen ohne Hauptschulabschluss und ein insgesamt höheres Qualifikationsniveau zu erreichen, sollen im Schulwesen die Förderangebote verbessert, die Durchlässigkeit zwischen Schularten und Bildungsgängen erhöht und Maßnahmen der Qualitätssicherung eingeführt werden. Angesichts des absehbaren Mangels an Fachkräften und der erhöhten Qualifikationsanforderungen am Arbeitsmarkt müssten junge Erwachsene ohne Abschluss dringend nachqualifiziert werden. Es sei mit einem

stetig zunehmenden Bedarf an Tätigkeiten zu rechnen, die ein Hochschulstudium voraussetzen. Gedeckt werden könne dieser Bedarf nur, wenn mehr Personen zu einer Hochschulzugangsberechtigung geführt werden und diese dann auch in höherem Maße als bisher eine Studienaufnahme und einen erfolgreichen Studienabschluss zur Folge hat. Der Bericht rechnet mit demografiebedingten Kosteneinsparungen im Bildungssystem in der Größenordnung von 6,4 Milliarden €. Allerdings würden Anstrengungen zur besseren Ausbildungsintegration vieler Jugendlicher zunächst beziehungsweise über mehrere Jahre hinweg sogar Mehrkosten verursachen. Dies gilt auch für die dringend empfohlene Nachqualifizierung von Erwerbstätigen, die noch ohne Ausbildungsabschluss sind. Der Weiterbildung ist in dem Bericht ein eigenes Kapitel – G – gewidmet. Dieser Bereich wird im Gegensatz zu Kindergärten, Schulen und Hochschulen, für die das Ausgabenvolumen wuchs, rückläufig finanziert. Allerdings sind die Ausgaben für Weiterbildung gestiegen, die von der Bundesagentur für Arbeit und dem Bundesministerium für Arbeit und Soziales zur Verfügung gestellt werden.

Obwohl die Bedeutung der Weiterbildung durch die aktuellen Entwicklungen in Wirtschaft und Gesellschaft zugenommen hat, zeigt sich eine niedrigere Weiterbildungsteilnahme der über 50jährigen, besonders in betrieblicher Weiterbildung. Auch Frauen sind in der betrieblichen Weiterbildung unterrepräsentiert, am stärksten gilt dies für Frauen mit niedrigem Bildungsniveau, die noch nicht einmal halb so oft an betrieblicher Weiterbildung teilnehmen wie die Männer gleichen Niveaus. Im Zentrum von Weiterbildung stehen Themen wie „Natur, Tech-

nik, Computer“ sowie „Wirtschaft, Arbeit, Recht“. Diese Themen werden nachgefragt, unabhängig davon, ob es sich um betriebliche, berufsbezogene oder nicht berufsbezogene Weiterbildung handelt. „Sprachen, Kultur, Politik“ sowie „Gesundheit, Sport“ sind ebenfalls in allen Weiterbildungstypen vertreten, jedoch zeigen sich große geschlechtsspezifische Unterschiede. Diese Themenbereiche sind von Frauen dominiert. „Pädagogik, Sozialkompetenz“ findet dagegen weniger Interesse, obwohl dieser Bereich in der öffentlichen Diskussion Konjunktur hat. Deutschland nimmt in der Weiterbildungsteilnahme im internationalen Vergleich einen guten Mittelplatz ein. An der Spitze liegt Schweden. Der Bericht stellt fest, dass die rhetorische Wertschätzung der Weiterbildung in der Realität wenig Niederschlag findet. Die herausragende Bedeutung der Erwerbstätigkeit für die Weiterbildungsteilnahme bleibe bestehen. Dies bedeute, dass Personengruppen außerhalb aktiver Erwerbstätigkeit wie Arbeitslose, ältere Personen nach der Erwerbsphase und erwerbslose Frauen ebenso wie gering Qualifizierte nur geringe Weiterbildungsbeteiligungswerte aufweisen. Die betriebliche Weiterbildung stellt nach wie vor das mit Abstand größte Weiterbildungsfeld dar. Für die Gruppe der über 50jährigen dürfe sich jedoch die Weiterbildung nicht in berufsbezogenen oder betrieblichen Angeboten erschöpfen, sondern künftig gehörten auch institutionalisierte Bildungsmöglichkeiten für die nicht mehr erwerbstätige Bevölkerung zu den wichtigen Voraussetzungen sozialer Teilhabe. Der Bericht konstatiert, dass weder die berufsbezogene noch die nicht berufsbezogene Weiterbildung auf den demografischen Wandel gut vorbereitet zu sein scheint. Unter dem Aspekt einer

alternden Gesellschaft sei für die aus dem Erwerbsleben ausgeschiedenen Personengruppen eine Weiterbildungspolitik notwendig, die über ein regional gleichwertiges Angebot sowohl deren Teilnahme insgesamt erhöhe als auch besonders die bisher in der Weiterbildung benachteiligten Gruppen mit niedrigem Bildungsstand zu aktivieren versuche. Auch die besonderen Probleme von Personen mit Migrationshintergrund seien einzu- beziehen.

Während der Parlamentarische Staatssekretär im BMBF, Dr. Helge Braun, und der Präsident der Kultusministerkonferenz und bayerische Kultusminister Dr. Ludwig Spaenle in dem Bericht die Aufforderung zur Fortsetzung bereits in Gang gebrachter Modernisierungsprozesse sahen und bekräftigten, dass sie an den geplanten Investitionen in Bildung und Forschung auch in Zeiten der Finanz- und Wirtschaftskrise festhalten wollten, bezeichnete die Integrationsbeauftragte der Bundesregierung, Staatsministerin Prof. Dr. Maria Böhmer, die Ergebnisse des Bildungsberichts als „deutliches Alarmzeichen“. Um den sozialen Zusammenhalt in unserem Land auf Dauer zu sichern, müssten mit Nachdruck alle Kräfte für bessere Bildungschancen von Migrant*innen gebündelt werden, betonte sie anlässlich der Veröffentlichung des Bildungsberichts. Der Deutsche Bundesjugendring nahm die Veröffentlichung des Nationalen Bildungsberichts zum Anlass, die negativen Auswirkungen der Einführung von Ganztagschulen und der Verkürzung der Gymnasialzeit auf das ehrenamtliche Engagement junger Menschen zu beklagen. Der Bericht zeige, dass die Freiräume der Jugendlichen, in denen sie sich selbstbestimmt engagieren und Verantwortung für sich und andere übernehmen

könnten, schrumpfen. Die Schule biete nicht die notwendigen Bedingungen, junge Menschen zu freiwilligem ehrenamtlichem Engagement zu motivieren. Der

DBJR moniert zudem, dass der Bildungsbericht auch die Erziehungs- und Bildungsleistungen der Jugendverbände hätte berücksichtigen sollen.

Quellen: Bildung in Deutschland 2010, Wirtschaft und Berufserziehung 7.10, BMBF-Newsletter 106/2010, BPA-PM vom 17.06.2010, DBJR-PM 8/2010

Bundesregierung will Zahl der Schulabbrecher verringern und Zahl der Studierenden erhöhen

In der Europäischen Union soll es künftig weniger Schulabbrecher und mehr Akademiker geben. Diese EU-Vorgaben hat die Bundesregierung akzeptiert. Sie sind Teil der Wachstumsstrategie „Europa 2020“. Diese listet fünf Kernziele auf, die in den nächsten zehn Jahren in allen Mitgliedstaaten erreicht werden sollen und die als entscheidend für die Wirtschaftsentwicklung der EU angesehen werden. Dazu gehören eine Beschäftigungsquote von 75 % der Bevölkerung im Alter von 20 bis 64 Jahren, Ziele für die Ausgaben für Forschung und Entwicklung, für erneuerbare Energien und Umweltschutz, Bildungsziele und Vorgaben für die Bekämpfung der Armut. Die Bundesregierung hatte sich zunächst gegen die EU-Bildungsziele gewehrt, weil sie Streit mit den Kultusministern der Bundesländer befürchtete, ohne deren Einverständnis sie sich nicht auf diese Zielwerte verpflichten lassen könnte. Das Bildungsniveau soll verbessert werden, wobei insbesondere angestrebt wird, die Schulabbrecherquote auf unter 10 % zu senken und den Anteil der 30- bis 34-jährigen, die ein Hochschulstudium abgeschlossen haben oder über einen gleichwertigen Abschluss verfügen, auf mindestens 40 % zu erhöhen. Bei dem EU-Gipfel am 17. Juni 2010 in Brüssel wurden diese Bildungsziele beschlossen. Am Vortag fand im Deutschen Bundestag eine Debatte über die

Frage statt, wie Jugendliche, deren Schulerfolg und deren Einstieg in die Ausbildung gefährdet ist, künftig verstärkt unterstützt werden sollten. Die Bundesregierung stellte dabei ihr neues Programm „Bildungsketten“ vor, das die Bundesministerin für Bildung und Forschung, Dr. Annette Schavan, erläuterte. Es soll dazu beitragen, die Potenziale von jungen Menschen schon vor dem Ende der Schulzeit festzustellen und gezielt zu fördern. Dafür werden zusätzlich zu den 1000 bereits heute von der Bundesagentur für Arbeit finanzierten Bildungslotsen weitere 1200 Bildungslotsen an Haupt- und Förderschulen geschickt, um gefährdeten Jugendlichen zu helfen. Insgesamt würden damit künftig 50.000 Jugendliche betreut werden. Das Programm sieht in einem ersten Schritt eine Potenzialanalyse ab der siebten Klasse vor, auf deren Grundlage dann ein Förderplan erarbeitet wird, der die letzten beiden Schuljahre sowie – im Fall eines erfolgreichen Abschlusses eines Ausbildungsvertrages – das erste Lehrjahr umfasst. Zentraler Bestandteil ist eine frühe Berufsorientierung in enger Zusammenarbeit mit Berufsbildungseinrichtungen und Unternehmen. Mit dem Beginn der Ausbildung endet die Begleitung jedoch nicht. Gefährdete Jugendliche werden von 1000 Seniorenexperten – Praktiker mit Berufsbildungserfahrung – während der Berufsausbildung weiter betreut.

Mit der Maßnahme soll im November 2010 begonnen werden. Die Ministerin zeigte sich davon überzeugt, dass damit ein erster zentraler Schritt getan sei, das Übergangssystem neu zu ordnen und die Zahl der Jugendlichen ohne Abschluss deutlich zu senken und ihnen die Chance einer beruflichen Ausbildung zu eröffnen. Dass gute Bildung eine wesentliche Voraussetzung dafür ist, positive Zukunftsperspektiven zu entwickeln, ergab eine von der Allianz Deutschland AG in Auftrag gegebene Studie zur Zuversicht von Schülern und Schülerinnen in Deutschland. Dabei zeigte sich, dass die Gymnasiasten die weitere Entwicklung ihres Lebens mit einem Anteil von 62 % am optimistischsten sehen. Bei den Realschülern vertrauen 58 % in die eigene Zukunft, in den Gesamtschulen 57 % und in den Hauptschulen 46 % der Schüler und Schülerinnen. Mit steigender Bildung wachse bei den Schülern die Zuversicht, dass sich das eigene Leben positiv entwickelt. Bildung sei deshalb nicht nur ein wichtiges Kapital für die materielle Zukunft, sondern auch für das eigene Selbstbewusstsein, schlussfolgerte der Wissenschaftler Frank Brettschneider, der die Zuversichtsstudie wissenschaftlich begleitete.

Quellen: bildungsklick.de vom 14.06.2010, BPA-Artikel vom 16.06.2010, Plenarprotokoll 17/48, PM Allianz vom Juli 2010

Berufsbildungsbericht im Zeichen des demografischen Wandels

Die Bundesregierung legte in diesem Frühjahr den Berufsbildungsbericht 2010 vor, der die Entwicklung von Ausbildungsplatzangeboten und Ausbildungsplatznachfrage im Jahr 2009 beschreibt. Die erfolgreiche und international geachtete berufliche Aus- und Weiterbildung in Deutschland stehe – so die Bundesregierung – angesichts demografischer, wirtschaftlicher und technologischer Veränderungen vor neuen Herausforderungen. Die Bundesregierung setzt daher die Priorität auf die Sicherung des künftigen Fachkräftepersonals und will die berufliche Bildung modernisieren und durchlässiger gestalten sowie die berufliche Weiterbildung stärken.

Trotz der schwierigen wirtschaftlichen Lage sei der Ausbildungsmarkt relativ stabil geblieben. Die Zahl der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge ging 2009 im Vergleich zum Vorjahr allerdings um 8,2 % zurück, parallel dazu sank aber auch die Zahl der an Ausbildung interessierten Jugendlichen aufgrund des demografischen Wandels um 8,8 % auf 575.607 junge Menschen. Ende September 2009 habe zum zweiten Mal in Folge die Zahl der noch unbesetzten Ausbildungsplätze (17.225) die Zahl der noch unversorgten Bewerberinnen und Bewerber (9603) übertroffen.

Dennoch appellierte Bundesbildungsministerin Dr. Annette Schavan an die Unternehmen, in ihren Ausbildungsanstrengungen nicht nachzulassen, damit sie nach Überwindung der konjunkturellen Krise über genügend qualifizierte Fachkräfte verfügen könnten. Was jetzt zu einer vorübergehenden

Entlastung am Ausbildungsmarkt führe, könne in den kommenden Jahren zu einem ernsthaften Nachwuchsproblem werden. Besorgt ist die Bundesregierung über die mangelnde Ausbildungsreife vieler Jugendlicher in Deutschland und über die hohe Zahl der Schulabbrecher. Jeder fünfte Ausbildungsvertrag wird vorzeitig wieder gelöst. Rund 15 % der jungen Erwachsenen zwischen 20 und 29 Jahren haben keinen Berufsabschluss. Die Bundesregierung bezeichnete es deshalb als große Herausforderung, diejenigen Jugendlichen in den Blick zu nehmen, die es bis jetzt noch nicht in Ausbildung geschafft haben. In diesem Zusammenhang wies sie auf die Initiative „Bildungsketten bis zum Ausbildungsabschluss“ hin, die zusammen mit anderen Maßnahmen die Chancen aller jungen Menschen auf einen Berufsabschluss erhöhen soll.

Für das Jahr 2010 hat das Bundesinstitut für Berufsbildung einen Rückgang auf 563.000 Ausbildungsangebote prognostiziert, was gegenüber dem Jahr 2009 ein minus von 3,5 % bedeuten würde. Insgesamt werde sich durch den Rückgang der Nachfrage nach Ausbildungsplätzen die Ausbildungsmarktsituation statistisch voraussichtlich jedoch nicht verschlechtern. Dennoch zeige sich in einigen Regionen infolge des demographischen Wandels bereits ein Mangel an Bewerbern und Bewerberinnen, in anderen gestaltet sich für viele Jugendliche der Einstieg in die Ausbildung nach wie vor schwierig. Dies gelte besonders für Jugendliche mit erhöhtem Qualifikationsbedarf.

Die SPD-Fraktion im Deutschen Bundestag forderte in einem Antrag zur Debatte zum Berufsbildungsbericht 2010 eine Überprüfung des „Übergangssystems“ zwischen Schule und Ausbildung. Die unter diesem Begriff zu summierenden unterschiedlichen außerschulischen Maßnahmen und schulischen Bildungsgänge, an denen 2008 insgesamt 500.000 Jugendliche teilgenommen hätten, seien in ihren Aufgaben und Leistungen unklar. Das Übergangssystem habe sich zu einem „intransparenten und überkomplexen Förderdschungel“ entwickelt, weshalb die bestehenden Maßnahmen auf ein übersichtliches und qualitätsorientiertes Maß reduziert werden sollten. Die Bundesregierung wird aufgefordert, einen Rechtsanspruch auf eine Berufsausbildung durch staatliche Förderung einzuführen, die alle betreffe, die spätestens drei Jahre nach Schulabschluss noch keinen Ausbildungsplatz finden konnten. Die Fraktion Die Linke kritisierte, dass die Berufsbildungsstatistik die realen Probleme Jugendlicher beim Übergang von der Schule in die Ausbildung eher verschleierte. Sie bilde die strukturellen Probleme im System der beruflichen Ausbildung nicht angemessen ab. Auch Jugendliche, die in Überbrückungsmaßnahmen oder ungelerten Jobs untergekommen seien, müssten als suchend gelten, was den Anteil suchender Bewerber erhöhen würde.

Quellen: bildungsklick.de Nr. 72392, BMBF-Newsletter vom 28.04.2010, www.bmbf.de/de/berufsbildungsbericht.php, heute im bundestag Nr. 165

Anhörung des Bildungsausschusses zum Deutschen Qualifikationsrahmen

Am 7. Juli 2010 veranstaltete der Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung des Deutschen Bundestages eine öffentliche Sitzung, auf der Ergebnisse der Arbeit am Deutschen Qualifikationsrahmen (DQR) mit Experten diskutiert werden sollten. Mit dem DQR wird erstmals eine umfassende, bildungsbereichsübergreifende Matrix zur Einordnung von Qualifikationen vorgelegt, die die Orientierung im deutschen Bildungssystem erleichtern soll. Der DQR versucht, das mit dem Europäischen Qualifikationsrahmen (EQR) auf der Ebene der EU geschaffene Bezugssystem unter Berücksichtigung der Spezifik des Deutschen Bildungssystems auszufüllen. Er beschreibt auf acht Niveaustufen fachliche und soziale Kompetenzen, an denen sich die Einordnung der Qualifikationen orientiert, die in der allgemeinen Bildung, der Hochschulbildung und der beruflichen Bildung erworben werden.

Zu den Experten, die als Sachverständige zur Anhörung eingeladen waren, gehörte auch Boris Brockmeier (Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten), der allerdings hier die Arbeitsgemeinschaft für Kinder- und Jugendhilfe vertrat (siehe auch seinen zusammen mit Paul Ciupke verfassten Beitrag in diesem Heft). Er betonte die Bedeutung der Durchlässigkeit von Bildungsprozessen. Keine Niveaustufe dürfe prinzipiell für bestimmte Qualifikationen reserviert werden. Ergebnisse des non-formalen und informellen Lernens seien auch im DQR

zu berücksichtigen. Lothar Herxich von der Kultusministerkonferenz wies darauf hin, dass der DQR die Funktion habe, das bestehende Berechtigungssystem abzubilden, weshalb man sich darauf geeinigt habe, zunächst Qualifikationen zuzuordnen. Mit der Frage, wie nicht qualifizierte Lernprozesse zugeordnet werden sollten, werde man sich später noch beschäftigen.

Georg Spöttl, Leiter der Arbeitsgruppe Elektro/Metall im Arbeitskreis DQR, sieht die Berufsbildung als Gewinnerin bei der Entwicklung des Deutschen Qualifikationsrahmens. Durch dieses neue Bewertungssystem werde das Gewicht des Meisterabschlusses dem des Bachelor-Abschlusses angeglichen. Diese Gleichwertigkeit der beruflichen Bildung sei ein Zugewinn. Auch Friedrich Hubert Esser vom Zentralverband des Deutschen Handwerks hob die Neujustierung des Verhältnisses von allgemeiner, hochschulischer und beruflicher Bildung hervor und forderte, dass der DQR, ebenso wie der Europäische Qualifikationsrahmen, am Bedarf der Unternehmen einerseits und der Lernenden andererseits ausgerichtet werden müsse, um akzeptiert zu werden. Der DGB-Vertreter Hermann Nehls forderte eine Offenheit im Qualifikationsrahmen und wandte sich gegen Versuche der Hochschulrektorenkonferenz, ein „Alleinstellungsmerkmal“ für die Hochschulen zu formulieren und damit bereits erreichte Vereinbarungen infrage zu stellen. HRK-Vertreter Jan Rathjen versicherte hingegen,

man sei durchaus am Thema Durchlässigkeit im System interessiert. Es sei jedoch die Sorge der Hochschulen, dass durch den DQR ein Druck erzeugt werde, sich vom wissenschaftlichen Profil zu entfernen, nicht zuletzt über die Senkung der Zugangsniveaus.

Das Deutsche Institut für Erwachsenenbildung (DIE) begrüßt in einer Pressemitteilung einerseits die Entwicklung eines DQR als Chance zur Förderung von Mobilität und lebenslangem Lernen, es sieht jedoch Nachbesserungsbedarf vor allem beim Bezugssystem. Der DQR orientiere sich am formalen System und berücksichtige andere Leistungsbereiche der Gesellschaft und weite Teile des Bildungssystems wie die Weiterbildung und die außerschulische Jugendbildung nicht. Damit werde der vorliegende Entwurf der Chance auf einen weitreichenden Zuwachs von Kompetenzen, die das informelle Lernen biete, nicht gerecht. Das DIE stößt sich auch an der Zuordnung der Abschlüsse zu bestimmten Niveaustufen. Es sei nicht nachvollziehbar, warum ein Bachelor-Abschluss höherwertiger sein sollte als die Qualifikation als „Bankfachwirt“. Der DQR beruhe nicht auf einem gezielten Leistungsvergleich, sondern auf Macht, Tradition und Konvention.

Die Position des DIE ist ausführlich dargelegt in DIE FAKTEN, die auf der Homepage des DIE zum Download bereitstehen.

Quellen: heute im bundestag Nr. 239, DIE-PM vom 19.07.2010

Neues aus der Weiterbildung

Ende Juni stellte das Deutsche Institut für Erwachsenenbildung in Bonn seine gerade erschienene Publikation „Trends der Weiterbildung“ vor, die im W. Bertelsmann Verlag erschienen und dort oder über den Buchhandel erhältlich ist. In der Einladung zur Präsentation der neuen Studie wird auf die aktuellen Trends der Weiterbildung hingewiesen, als da sind:

- soziale Selektion bei der Weiterbildungsteilnahme unverändert
- West-Ost-Gefälle bei der Anbieterdichte
- Kleine und Kleinsteinrichtungen in der Weiterbildung nach wie vor dominierend
- die von der Bundesregierung anvisierte Weiterbildungsbeileiligung von 50 % wird nach Trendberechnungen erreicht
- Geschäftsklimaindex in der Weiterbildung besser als im übrigen Dienstleistungssektor
- Weiterbildungsanbieter reagieren auf schwierige wirtschaftliche Situation offensiv - statt Kosteneinsparungen Innovationen
- Kompetenzmessung wird ein immer wichtigeres Aufgabengebiet für Weiterbildner.

Dass zumindest die berufsbezogene oder betriebliche Weiterbildung immer mehr an Bedeutung gewinnt, belegt eine aktuelle Umfrage des Deutschen Industrie- und Handelskammertages, an der sich mehr als 15.000 Firmen beteiligten. Die Unternehmen sparen danach nicht an der Weiterbildung, sondern ein Viertel der Betriebe plane sogar den Ausbau des Weiterbildungsangebots. Qualifizierung wird zunehmend als wichtiges Instrument zur Bewältigung des demografischen Wandels erkannt. Die Wirtschaft wunsche sich, wie die Umfrage

zeigt, passgenaue, flexible und finanziell angemessene Qualifizierungsangebote. Die Investitionsbereitschaft in Weiterbildung werde maßgeblich davon bestimmt, ob man sich von dem Einsatz betrieblichen Erfolg verspreche.

Eine im Mai vorgestellte Forsa-Studie zeigte, dass eine große Mehrheit der Arbeitnehmer/-innen in der Wirtschaftskrise eine Weiterbildung statt einer Gehaltserhöhung akzeptieren würden. Drei Viertel der Erwerbstätigen im Alter zwischen 20 und 40 Jahren würden angesichts der Wirtschaftslage eine vom Arbeitgeber finanzierte Weiterbildung anstelle einer Gehaltserhöhung akzeptieren. Weitere 20 % der Befragten würden das Angebot annehmen, wenn sie dadurch die nötige Qualifikation für eine höhere Position erwerben können. Die Umfrage ergab zudem eine hohe Wertschätzung betrieblicher Qualifizierungsprogramme, wobei deren Bedeutung umso höher eingeschätzt wird, je höher der formale Bildungsgrad ist. Für die Orientierung auf dem Weiterbildungsmarkt werden Weiterbildungsdatenbanken immer wichtiger. Das Internet ist mittlerweile für die Suche nach Weiterbildung das mit Abstand wichtigste Informationsmedium, wie eine Online-Umfrage des Deutschen Instituts für Internationale pädagogische Forschung ergab, deren Ziel es war, das Angebot von Weiterbildungsdatenbanken zu optimieren. Neben der Suche in den Datenbanken nutzen 83 % der Weiterbildungsinteressierten Suchmaschinen für die Suche nach Kursen. 77 % informieren sich unmittelbar auf den Webseiten der Weiterbildungsanbieter. Es folgen gedruckte Broschüren der Anbieter sowie Zeitungen und Zeitschriften, die

von mehr als der Hälfte der Teilnehmerinnen und Teilnehmer als Informationsquelle genutzt werden. Die Ergebnisse der Umfrage im Überblick und grafisch aufbereitet sind unter www.iwwb.de/weiterbildung.html?seite=38 abrufbar.

Auch das Fernlernen wird immer wichtiger für das Lebenslange Lernen. Dies betonte der Parlamentarische Staatssekretär im Bundesministerium für Bildung und Forschung, Thomas Rachel, bei der Verleihung des diesjährigen Studienpreises des Forum DistanzE-Learning. Durch seine Flexibilität schlage das Fernlernen eine wichtige Brücke zwischen Ansätzen des formalen, non-formalen und informellen Lernens. Obwohl das Fernlernen im Kontext der gesamten Weiterbildung mit derzeit ungefähr 350.000 Teilnehmenden noch eine relativ geringe Rolle spielt, sind die Zuwachsraten der Beteiligung an dieser Lernform enorm. Die Anzahl der Fernlernerinnen und Fernlerner in Deutschland hat sich seit 2002 mehr als verdoppelt. Steigendes Weiterbildungsinteresse führt die Bundesministerin für Bildung und Forschung, Dr. Annette Schavan, auch auf den Prämiegutschein zurück, mit dem die Bundesregierung die individuelle berufliche Weiterbildung fördert. Erwerbstätige in Deutschland werden in ihrer beruflichen Weiterbildung mit bis zu 500 € Zuschuss in Form eines Prämiegutscheins unterstützt. Damit können sie einmal jährlich einen Kurs oder eine Prüfung der beruflichen Weiterbildung zur Hälfte bezahlen. Voraussetzung ist, dass das zu versteuernde Jahreseinkommen 25.600 € nicht übersteigt (beziehungsweise 51.200 € für gemeinsam veranlagte Ehepaare). Derzeit werden täglich über 200 Prämiegutscheine ver-

teilt. Das Programm Bildungsprämie bietet neben den Prämiegutscheinen auch das so genannte „Weiterbildungssparen“ an. Prämiegutscheine und die Spargutscheine für das Weiterbil-

dungssparen sind in derzeit rund 450 Beratungsstellen bundesweit erhältlich. Die Bildungsprämie wird aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds der Europäischen Union gefördert.

Quellen: DIE-PM vom 28.06.2010, ILS Professional-Presseinfo vom 11.05.2010, DIPF-PM vom 13.04.2010, BMBF-Newsletter vom 27.04.2020, Wirtschaft und Berufserziehung 6.10

Neue Bundesjugendministerin will Jugendliche unterstützen

Konturen der Jugendpolitik unter der neuen Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Dr. Kristina Schröder, zeichnen sich allmählich ab. Das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend intensiviert nun mit der bundesweiten Initiative JUGEND STÄRKEN seine Anstrengungen für die Gruppe der Jugendlichen, die nur noch mit gezielten Hilfen erreicht werden kann. Es geht dabei um Jugendliche, die bereits wichtige Chancen verpasst und Anschlüsse verloren haben oder arbeitslos sind. Die Ministerin kündigte an, dass sie gemeinsam mit den Kommunen ein neues Modellprogramm „JUGEND STÄRKEN: aktiv in der Region“ starten werde, um die bisherigen Programme noch stärker mit den anderen vorhandenen Angeboten und Akteuren vor Ort verknüpfen zu können. Die Kommunen müssten die Koordinierung und Steuerung einer zukunftsorientierten Jugendpolitik übernehmen und seien bei der Integration die zentralen Akteure. Für das neue Modellprogramm stellt das BMFSFJ in den Jahren 2010 – 2013 circa 15 Mio. € aus dem Europäischen Sozialfonds zur Verfügung.

Im Juni traf die Bundesjugendministerin erstmals ihre Kolleginnen und Kollegen aus den Bundesländern in Schwerin. Bei diesem Treffen ging es unter anderem um das geplante Kinderschutzgesetz sowie Konsequenzen aus den Missbrauchsfällen in öffentlichen

Einrichtungen. Kristina Schröder unterstrich anlässlich dieses Treffens die gemeinsamen Ziele beim weiteren Ausbau von Krippenplätzen für unter Dreijährige und kündigte die Einführung verpflichtender Standards zum Umgang mit sexuellem Missbrauch in Schulen, Kindergärten oder Jugendzentren an. Die Einführung eines umfassenden und wirksamen Kinderschutzgesetzes gehöre zu den wichtigsten Vorhaben der Bundesregierung in dieser Legislaturperiode, so die Ministerin. Das Bundesfamilienministerium will ein Gesetz auf den Weg bringen, das Prävention und Intervention gleichermaßen stärken soll.

Eine weitere Aufgabe der Jugend- und Familienministerkonferenz ist die Umsetzung der EU-Jugendstrategie, die Bund und Länder gemeinsam angehen wollen. In einem Beschluss bezeichneten sie die Jugendstrategie als eine große Chance für die Weiterentwicklung der Jugendpolitik in Deutschland, die geeignet sei, zur Verbesserung der Lebenslagen junger Menschen beizutragen. Die Länder wollen die regionale und lokale Umsetzung im Rahmen eigener Zuständigkeit aktiv befördern und dazu in jeder Obersten Landesjugendbehörde eine für die Umsetzung der Europäischen Jugendstrategie zuständige Stelle bestimmen. Die AG der Obersten Landesjugend- und Familienbehörden ist nun aufgefordert, gemeinsam mit dem Bund eine

geeignete Form der Bund-Länder-Koordination zu entwickeln. Es geht dabei um die Überwindung von Jugendarmut und ihren Folgen, Verbesserung der Beschäftigungsmöglichkeiten für junge Menschen mit besonderem Blick auf Übergänge in die Arbeitswelt, soziale Teilhabe und Partizipation junger Menschen, Anerkennung der Bedeutung informeller und nicht-formaler Bildung unter Wahrung der spezifischen Strukturen und Leistungen der Jugendarbeit, Integration von jungen Menschen aus Einwandererfamilien sowie von sozial benachteiligten und individuell beeinträchtigten Jugendlichen und Chancen durch Mobilität zu Lernzwecken.

Damit hat die Jugend- und Familienkonferenz diejenigen Bereiche aufgegriffen, die von der Arbeitsgemeinschaft für Jugendhilfe (AGJ) in einem im Mai veröffentlichten Positionspapier zur nationalen Umsetzung der EU-Jugendstrategie ausgemacht wurden. Die AGJ schlägt in diesem Papier ein koordiniertes Verfahren unter Beteiligung von Bund und Ländern sowie Trägern der öffentlichen und freien Kinder- und Jugendhilfe zur Ausgestaltung einer nationalen Jugendstrategie vor. Dieses breite Bündnis solle abgestimmte thematische Schwerpunkte setzen, wobei jederzeit Raum für die Berücksichtigung jeweils aktueller Problemlagen gegeben sein müsse.

Sie empfiehlt zudem eine ressortübergreifende Zusammenarbeit, die darauf zielt, allen jungen Menschen ihr Recht auf Teilhabe und Bildung zu schaffen

und zu sichern sowie junge Menschen direkt zu beteiligen. Die Strukturen der Kinder- und Jugendhilfe müssten bei der Entwicklung der Umsetzung der

Strategie ebenfalls beteiligt werden.

Quellen: BMFSFJ-PM Nrn. 38 u. 39/2010, AGJ-PM vom 07.05.2010

Bundesjugendministerium startet Projekte zur Prävention von Linksextremismus und Islamismus

Bereits kurz nach ihrem Amtsantritt kündigte die Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Dr. Kristina Schröder, die Auflage eines Programms an, mit dem Modellprojekte zur Prävention von Linksextremismus und islamischem Extremismus gefördert werden sollen. Schwerpunkte der Projekte sind soziale Integration, Förderung demokratischer Strukturen und Erziehung zu Demokratie und Gewaltlosigkeit. Geplant ist außerdem die Förderung der Aus- und Fortbildung von Multiplikatoren/Multiplikatorinnen, die Arbeit mit Eltern, Lehrern/Lehrerinnen und Erziehern/Erzieherinnen sowie die Bildung von Netzwerken vor Ort. Die Ministerin betonte, dass das neue Programm keine Einschränkung der Prävention gegen den Rechtsextremismus zur Folge haben werde. Dieser Weg sei erfolgreich gewesen und solle weitergegangen werden. Dennoch sei es wichtig, die Jugendlichen auch gegen die Verführung durch linksextremistisches und islamistisches Gedankengut zu stärken.

Anfang Juli starteten vier neue Modellprojekte, die sich an Jugendliche mit und ohne muslimischen Migrationshintergrund richten, auf die Multiplikatoren im Bereich der Bildungs-, Jugend- und Migrationsarbeit zielen oder den Bereich der Schule im Blick haben. Zu den Trägern gehören auch zwei Einrichtungen aus dem Umfeld des Arbeitskreises deut-

scher Bildungsstätten: die Stiftung Europäische Jugendbildungs- und -Begegnungsstätte Weimar und der Jugendhof Scheersberg. In Weimar will man Schlüsselkompetenzen zur Auseinandersetzung mit antidemokratischen gewaltorientierten linksextremistischen Ideologien und Strömungen vermitteln, wobei im Mittelpunkt zielgruppengerechte Bildungskonzepte stehen, durch die demokratische Einstellungen gestärkt und die kritische Auseinandersetzung mit antidemokratischen linksextremistischen Ideologien gefördert werden können. Dabei soll mit ausgewählten Schulen in Thüringen, Berlin, Hamburg und Hannover zusammengearbeitet werden.

Der Jugendhof Scheersberg verfolgt mit seinem Projekt „Jugend für Demokratie und gegen Extremismus“ das Ziel, Jugendliche zu Multiplikatoren unter Multiplikatoren fortzubilden und sie dazu zu ermutigen, eigene Partizipationsformen zu entwickeln. Außerdem sollen Angebote für die schulische und außerschulische Bildung entwickelt und Netzwerke gegründet werden. Im Jahr 2010 stehen für Vorhaben und Projekte zur Prävention von Linksextremismus und islamischem Extremismus insgesamt 2 Mio. € zur Verfügung. Die Förderung von Präventionsangeboten in den Bereichen Linksextremismus und islamischer Extremismus soll mit den vier Projekten beginnen, jedoch nicht abgeschlossen sein. Im

Laufe des Jahres sollen weitere Projekte sowie Forschungsansätze identifiziert werden, um die Erkenntnislage in den Bereichen Linksextremismus und islamischer Extremismus zu verbessern. Die Ministerin hatte in einem Interview mit der FAZ von einer Verharmlosung linksextremer Gewalt gesprochen. Es gebe inzwischen aber laut Verfassungsschutz einen massiven Anstieg politisch motivierter Kriminalität, gerade bei Straftaten im linken Spektrum. In einer solchen Situation wolle sie ein gesellschaftliches Klima schaffen, in dem klar sei, dass sich brutale Gewalt durch nichts rechtfertigen lasse. Die Mittel für die Bekämpfung von Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit würden nicht gekürzt. Von den Projektträgern gegen Rechtsextremismus – gerade in den neuen Bundesländern – werde eine fundierte Arbeit geleistet. Wer nicht sehe, dass in manchen Gegenden rechtsextremistische Kameradschaften das Straßenbild dominierten und für ein Klima der Einschüchterung sorgten, sei einfach blind.

Bei der Präsentation des Verfassungsschutzberichts 2009 durch Bundesinnenminister Dr. Thomas de Maizière im Juni des Jahres wurde ein Anstieg linksextremistischer Gewaltdelikte von circa 700 im Jahr 2008 auf etwa 1100 im Jahr 2009 gemeldet. Fast verdoppelt habe sich die Zahl der

Brandstiftungen, und auch die Zahl der Körperverletzungsdelikte mit linksextremistischem Hintergrund sei um 40 % stark angestiegen. Die Bundesregierung wolle dem Verhalten der Linksextremisten entschlossen entgegentreten. Auch die Bekämpfung des islamistischen Terrorismus und des politischen Extremismus bleibe wesentliche Aufgabe des Verfassungsschutzes. Die deutschlandbezogene Propaganda islamistisch-terroristischer Gruppierungen sei besonders im Zusammenhang mit der

Wahl zum 17. Deutschen Bundestag in bisher nie gekannter Weise betrieben worden. Im Zentrum islamistischer Propaganda stehe die Beteiligung Deutschlands am militärischen Einsatz in Afghanistan.

Im Bereich des Rechtsextremismus macht der Verfassungsschutzbericht einen Rückgang des Personenpotenzials aus. Die Mitgliederzahlen der rechtsextremistischen Parteien gingen zurück. Dies dürfe jedoch nicht darüber hinwegtäuschen dass die Etablierung der NPD auf kommunaler Ebene ins-

besondere im Osten des Landes weiter anhalte.

Wie aus einer Antwort der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage der Fraktion Die Linke hervorgeht, wurden im Jahr 2009 fast 19.500 politisch rechts motivierte Straftaten erfasst. Darunter waren 959 Gewalttaten und 13.295. Propagandadelikte. Die meisten politisch rechts motivierte Delikte ereigneten sich 2009 im bevölkerungsreichsten Bundesland Nordrhein-Westfalen, gefolgt von Sachsen und Niedersachsen.

GEMINI zur Initiative des BMFSFJ „Demokratie stärken“ – JUGEND FÜR DEMOKRATIE UND GEGEN EXTREMISMUS

Stellungnahme anlässlich des Hearings „Linksextremismus und Islamismus“

Das Ziel aller Aktivitäten der Träger der politischen Jugendbildung, die sich in der GEMINI im Bundesausschuss politische Bildung (bap) zusammengeschlossen haben, ist es, Demokratie und politische Kultur zu stärken und weiterzuentwickeln. Sie setzen sich mit ihrer Arbeit für die Förderung eines demokratischen Wertebewusstseins und Verhaltens als Beitrag zur Sicherung der demokratischen Grundlagen des Gemeinwesens ein. Ihre Maßnahmen richten sich daher – implizit wie explizit, präventiv wie reaktiv – gegen jegliche anti-demokratische, verfassungsfeindliche oder extremistische Denk- und Handlungsweisen.

Aus diesem Grund begrüßt und unterstützt die GEMINI die Initiative des Bundesministeriums, Jugendliche vor jeglichen extremistischen Tendenzen zu schützen und dafür Maßnahmen im Rahmen der Initiative „Demokratie stärken“ vorzusehen. Die politische Jugendbildung versteht diese als eine notwendige Investition in eine demokratische, liberale, vitale plurale Kultur. Die GEMINI hat in diesem Sinne mit Interesse die Überlegungen des BMFSFJ aufgenommen, die bisherigen Bundesprogramme durch weitere Präven-

tionsprojekte zu den Themen „Linksextremismus“ und „Islamismus“ zu ergänzen.

Sowohl die Weiterführung der bestehenden Bundesprogramme als auch die Einführung zusätzlicher Präventionsprojekte bedürfen jedoch unabdingbar eines sorgfältigen Auslotens der in Rede stehenden Begriffe, Sachverhalte und Bedingungen:

1. Eine Auseinandersetzung mit extremistischen Haltungen und Bestrebungen setzt die Orientierung an einem positiven Leitbild voraus, das als Engagement für eine demokratische, liberale und lebendige plurale Kultur näher charakterisiert werden kann. Hierfür stehen vor allem der Bezug auf die Menschenrechte, die Rechtsstaatlichkeit, das Gewaltmonopol des Staates, die freiheitlich-demokratische Ordnung und der Grundsatz der Gleichbehandlung, wie im Grundgesetz und im Gleichbehandlungsgesetz festgelegt. Dies sind für uns Garantien einer vitalen, liberalen, politischen und kulturellen Pluralität, die Grundlage für unsere politische Kultur und Willensbildung ist und sich in der Pluralität der freien Träger der außerschulischen Politischen Bildung widerspiegelt. Dazu gehört der Konsens, dass eine demokratische Gesellschaft ein nicht abgeschlossenes, weiterzuentwickelndes Projekt ist, das der Verbesserung und politischen Gestaltung (Leistungsfähigkeit und Beteiligungs-

offenheit) bedarf. Nur auf dieser Grundlage können politische Haltungen als demokratiegefährdend oder extremistisch eingeordnet und gegenüber einer begründeten Kritik an der Gesellschaft, dem Engagement für eine Weiterentwicklung der Demokratie und der Verbesserung der Lebensverhältnisse sowie einem legitimen politischen Protest abgegrenzt werden. Hierzu zählt auch eine differenzierte Betrachtung von Hintergründen, Bedingungen und Formen von Jugendgewalt.

2. In Hinblick auf das Thema „Islamismus“ ist danach zu fragen, wie das Recht auf Religionsausübung geschützt und auch eine wertebegozogene politische Haltung gegenüber religiös begründeten anti-demokratischen und verfassungsfeindlichen Bestrebungen abgegrenzt werden kann. Wir verweisen hier auf Erkenntnisse aus dem trägerübergreifenden Projekt „DeKuRel – Demokratie – Kulturen – Religionen, zur Qualifizierung politischer Bildung angesichts des Zusammenlebens unterschiedlicher Kulturen und Religionen in der Demokratie“, das u. a. Wertorientierungen innerhalb ‚des‘ Islam ausgelotet hat und eine Differenzierung zu den Bereichen Freiheit, Trennung von Staat und Religion, Gerechtigkeit, Toleranz, Gewaltenteilung, Partizipation, Gleichberechtigung und Frieden (Gewalt) untersuchte.

Im Übrigen sollte in diesem Zusammenhang erörtert werden, inwieweit auch andere unzulässige Funktionalisierungen von Religion oder Glaubensvorstellungen für politische Zwecke bei der Ausgestaltung möglicher Programme Berücksichtigung finden sollten.

3. Linksextremismus und Islamismus (und in diesem Sinne auch der Rechtsextremismus) werden von uns als Reaktion auf soziale, ökonomische, kulturelle und globale Wandlungsprozesse verstanden, die auf kulturelle und soziale Heterogenität, materielle Ungleichheiten, gesellschaftliche Desintegrationstendenzen, prekäre Formen der Anerkennung der Person, Wandel von gesellschaftlichen Wertvorstellungen, erfahrener oder empfundener Unsicherheit, sozialpathologische Entwicklungen usw. Bezug nehmen. Daher ist eine umfassende, differenzierte und wissenschaftlich gestützte Betrachtungsweise der Ursachen und Bedingungen erforderlich, um daraus entsprechende Schlussfolgerungen für Maßnahmen in der Praxis ableiten zu können. Extremismus ist aber ein relationaler Begriff, der die Gefahr in sich birgt, komplexe gesellschaftliche Prozesse zu vereinfachen. Vor diesem Hintergrund fordern wir – wie zum Thema Rechtsextremismus – eine umfassende, wissenschaftlich gestützte Debatte über die Begrifflichkeit bzw. zur begründeten Beschreibung der Phänomene „Linksextremismus“ und „Islamismus“.

4. Mögliche Programme sollten dem zentralen Anliegen folgen, die Voraussetzungen für die Entstehung extremistischer Orientierungen, Haltungen und Handlungsformen zu beeinflussen. Sie sollten sich auf die Vermittlung demokratischer Kompetenzen, den Umgang mit kultureller und religiöser Heterogenität im Rahmen globaler Entwicklungen beziehen und sich der Relevanz neuer Formen der politischen Öffentlichkeit (Stichwort Web 2.0) bewusst sein.

Die politische Jugendbildung bietet dafür Erfahrungen und Möglichkeiten insbesondere in folgenden Bereichen:

- a. sozialräumliche und präventive Maßnahmen mit Jugendlichen aus verschiedenen sozialen Milieus und unterschiedlichen Lebenslagen
- b. interkulturelle und interreligiöse Maßnahmen; Maßnahmen der internationalen Jugendarbeit
- c. intergenerative Maßnahmen; Maßnahmen für Eltern
- d. Maßnahmen für Multiplikatorinnen und Multiplikatoren
- e. Maßnahmen zur Beförderung gesellschaftlicher Diskurse, vor allem mit den vielfältigen zivilgesellschaftlichen Akteuren über die Grundlagen und die Weiterentwicklung demokratischer Gesellschaften.

Im Folgenden werden die Fragen für das Hearing beantwortet. Allerdings ist festzuhalten, dass der kurze Zeitraum der Befragung es nicht möglich gemacht hat, eine ausreichende Recherche und Konsultation bei Trägern der politischen Jugendbildung vorzunehmen, die besondere Erfahrungen in dem in Frage stehenden Arbeitsfeld haben. Wir behalten uns daher vor, entsprechende Erkenntnisse und Stellungnahmen auch noch zu einem späteren Zeitpunkt nachzureichen.

Zu den Fragen:

1. Wo sehen Sie in Bezug auf die beiden hier in Rede stehenden Adressatengruppen (linksextremistisch und islamistisch orientierte Jugendliche) praktische Ansätze für Präventionsprogramme? Gibt es übertragbare Strategien, Modelle, Programme oder bedarf es völlig neuer Ansätze?

Mit Bildungsangeboten erreichen wir junge Menschen, die gefährdet sind, extremistische Einstellungen zu übernehmen und zu verbreiten, da gerade junge Migrantinnen und Migranten sowie bildungsbenachteiligte junge Menschen häufig mit extremistischen Einstellungen

in ihrer Peer-Group oder auch in ihrem Elternhaus konfrontiert sind. In Projekten mit so genannten bildungsfernen Jugendlichen werden Aspekte des Umgangs mit gesellschaftlichen Problemlagen und persönlichen prekären Lebenslagen thematisiert. Weiterhin werden Strategien zur öffentlichen Sensibilisierung in Hinblick auf Erfahrungen Jugendlicher aus prekären Milieus entwickelt und Strategien gesellschaftlicher Partizipation thematisiert. Solche Ansätze sind in den Bereich präventiver Konzepte einzuordnen.

(Beispiele: Die Bildungsarbeit der VHS hat gezeigt, dass zusätzliche Bildungsangebote zur Stärkung des Demokratiebewusstseins und der Auseinandersetzung mit Konflikten für Jugendliche in den Kursen zum Nachholen von Schulabschlüssen und jungen Menschen im Übergangsmanagement (zum Beispiel berufsvorbereitende Maßnahmen) sehr erfolgreich sind, präventiv gegen extremistische Einstellungen zu wirken. Solche Bildungsangebote wurden bereits beim Projekt des Deutschen Volkshochschul-Verbands (DVV) gegen rechtsextremistische Einstellungen bei Jugendlichen (Bildungschancen – Lebenschancen – Chancen gegen rechts) in Mecklenburg-Vorpommern flächendeckend umgesetzt.)

Als positive praktische Ansätze gerade in Großstädten (zum Beispiel in Hamburg) haben sich Ansätze der Peer-Education herausgestellt. Junge Multiplikatoren sind nach Bildungsangeboten in der Lage, Verantwortung für Jüngere zu übernehmen und positive Beispiele für ein demokratisches Miteinander und die vorurteilsfreie Begegnung mit Minderheiten zu bieten. Dies geschieht vor allem in sozial gefährdeten Stadtteilen mit hohen Anteilen junger Migrantinnen und Migranten sowie bildungsbenachteiligter junger Menschen in Kooperation mit Einrichtungen der offenen Jugendarbeit und Schulen.

(Beispiel: Modellprojekt „Peer-Programm Verantwortung“ des DVV).

Es existieren bereits zahlreiche Kooperationen auf der Ebene der lokalen und überregionalen Träger sowie der Dachverbände, z. B. mit Türkische Gemeinde Deutschlands, Muslimische Jugend Deutschlands und der Bund der Aleviti-

schen Jugend. Eine zentrale Rolle spielen aber vor allem regionale und lokale Initiativen, Vereine und Organisationen von Migrantinnen und Migranten wie Migrantenselbstorganisationen, Moscheevereine, Kulturvereine, u. a. Gerade die Kooperation mit Migrantenselbstorganisationen ist für eine sozialräumliche Einbettung der Konzepte und im Kontext einer Beschäftigung mit dem Islam eine wichtige Voraussetzung. Gibt es ein vertrauensvolles Verhältnis zwischen Personen („Brückenköpfe“), dann funktioniert auch die Zusammenarbeit. Verlässt die Person z. B. die Bildungsstätte, bricht der Kontakt zusammen. Die Notwendigkeit der Weiterentwicklung liegt unserer Meinung nach in der strukturellen Verankerung der Zusammenarbeit mit Migrantenselbstorganisationen.

Es gibt im Bereich der politischen Jugendbildung verschiedene intergenerative Projekte, die die Sichtweisen verschiedener Generationen auf gesellschaftliche Problemlagen thematisieren. Die Erfahrungen mit solchen Ansätzen sind durchweg positiv. Hier müsste reflektiert werden, inwieweit diese Erfahrungen auf die hier angefragten Themenfelder übertragen werden können.

In den vergangenen Jahren hat sich gezeigt, dass Bildungsangebote mit deren Eltern oder Elterninitiativen einen positiven Einfluss auf die demokratische Einstellung junger Menschen haben. Die politische Jugendbildung hat gute Erfahrungen mit entsprechenden Angeboten gemacht, die unter anderem auch in Kooperation mit migrantischen Elternorganisationen vor Ort durchgeführt wurden. Sie belegen, dass Bildungsangebote entwickelt werden können, die an den alltäglichen Problemen von Migrantinnen und Migranten beispielsweise an den Themenfeldern Bildung oder Gesundheit anknüpfen und über diese Themenbereiche hinausgehen können. Bildungsangebote können zum Beispiel auch an den Orientierungs- und Einbürgerungskursen – die ja auch eine Bundesaufgabe sind – anknüpfen, an denen viele Migrantinnen und Migranten in unseren Einrichtungen teilnehmen. An diesen Maßnahmen teilnehmende Eltern können wirkungsvoll als Multiplikatorinnen und Multiplikatoren

in ihrer Community, aber auch bei ihren eigenen Kindern wirken, um islamistischen Einstellungen zu begegnen.

(Beispiele: „Nicht ohne meine Eltern – Praxisworkshop zur interkulturellen Elternarbeit“, PfalzAkademie Lambrecht, Modellprojekt „Elternkompass“ des DVV, „Rechte Jungs, rechte Mädchen – ratlose Eltern“, Lidice-Haus Bremen)

2. Kennen Sie in diesem Zusammenhang Projekte und Konzepte, die Jugendliche und Eltern direkt ansprechen? Welche Erfahrungen liegen vor? Wo besteht Weiterentwicklungsbedarf? Wo bestehen Weiterbildungsmöglichkeiten?

Wenn extremistische Orientierungen und gewaltförmige Praktiken eine Reaktion auf gesellschaftliche Wandlungsprozesse sind, erscheinen sozialräumliche und persönlichkeitsbildende Ansätze der politischen Jugendbildung besonders Erfolg versprechend. In diesen Kontexten ist eine an Vorurteilen und stereotypen Haltungen ansetzende Arbeit am ehesten möglich. Als Methode um extremistischen Einstellungen positiv entgegenzuwirken, hat sich beispielsweise das von den Volkshochschulen entwickelte „Argumentationstraining gegen Stammtischparolen“ bewährt, das auch anleitet, islamistischen oder linksextremistischen Vereinfachungen in der Argumentation zu begegnen. Als Beispiel für ein sozialräumlich orientiertes Projekt kann das Projekt „Lust auf Zukunft! Politische Bildung für Jugendliche mit geringen Bildungschancen“ der Evangelischen Trägergruppe für gesellschaftspolitische Jugendbildung (ET) genannt werden. Ausgangspunkt ist die Frage nach Chancengerechtigkeit und sozialer Exklusion im Kontext der Debatte über Lebensperspektiven von Kindern und Jugendlichen mit geringen Bildungschancen. Im Rahmen dieses Projekts werden unterschiedliche Ansätze und Formate der politischen Bildung für Jugendliche aus sozial marginalisierten Milieus erprobt und evaluiert. Die verschiedenen Bildungsangebote haben das Ziel, Jugendliche mit geringer formaler Bildung zu stärken und gemeinsam mit ihnen individuelle und gruppenbezogene Vorstellungen vom guten Zusammenleben in einer plu-

ralen, demokratischen Gesellschaft zu erarbeiten.

Es gibt vielfältige Erfahrungen der politischen Jugendbildung im Bereich interkultureller und interreligiöser Projekte. Als Stichworte sind religionsphilosophische Projektwochen, abrahamitische Foren und Projekte zu nennen, die z. B. eine intensive Auseinandersetzung mit den Grundlagen unterschiedlicher religiöser Gruppierungen, eine kommunikative Begegnung mit anderen Religionen ermöglichen und eine Basis für einen toleranten und nicht-fundamentalistischen Umgang zwischen den verschiedenen Gruppierungen schaffen.

(Beispiele: „Religiöser Pluralismus und Toleranz“, aktuelles forum Gelsenkirchen, „Brauchen wir noch Religion!? Die Zukunft der multikulturellen Gesellschaft“, Kath. Akademie DIE WOLFSBURG Mülheim a. d. Ruhr. Religionsphilosophische Projektwochen werden z. B. von den Ev. Akademien Sachsen-Anhalt und der Ev. Akademie zu Berlin angeboten. Abrahamitische Foren sind ein spezielles Veranstaltungsformat interreligiöser Begegnungen, an dem Jugendliche aus den drei abrahamitischen Religionen (Judentum, Christentum und Islam) teilnehmen. Das Format ist an der Ev. Akademie Arnoldshain entwickelt und erprobt worden und in Kooperation mit dem Interkulturellen Rat verbreitet worden.)

Ebenfalls in den Bereich der aufklärenden und informierenden Ansätze sind Vorhaben einzuordnen, sich z. B. intensiv mit dem Islam zu beschäftigen, die zentralen Grundlagen und seine normativen Orientierungen zu reflektieren und die Frage des Verhältnisses von Religion und Politik in einer demokratischen Gesellschaft zu bearbeiten. Gerade zu den Fragen Geschlechterverhältnis, Gerechtigkeit, Gewalt, Modernisierung des Islam, Trennung von Staat und Religion ist in verschiedenen Projekten der politischen Bildung gearbeitet worden und liegen Erfahrungen vor.

(Beispiele: Seminar „Islam und Menschenrechte. Universeller Anspruch und politische Wirklichkeit“, PfalzAkademie in Lambrecht, „Bunt, religiös, demokratiefähig? Wie kann das Thema der religiösen Vielfalt in Bildungskontexten

bearbeitet werden?“, Evangelische Akademie Loccum, „Döner und Demokratie. Politische Bildung in der Einwanderungsgesellschaft“ an der Ev. Akademie Bad Boll oder das bereits erwähnte Projekt „DeKuRel – Demokratie, Kulturen, Religionen“, das von der aksb, Arbeit und Leben und der Evangelischen Trägergruppe für gesellschaftspolitische Jugendbildung durchgeführt worden ist, sowie im Rahmen des Entimon-Programms „Auseinandersetzung mit dem Islam in Jugendbildung und anderen Feldern der Jugendhilfe, Zusammenleben mit Muslimen in Deutschland“, Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten, „Aufwachsen in der Einwanderungsgesellschaft“, Seminarreihe der VHS Gelsenkirchen).

Ein Schwerpunkt der politischen Jugendbildung ist die Aufarbeitung der Geschichte der SED-Diktatur. Sie zielt im Sinne historisch-politischer Bildung auf Aufklärung und eine Stärkung demokratischer Einstellungen und Verhaltensweisen. Allerdings ist hier keineswegs von einer Art Automatismus eines „Lernens aus der Geschichte“ auszugehen. So weisen wir ausdrücklich darauf hin, dass wir eine undifferenzierte Parallelisierung der Erfahrungen mit dem politischen System und politischen Denkweisen in der ehemaligen DDR mit heutigen Formen linksextremistischer Einstellungen für unzulässig halten. Um Zugänge, Formate und Methoden zu den unterschiedlichen Themen politischer Bildung entwickeln zu können, müssen – im Sinne der vorstehenden Anmerkungen – Bedingungsanalysen vorgeschaltet werden, die die heutige Situation Jugendlicher ins Zentrum stellen.

(Beispiele: „Protest und Anpassung im geteilten Deutschland der 60er und 70er Jahre. Ein Projekt der historisch-politischen Jugendbildung“, Projekt der Evangelischen Trägergruppe. Die Ev. Akademie Thüringen, die Ev. Akademie Sachsen-Anhalt, die Ev. Akademie Rostock und der Bund der Ev. Jugend in Mitteldeutschland haben einen ausgewiesenen Schwerpunkt zu dieser Thematik in ihrer Bildungsarbeit. Weiterhin hat die Beschäftigung mit der Geschichte der SED-Diktatur auch bei Arbeit und Leben, bei den Mitgliedereinrichtungen des AdB, der aksb und beim DVV einen hohen Stellenwert. In Kooperation mit der Stiftung Aufarbeitung und dem BMFSFJ haben die Volkshochschulen im Jahr 2009 über 30 Seminare zum Themenkomplex „20 Jahre friedliche Revolution“ und

„Aufarbeitung der SED-Diktatur“ durchgeführt. Schwerpunkt der Seminare waren die Herausarbeitung von Merkmalen einer Diktatur, die spezifische Unterdrückung durch SED und Staatssicherheit, aber auch die stalinistische Verfolgung der späten 1940er Jahre.)

Zahlreiche Einrichtungen und Organisationen der politischen Jugendbildung verfügen über große Erfahrungen in der Zusammenarbeit mit rechtsorientierten Jugendlichen. Ob diese Maßnahmen Ansatzpunkte für Maßnahmen für und mit linksextremistischen Jugendlichen bieten können, muss sorgfältig geprüft werden.

(Beispiele: „Erlebnisswelt Rechtsextremismus: Hintergründe und Praxisbeispiele aus der Präventionsarbeit“, Jugendakademie Walberberg, Aufklärungsseminare zu rechtsextremistischen Codes VHS Bremerhaven)

Darüber hinaus werden Inhalte und Fragestellungen einer Kritik an den nicht eingelösten Versprechen der demokratischen Grundordnung in Veranstaltungen der politischen Jugendbildung immer wieder aufgenommen. Die Beschäftigung mit diesen Fragen verfolgt das Ziel, einer begründeten und berechtigten Kritik und daraus resultierenden Forderungen Wege einer konstruktiven Umsetzung innerhalb einer demokratischen Gesellschaft aufzuzeigen.

(Beispiele: „Kultur, Identität und Menschenrechte“, EJB Weimar, „Das Einwanderungsland Deutschland gemeinsam gestalten“, Jugendbildungsstätte Kurt Löwenstein, Werftpfuhl, „Gewalt wahrnehmen. Alltägliche und politische Dimensionen“, aktuelles forum Gelsenkirchen, „Will unsere Gesellschaft wirklich die Integration von jungen Musliminnen und Muslimen – was muss sich in Schule und Jugendarbeit verändern? Tagung im LWL-Bildungszentrum Jugendhof Vlotho, Seminarreihe zur Zukunft der Einwanderungsgesellschaft der City-VHS Berlin-Mitte.)

3. Kennen Sie Konzepte im Bereich der Demokratieförderung, des Demokratielernens bzw. weiter gefasst der politischen Bildung, die sich an Jugendliche mit islamistischen bzw. linksextremen Orientierungen wenden? Welche praktischen Erfahrungen sind bekannt?

Konzepte der Demokratiebildung spielen in der politischen Jugendbildung eine zentrale Rolle. Allerdings ist in der Praxis der Bildungsarbeit eine Einschränkung auf die Zielgruppen „Jugendliche mit linksextremen Orientierungen“ oder „Jugendliche mit islamistischen Orientierungen“ nicht zielführend. Die politische Jugendbildung spricht Jugendliche im Kontext ihrer sozialen Erfahrungen, häufig auch im Kontext sozialer Gruppen an, so dass die erwähnten Haltungen zwar zur Sprache kommen, jedoch auf keinen Fall das „Label“ sein können, unter dem Jugendliche angesprochen werden können. Allerdings ist an dieser Stelle auch darauf hinzuweisen, dass in der praktischen Arbeit wesentlich häufiger Orientierungen und Haltungen von den Jugendlichen geäußert werden, die dem Themenfeld rechtsextremistische und rassistische Positionen zugeordnet werden können.

4. Es gibt immer wieder Hinweise, dass mediale Berichterstattungen (z. B. über den Nahostkonflikt) häufig vor allem Jugendlichen mit islamistischen Orientierungen Anlass zu spontanen Aktionen liefern und Ausgangspunkte für Radikalisierungsprozesse darstellen können. Außer dem spielen neue Medien sowohl bei Jugendlichen mit linksextremen als auch mit islamistischen Orientierungen eine wichtige Rolle. Kennen Sie praktische Ansätze der Medienarbeit, die auf dieses Problem antworten? Welche Erfahrungen liegen vor? Wo besteht Weiterentwicklungsbedarf? Wo bestehen Weiterentwicklungsmöglichkeiten?

In der praktischen Bildungsarbeit ist immer wieder festzustellen, dass Jugendliche auf die mediale Berichterstattung reagieren und zum Teil bereitwillig stereotype und vereinfachende Erklärungsmuster aufgreifen. Hier setzt eine medienpädagogische Arbeit in der politischen Jugendbildung an, die sich mit den medial vermittelten oder verstärkten Mustern beschäftigt. Aktuell sind verschiedene Einrichtungen und Organisationen dabei, die Möglichkeiten des Web 2.0 für die Weiterentwicklung der

Formate politischer Jugendbildung zu prüfen und in die eigene Arbeit zu integrieren.

In diesem Kontext ist zu beachten, dass die social communities oder die Blogs im Web 2.0 ein Raum für zusätzliche differenzierte Informationen sind, jedoch auch Räume für die Verbreitung von antidemokratischen, rassistischen und antisemitischen Haltungen sind. Hier wären zunächst Projekte zu Stärkung von Medienkompetenzen erforderlich, zum anderen wäre auch zu überlegen, in welcher Weise eigene Communities initiiert werden können. Gerade dem Web 2.0 als Element einer neuen politischen Öffentlichkeit sollte künftig größere Aufmerksamkeit geschenkt werden.

(Beispiele: Es gibt zahlreiche Einrichtungen und Organisationen der politischen Jugendbildung, die eine innovative Medienarbeit anbieten, z. B. wannseeFORUM für Jugendarbeit, „Net-Work.21“, ein Mentoringprogramm zum Thema „Leben und Arbeiten in einer transkulturellen Gesellschaft“ der Thomas-Morus-Akademie Bensberg, oder das Modellprojekt im Adb „Blended Learning DDR“, das die Möglichkeiten des web 2.0 für die Politische Bildung auslotet.) Seminare „Politisches Podcasting“, „Politisches Bloggen“ für Migrantinnen und Migranten der Berliner VHS.

5. Angesichts der Tatsache, dass im Bereich des Islamismus unter Jugendlichen die Mehrheitsgesellschaft in

präventiv-pädagogischer Absicht an Angehörige einer gesellschaftlichen Minderheit herantritt, stellt sich in diesem Bereich in besonderem Maße die Frage des (pädagogischen) Zugangs zu gefährdeten Jugendlichen sowie damit verbunden die Frage geeigneter Kooperationspartner innerhalb der muslimisch geprägten Community selbst. Kennen Sie Konzepte und Projekte, die in dieser Hinsicht als vorbildhaft und innovativ gelten können? Welche Erfahrungen liegen vor? Wo besteht Weiterentwicklungsbedarf? Wo bestehen Weiterbildungsmöglichkeiten?

Wie bereits erwähnt gibt es innerhalb der politischen Jugendbildung vielfältige und langjährige Kontakte mit Organisationen der muslimisch geprägten Community. Ob diese bestehenden Beziehungen im Rahmen einer Intensivierung der Beschäftigung mit dem Islam und islamistischen Orientierungen genutzt werden können, hängt u. a. von der Ausrichtung und den Vertretern dieser Gruppierungen ab.

Dabei muss allerdings an dieser Stelle auch die Problematik der Kooperation mit Organisationen, die eventuell vom Verfassungsschutz beobachtet werden, reflektiert werden. Präventive Konzepte und die Organisation von Diskursen mit muslimischen Organisationen müssten nach unserer Einschätzung auch in diese

Bereiche hineinwirken. Bei der Ausarbeitung eines Aktionsprogramms müssten diese Fragen produktiv aufgegriffen werden.

6. Zum Thema Schule: Kennen Sie im Rahmen von Ganztagsangeboten gezielte Angebote zum Demokratielernen, die sich speziell mit den Themenfeldern „Prävention von Islamismus und Linksextremismus“ befassen?

Zu diesem Punkt gibt es zurzeit keine Erkenntnisse.

Die GEMINI ist die „Gemeinsame Initiative der Träger Politischer Jugendbildung“. Ihre Mitglieder sind:

- Arbeitsgemeinschaft katholisch-sozialer Bildungswerke (aksb),
- Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten (AdB),
- Bundesarbeitskreis ARBEIT und LEBEN (AL),
- Deutscher Volkshochschul-Verband (DVV),
- Evangelische Trägergruppe für gesellschaftspolitische Jugendbildung (et),
- Verband der Bildungszentren im ländlichen Raum (VBLR).

Quellen: BMFSFJ-PM Nr. 42/2010, www.bmfsfj.de, BMI-PM vom 21.06.2020, heute im bundestag Nr. 111

Studie und Tagung zu Bedingungsfaktoren gesellschaftlichen Zusammenhalts

Das Ministerium des Innern hat noch im vergangenen Jahr ein Gutachten veröffentlicht, dass in seinem Auftrag von dem Berliner Wissenschaftler Hans-Gerd Jaschke erstellt wurde. Es geht darin um Bedingungsfaktoren des gesellschaftlichen Zusammenhalts. Behandelt werden vier Problemfelder: 1. Individualisierung und Desintegration; 2. Städte und Ballungsräume – Gentrifizierung,

soziale Spaltungen, ethnische Unterschichtungen; 3. Distanz und Fragmentierung der Wählermilieus; 4. politischer Extremismus. Die Studie gibt Hinweise auf eine nationale politische Strategie und Empfehlungen zur Kompetenzentwicklung und Resilienzförderung. Gesellschaftlicher Zusammenhalt, so heißt es in der Einleitung, sei in der Demokratie keine Tatsache und kein erreich-

bares Endziel, sondern ein politisch-sozialer Prozess, der von sozialmoralischen, lebensweltlichen kollektiven Einstellungen und Verhaltensweisen getragen werde. Als seine zentralen Bedingungsfaktoren werden die Wahrnehmung sozialer Ungleichheit, das Gerechtigkeitsempfinden, das Ausmaß von Vertrauen im sozialen Nahraum, aber auch in die Institutionen und nicht zu-

letzt die sozialen Kompetenzen einzelner, aber auch von Gruppen und Institutionen beschrieben. Die Studie empfiehlt, die Förderung gesellschaftlichen Zusammenhalts nicht über den Weg der Zentralisierung zu versuchen; auch dezentrale Aktivitäten könnten durchaus erfolgreich sein. Es sei notwendig, öffentlich sichtbare Zeichen zu setzen, Bündnisse zu schmieden, einen langen Atem zu entwickeln. Auch wenn wirksame Politik des gesellschaftlichen Zusammenhalts eine Querschnittsaufgabe sei, habe der Bundesminister des Innern eine besondere Verantwortung. Sie beruhe auf seiner Zuständigkeit für die Politikfelder Sicherheit, Migration, Modernisierung von Staat und Verwaltung und politischer Bildung, die – neben Familie und Arbeit – die zentralen Politikfelder seien, die den gesellschaftlichen Zusammenhalt beeinflussen und ihm die Richtung weisen könnten.

Gesellschaftlicher Zusammenhalt im Fokus von Politik und politischer Bildung war auch Thema einer Tagung für Multiplikatoren/Multiplikatorinnen politischer Bildung, Vertreter/-innen der Träger, der politischen Stiftungen, der Landeszentralen für politische Bildung und der Fachverbände, die am 6. Juli 2010 in der Katholischen Akademie Berlin stattfand. Veranstalterin war die Bundeszentrale für politische Bildung. Hauptredner war der Bundesminister des Inneren, Dr. Thomas de Maizière. Er betonte, dass politische Bildung keine Feuerwehr sei, die bei einem Brand tätig werden müsse. Sie sei vielmehr eine kontinuierliche Daueraufgabe mit einem hohen Bedeutungswert demokratischer Bewusstseinsbildung, die auch zur Integration und zur Prävention von verschiedenen Erscheinungsformen des Extremismus

beitragen könne. Der Bundesinnenminister nannte einige wesentliche Punkte, wo gesellschaftlicher Zusammenhalt mit Hilfe von politischer Bildung gefördert werden kann. Dazu gehöre z. B. die Schaffung eines Orientierungsrahmens, der unsere Übereinstimmung aufzeige über das „was man tut und was man nicht tut“. Auch Konflikte hätten eine integrierende Wirkung. Diese aufzufangen sei ebenso Aufgabe politischer Bildung wie der Zugang zu bildungsfernen Bevölkerungsgruppen und die Einbindung von Mitbürgerinnen und Mitbürgern mit Migrationshintergrund.

Auf der Tagung wurden Herausforderungen des gesellschaftlichen Zusammenhalts aus der Sicht von Politik, Wissenschaft und Bildungspraxis erörtert. Der Präsident der Bundeszentrale für politische Bildung, Thomas Krüger, verdeutlichte die besondere Bedeutung der politischen Bildung für den gesellschaftlichen Zusammenhalt, die als Teil von Bildung erheblich zu dessen Stärkung beitrage. Sie müsse die Fähigkeit zur konstruktiven, politischen Auseinandersetzung stärken und dafür auch neue demokratische Streitformen und neue Formen der öffentlichen Auseinandersetzung anregen und moderieren. Krüger betonte besonders die Bedeutung der neuen Kommunikationsformen im Internet, die politische Bildung ebenfalls nutzen und für deren Gebrauch sie qualifizieren müsse. Einig war man sich in der Analyse vieler relevanter Spannungsfelder. Dazu gehörten die Entwicklungen der Einwanderungs- und Informationsgesellschaft oder der demografische Wandel. Beispiele aus der Bildungspraxis machten deutlich, welchen Beitrag politische Bildung für die Gewährleistung oder Wiederherstellung des gesellschaftlichen

Zusammenhalts leistet. Lothar Harles, Vorsitzender des Bundesausschusses Politische Bildung (bap), beklagte, dass diese Bildungsarbeit oft gar nicht als politische wahrgenommen werde: „Es ist viel öfter auch da politische Bildung drin, wo es nicht explizit drauf steht.“

Die Bandbreite der Themen und Methoden wurde bei den Projektpräsentationen deutlich. Mit „Blended Learning DDR“ stellte Boris Brokmeier vom Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten (AdB) ein online-gestütztes Projekt der historisch-politischen Jugendbildung vor. Der AdB will damit die aktuelle Diskussion über mangelndes Wissen junger Menschen über die DDR oder deutsche Zeitgeschichte aufgreifen und mit neuen medialen Lernformen verknüpfen. Das Integrationsprojekt „i-punkt“ der Landeszentrale für politische Bildung in Baden-Württemberg setzt auf die Ansprache von Migrantinnen und Migranten und will mit seinen Aktivitäten einen Beitrag zur Integration von Menschen mit Migrationshintergrund leisten. Bei weiteren Beispielen ging es um die Arbeit mit benachteiligten Jugendlichen oder mit Minderheiten.

Dr. Helle Becker stellte den Ansatz und aktuelle Befunde des bap-Forschungsprojektes „Praxisforschung nutzen, politische Bildung weiterentwickeln“ vor. Zu den vorläufigen Ergebnissen des Projekts gehört die Erkenntnis – die während der Tagung auch in Gesprächsrunden mit Wissenschaftlern und Experten bestätigt wurde –, dass politische Bildung biographisch relevante Wirkungen zeitigt, sich diese aber nicht in einem linearen Input-Output-Verhältnis erzielen lassen.

Quellen: bpb-PM vom 06.07.2010, www.bmi.bund.de, www.aksb.de

Aus dem ADB

Nachhaltige Entwicklung und Konfliktprävention waren Schwerpunkte des deutsch-mongolischen Fachkräfteaustauschs

Der Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten engagiert sich seit Jahren im Fachkräfteaustausch mit der Mongolei und ermöglicht einmal jährlich jungen Fachkräften der Jugendarbeit einen Hospitationsaufenthalt in AdB-Mitgliedseinrichtungen.

Um Fragen der Nachhaltigkeit und Prävention von Konflikten ging es bei den diesjährigen Hospitationen, die der AdB in Zusammenarbeit mit der Jugendbildungsstätte Mühle und dem Jugendamt der Stadt Ulan Bator vom 29.04.-09.05.2010 in Bad Segeberg realisierte.

Wie sehen ein gleichberechtigter Zugang und politische Teilhabe in einem Transformationsland wie der Mongolei aus? Wie kann gesellschaftliches Zusammenleben trotz schwieriger Entwicklungen funktionieren, zumal wenn sich die Erfordernisse von Jugendarbeit mit wirtschaftlichen Interessen nur schwer vereinbaren lassen? Welche Bedeu-

tung kommt den Kinderrechten dabei zu und wie können sie geltend gemacht und angewandt werden? Mit welchen Ausdrucksformen lassen sich Konfliktlagen erkennen, sichtbar machen und bearbeiten?

Mit diesen Fragen beschäftigten sich die sechs mongolischen Fachkräfte der Jugendarbeit gemeinsam mit fünf deutschen Kollegen/Kolleginnen intensiv in Theorie und Praxis. In einem dreitägigen Workshop erarbeiteten sie gemeinsam mit Jens Lindemann (Jugendbildungsstätte „Mühle“) Konfliktmuster und -ursachen und setzten sich mit Strategien zur Konfliktlösung auseinander. Kreative darstellende Umsetzungsmethoden eröffnete ein gemeinsames dreitägiges Training in Theaterpädagogik mit Sabine Lück vom Theaterpädagogischen Zentrum der „Mühle“. Dabei ging es um die Themen Kinderrechte und Kinderarbeit in einer globalisierten Welt im Rahmen eines deutsch-afghani-



Vor der Jugendbildungsstätte „Mühle“ in Bad Segeberg

schen Theaterprojekts sowie die theaterpädagogische Zusammenarbeit mit Kindern und Jugendlichen mit und ohne Behinderung am Beispiel des Projekts „Das Wilde Land“.



Die mongolischen Hospitanten und Hospitantinnen mit ihrem deutschen Kollegen

Bildungsprozesse mit Jugendlichen im Themenfeld ökologische Bildungsarbeit und Nachhaltigkeit standen im Zentrum des dritten Schwerpunkts, der gemeinsam mit Sabine Heins, Jugendzeltplatz Wittenborn, und Ute Kröger, Wildpark Eekholt, erarbeitet wurde. Bildung für nachhaltige Entwicklung/globales Lernen wurde dabei nicht auf der abstrakten Ebene behandelt, sondern ganz konkret in der Seminararbeit mit Jugendlichen unterschiedlicher Altersgruppen erörtert.

Ein Besuch des Landtags Schleswig-Holstein und der fachliche Austausch mit dem Landtagsab-

geordneten Axel Bernstein sowie der Besuch eines Freien Trägers der Jugendhilfe in Lübeck eröffneten den mongolischen Kolleginnen und Kollegen weitere wertvolle Einblicke in das Ar-

beitsfeld vor Ort. Der Fachaus-tausch war dieses Jahr gegen-über den Vorjahren zeitlich stark verkürzt, dennoch ist es unter großem Einsatz aller beteiligten Mitarbeiter/-innen der „Mühle“

gelingen, ein rundes Programm zu gestalten, das eine vielver-sprechende Gegenbegegnung in der Mongolei in diesem Sommer erwarten lässt.

Georg Pirker

Projekt zum Interkulturellen Lernen in der politischen Bildung erfolgreich abgeschlossen

Mit einer Tagung zur interkultu-rellen Bildung in Ostdeutschland endete das dreijährige Projekt des AdB „COMMUNIS - Gemein-sam lernen in der politischen Bil-dung“, die vom 7. bis 9. Juni 2010 in der thüringischen Jugendbil-dungsstätte Hütten stattfand. Zunächst werteten die neun am Projekt beteiligten Bildungs-träger und AdB-Mitgliedseinrich-tungen ihre eigenen Fortbildungs-angebote für Lehrerinnen und Lehrer aus und konnten dabei feststellen, dass fast alle angebo-tenen Fortbildungen zum inter-kulturellen Lernen in der politi-schen Bildung realisiert wurden. Besondere Nachfrage galt Fort-bildungsangeboten, die den teil-nehmenden Lehrkräften die Möglichkeit boten, Punkte für absolvierte Fortbildungen zu erwerben, und die in einer außerschulischen Bildungs-einrichtung stattfanden.

Im weiteren Verlauf der Tagung stellte Boris Brokmeier, der das Projekt beim AdB leitete, erste Projektergebnisse vor. Demnach konnte der konzeptionelle Ansatz des ziel- und ergebnis-orientierten Lernens in den Gruppen, die aus Schülerinnen und Schülern mit und ohne Migrationshintergrund bestan-den, erfolgreich umgesetzt wer-den. Die Erfahrungen während der Gruppenprozesse und die präsentierten Ergebnisse, die den Grad der kooperativen Seminar-arbeit widerspiegeln, bestätig-en diese Feststellung. Der inter-

kulturelle Lernprozess war größ- tententeils nicht als Teil des Pro-gramms vorgesehen, sondern er vollzog sich als informelles Lernen, das in der Kommunika-tion über Seminarabläufe, die Gestaltung der Pausen und den Umgang mit Konflikten in der Gruppe zum Ausdruck kam. Dar-über hinaus erfuhren die betei-ligten Jugendlichen in den Ver-anstaltungen aber auch viel über die Kultur und die Lebenswelt ihrer Mitschülerinnen und Mit-schüler. Die Programmangebote innerhalb des Projekts führten zu einer deutlichen Erhöhung der Zahl der Teilnehmenden mit Migrationshintergrund, die im Durchschnitt bei 35 Prozent lag.

Das Thema „Interkulturelle Bil-dung in Ostdeutschland“ war ein Schwerpunkt im weiteren Ver-

lauf der Veranstaltung. Elena Demke, Referentin für politische Bildung beim Berliner Landes-beauftragten für Stasi-Unterla-gen, führte in einem Vortrag über die Situation von Auslän-dern in der ehemaligen DDR in die Diskussion darüber ein. Sie stellte die drei wesentlichen Gruppen vor, die in der DDR als Ausländer lebten: Angehörige der Sowjetarmee, Vertragsarbei-ter und - als kleinste Gruppe - politische Immigranten. Angehö-rige der Sowjetarmee und Ver-tragsarbeiter traten im Alltag der DDR nicht in Erscheinung und waren auch nicht in die Gesell-schaft integriert, sondern wur-den teilweise sogar als Bedro-hung wahrgenommen. Die deutsche Bevölkerung in der DDR hatte nur wenig Erfahrung im Umgang mit Ausländern.



©Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten
Interessierte Zuhörer/-innen während der Veranstaltung



Vortrag zur Situation der Ausländer/-innen in der DDR

Nach der friedlichen Revolution und dem Abzug der Sowjetarmee reduzierte sich die Zahl der Ausländer und Menschen mit Migrationshintergrund in den neuen Bundesländern auf rund 1,5 Prozent.

In der anschließenden Diskussionsrunde mit Vertreterinnen von Lehrerfortbildungsinstituten der Thüringer Landeszentrale für

politische Bildung und eines Wohlfahrtsverbandes wurden die aktuelle Situation und zivilgesellschaftliche Impulse zur Umsetzung interkulturellen Lernens in Thüringen beleuchtet und erörtert. Dabei wurden die Bemühungen der Schulen zur Förderung von Schülerinnen und Schülern mit Migrationshintergrund deutlich. Sie verbinden das Lernen von Deutsch als

Fremdsprache häufig mit Instrumenten interkulturellen Lernens, man bemüht sich um eine intensivere Elternarbeit. Die Grundlage für diese Bemühungen sind das Recht der Kinder auf einen Lernerfolg und die Verantwortung der Schule für Integration. Die Integrationsprozesse werden von der Landeszentrale für politische Bildung mit Angeboten von Seminaren zur Demokratie, die in Kooperation mit außerschulischen Bildungsträgern stattfinden, unterstützt.

Die vorgestellten Aktivitäten wurden im Kontext des COMMUNIS-Projekts diskutiert und Möglichkeiten einer stärkeren Kooperation schulischer und außerschulischer Träger erörtert. Die während des COMMUNIS-Projekts vertieften Kooperationen sollen, so die beteiligten Bildungsträger, auf alle Fälle auch nach dem Abschluss der Projektlaufzeit im Juli 2010 fortgesetzt werden.

Boris Brokmeier

AdB protestiert gegen Kürzungen der Mittel für politische Bildung

Bei einer Zusammenkunft der von der Bundeszentrale für politische Bildung geförderten Träger am Runden Tisch der Bundeszentrale wurde von einem Vertreter des Bundesinnenministeriums angekündigt, dass die Bundesregierung im Rahmen ihres Sparhaushaltes 2011 plane, den Etat der Bundeszentrale für politische Bildung im nächsten Jahr um 1,5 Millionen € zu kürzen. Weitere Kürzungen sind in den Folgejahren vorgesehen in einer Größenordnung von über 5 Millionen € für 2012 und jeweils noch einmal je 4,8 Millionen € in 2013 und 2014.

Der Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten nahm diese Ankündigung zum Anlass für eine Pressemitteilung, in der er vor den Folgen dieser Kürzungen warnte, die nicht nur die Bundeszentrale, sondern auch die von ihr geförderten Bildungsträger treffen würden. Jugendbildungsstätten, Bildungswerke, Heimvolkshochschulen und internationale Begegnungsstätten, wie sie im Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten zusammengeschlossen sind, erhalten über die Bundeszentrale Fördermittel für ihre Angebote politischer Bildung. Bislang standen dafür 6,8 Millio-

nen € jährlich zur Verfügung. Da die Hälfte der vorgesehenen Kürzungen im Haushalt der Bundeszentrale auf die Träger entfallen soll, ist zu befürchten, dass viele Einrichtungen diesen Kahlschlag bei der Förderung ihrer Aktivitäten nicht überleben werden. Der AdB-Vorsitzende Peter Ogrzall erinnerte die Bundesregierung daran, dass sie versprochen habe, die Bildung und den gesellschaftlichen Zusammenhalt zu fördern. Mittel in dem geplanten Ausmaß zu kürzen, sei fahrlässig und widerspreche den von der Bundesregierung bekundeten Absichten. Eine Reihe von Mit-

gliedern des AdB hat sich ebenfalls an die Öffentlichkeit und die Politik gewandt und auf die drohenden Folgen der Kürzungen von Fördermitteln für ihre Arbeit und die Existenz der Einrichtungen hingewiesen.

Der Bundesausschuss politische Bildung, in dem die großen Trägerverbände der politischen Bil-

dung vertreten sind, startete inzwischen eine Offensive gegen die Pläne der Bundesregierung. Auf einer eigenen Website - www.demokratiebrauchtpolitischebildung.de - informiert er über die aktuellen Kürzungspläne, die Aktivitäten der Träger und dokumentiert die Reaktionen in Öffentlichkeit und Politik. Die Website bietet zudem ein

Forum für den Austausch und die Diskussion. Inzwischen haben sich auch einige Bundestagsabgeordnete – darunter die stellvertretende Vorsitzende des Kuratoriums der Bundeszentrale für politische Bildung, Daniela Kolbe – gegen die Kürzungspläne der Bundesregierung im Haushalt der Bundeszentrale öffentlich ausgesprochen.

Kommission Jugendbildung diskutierte über Perspektiven der Jugendpolitik

Im Mittelpunkt der Sitzung, zu der die Kommission Jugendbildung in diesem Frühjahr zusammenkam, stand die Neupositionierung von Jugendpolitik, wobei die Stellungnahme des Bundesjugendkuratoriums (BKJ) die Grundlage für die Diskussion bildete. Klaus Waldmann, Bundestutor der Evangelischen Trägergruppe für gesellschaftspolitische Jugendbildung und ehemaliges Mitglied des Bundesjugendkuratoriums, stellte als einer der Mitautoren der Stellungnahme deren wesentliche Eckpunkte vor.

Anlass für diese Stellungnahme seien Hinweise aus dem Bundesjugendministerium gewesen, dass der Schwerpunkt zukünftig auf eine Jugendpolitik „aus einem Guss“ zu legen sei, deren Steuerung dem zuständigen Fachministerium unterliegt. Das BKJ verständigte sich darauf, kein zusätzliches Forderungspapier vorzulegen und die neue EU-Jugendstrategie als Arbeitsgrundlage für ihre Überlegungen zu betrachten.

Mit der Formulierung einer „kohärenten“ Jugendpolitik sollte ein ressortübergreifender Ansatz entwickelt werden, der eine zeitliche, sachliche und operative Dimension enthält.

Die generationsübergreifende Teilhabe an Ressourcen spielt bei diesen Überlegungen eine ebenso wichtige Rolle. Darüber hinaus soll mit dem Papier eine Stärkung kommunaler Jugendpolitik erreicht werden. Lokale Bildungslandschaften sollen als Instrument dieses Prozesses etabliert und unterstützt werden.

Nach der Aussage von Klaus Waldmann liegen in der Aufspaltung von Zuständigkeiten, die sich durch die föderative Struktur der Bundesrepublik ergeben, und ressortspezifischer Abgrenzung, z. B. im Bereich der Arbeitsverwaltung, Hemmnisse bei der Realisierung dieses Ansatzes.

Die Stellungnahme des BKJ wurde inzwischen in die jugendpolitische Diskussion eingebracht. Inwieweit die neue Bundesregierung den Umsetzungsprozess weiter vorantreibt, war zum Zeitpunkt der Sitzung noch unklar, allerdings sind mit der Verabschiedung der EU-Jugendstrategie und der im Koalitionsvertrag formulierten Förderung Lokaler Bildungslandschaften zwei wesentliche Eckpfeiler gesetzt.

Die Kommission erörterte im Folgenden die Ergebnisse der AdB-Mitgliederversammlung 2009 und der Auseinandersetzung

über die Förderung von Studienreisen nach Auschwitz durch die Bundeszentrale für politische Bildung. Sie regte ein „frecheres“ Auftreten des AdB im politischen Raum an. Zur schärferen politischen Profilierung bedürfte es jedoch einer breiter angelegten Strategie. Die Kommission befürwortete die Gründung einer Strategiegruppe, die sich mit der Profilentwicklung befassen und Kollegen aus anderen Kommissionen einbeziehen soll.

Die Kommission schlug für das nächste AdB-Jahresthema die Themen Lobbyismus, Medien/Web.2.0, Re-Politisierung, Brüche im demokratischen Alltag vor und empfahl als Formulierung „Politik und politische Bildung zwischen Google und Governance“.

Dass sich der Bologna-Prozess auch auf die Bildungspraxis auswirkt, zeigt sich vor allem an dem immer deutlicher gewordenen Problem der Teamer/-innengewinnung für Seminare, die u. a. aufgrund fehlender Flexibilität der Studienordnungen und starker zeitlicher Belastung von Studierenden auch in der vorlesungsfreien Zeit schwieriger wird. Es gibt Interessenten, die zwischen Bachelor- und Masterstudium ein Praktikum absolvie-

ren möchten. Einzelne Einrichtungen überlegen jedoch, ihr Teamer-System zu verändern und ggf. mehr mit Absolventen zu arbeiten.

Aus Schleswig-Holstein und Bonn wurde berichtet, dass in den Hochschulen Fehlzeiten für

Seminartätigkeiten nicht anerkannt werden. Die Möglichkeiten, Einfluss auf die Gestaltung der Studiengänge zu nehmen, bleiben aber auch bei gelingendem Austausch mit einzelnen Professoren gering.

Die Kommission empfahl, Handlungsmöglichkeiten des Verban-

des zu dieser Problematik zu entwickeln und vereinbarte, sich erneut mit dem Thema zu befassen und über die Möglichkeiten eines Projekts zur Kooperation mit Hochschulen zu diskutieren.

Boris Brokmeier

Kommission Verwaltung und Finanzen befasste sich mit Online-Marketing

Die Kommission Verwaltung und Finanzen kam vom 23. bis 25. März in der Wirtschafts- und Sozialakademie der Arbeitnehmerkammer Bremen in Bad Zwischenahn zusammen.

Neben der Berichterstattung und Diskussion über die Arbeit anderer Vereinsgremien, in denen Mitglieder der Kommission Verwaltung und Finanzen mitarbeiten, dem Erfahrungsaustausch und den förderpolitischen Entwicklungen, stand die Fachtagung zum Thema „Online-Marketing in Bildungsstätten“ im Mittelpunkt. Elemente des Online-Marketing, Online-Marketing-Maßnahmen sowie beispielhafte Online-Marketing-Konzepte/Möglichkeiten waren

Inhalte der Fachtagung. Die Anwesenden waren sich darin einig, dass die Fachtagung eine Fülle an Informationen bot und sich das Skript der Referentin, Kathrin Höflich, als Checkliste eignet. Während der nächsten Sitzung soll dieses Thema unter Einbeziehung eigener Erfahrungen und Umsetzungen mit Bildungsserver und Plattformen noch einmal aufgegriffen werden. Die Vorsitzenden der Kommission werden zur Vorbereitung der Sitzung einen Fragenkatalog an die Kommissionsmitglieder verschicken.

Ein weiteres Thema der Sitzung war die Richtlinienreform der Bundeszentrale für politische Bildung. Zur geplanten Befragung

der Träger durch die Bundeszentrale für politische Bildung empfahl die Kommission eine gemeinsame Antwort im Namen des AdB. Sinnvoller wäre allerdings eine gemeinsame Antwort aller Träger im Bundesausschuss politische Bildung (bap).

Auf Grund der Information über die weiterhin geringe Teilnahme an der Statistik und der Überlegung der Geschäftsstelle, die Statistik deutlich abzuspecken, um ihre Akzeptanz zu erhöhen, wurde vereinbart, dass alle Mitglieder der Kommission den Erhebungsbogen durcharbeiten und Anregungen zu möglichen Veränderungen bzw. Reduzierungen geben.

Sabine Mertin

Neue Publikationen aus dem AdB

Der Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten hat seinen Bericht über das Geschäftsjahr 2009 vorgelegt. Dieser steht ganz im Zeichen des fünfzigjährigen Bestehens, das der AdB 2009 feiern konnte. Ein großer Teil der Verbandsaktivitäten im vergangenen Jahr war diesem Anlass gewidmet.

Der Bericht stellt darüber hinaus vor, was im Programm Politische

Jugendbildung und in der Projektarbeit geleistet wurde. Die Themen „Interkulturelles Lernen und Interkulturelle Öffnung“, „Politische Bildung mit Medien“ und „Bildung für Demokratie und Menschenrechte“ standen dabei im Mittelpunkt. Weitere Informationen über Fortbildungen und Fachtagungen, über Netzwerk- und Öffentlichkeitsarbeit sowie über die Querschnitts-

themen Gender-Mainstreaming und Qualitätsentwicklung geben einen umfassenden Überblick über die Verbandsaktivitäten.

Der Jahresbericht 2009 ist über die Geschäftsstelle des AdB zu beziehen und steht unter <http://www.adb.de/publikationen/jahresberichte.php> als Download zur Verfügung.



Was die außerschulische politische Bildung zur Integration von Jugendlichen aus Migrantenfamilien beitragen kann, dokumentiert der Bericht des Arbeitskreises deutscher Bildungsstätten über sein Programm „Politische Jugendbildung 2009“. „Respekt und Courage“, „Demokratische Partizipation junger Menschen“ und „Modelle politischer Jugendbildung mit neuen Medien“ heißen die Themenschwerpunkte des Programms, zu denen der

Bericht Projektbeschreibungen und Konzeptreflexionen bietet. Ergänzt wird der Textteil durch eine statistische Auswertung aller Veranstaltungen, die im Programm Politische Jugendbildung 2009 durchgeführt wurden, sowie durch die „Steckbriefe“ aller beteiligten Jugendbildungsreferenten/-referentinnen.

Der Bericht ist über die Geschäftsstelle des AdB zu beziehen und kann von der Homepage des AdB – www.adb.de – heruntergeladen werden.

Die Konrad-Adenauer-Stiftung hat unter dem Titel „Erfolgreich.Politisch.Bilden“ eine Faktensammlung zum Stand der Politischen Bildung in Deutschland veröffentlicht, die Ondrej Kalina zusammengetragen hat. Die Studie gibt auf rd. 140 Seiten einen Überblick über den Stand der politischen Bildung in den verschiedenen Bildungsbereichen, informiert über ihre Finanz- und Organisationsstruktur und die politischen Rahmenbedingungen insbesondere auf Bundesebene und formuliert Empfehlungen zu ihrer Optimierung, die sich an die politischen Entscheidungsträger richten.

Die Studie erschien als Band 4 der Reihe „Handreichungen zur Politischen Bildung“.

Bezug: über die Konrad-Adenauer-Stiftung e. V., telefonisch über 02236/7074226, per E-Mail über clarissa.roenn@kas.de, oder als Download über www.kas.de/wf/de/33.20184/

Seinen Jahresbericht 2009 hat auch das Bildungswerk der Humanistischen Union NRW vorgelegt, dem im letzten Jahr das Qualitätszertifikat des Gütesiegel-

verbunds Weiterbildung verliehen wurde. Aber es gab im Berichtsjahr auch viele andere Höhepunkte in der Arbeit des Bildungswerks, dessen Angebotschwerpunkte in der historisch-politischen Bildung und der Gedenkstättenarbeit, in der kulturellen und politischen Entwicklung des Ruhrgebiets und in Demokratie- und Menschenrechtsfragen liegen.

Bezug: Bildungswerk der Humanistischen Union NRW e. V., Kronprinzenstraße 15, 45128 Essen.

„Quo vadis Europa?“ fragt das Gesamteuropäische Studienwerk e. V. in Vlotho in Nr.1/2 2010 der von ihm herausgegebenen Zeitschrift „aktuelle ostinformationen“. Beiträge zur Tragödie in Katyń und die ökonomische Entwicklung in Polen, über den deutsch-polnischen Schüleraustausch und europapolitische Seminare sowie zu Neuerscheinungen auf dem Buchmarkt bestimmen den Inhalt.

Bezug: Gesamteuropäisches Studienwerk e. V., Südfeldstraße 2 - 4, 32602 Vlotho.

Wolfgang Pauls, Kinder- und Jugendbildungsstätte Bahnhof Görde, ist als Autor an einem Sammelband beteiligt, der unter dem Titel „Ein halbes Leben“ in der UVK Verlagsgesellschaft erschien und im Buchhandel erhältlich ist. Der Band, herausgegeben von Franz Schultheis, Berthold Vogel und Michael Gemperle, präsentiert biographische Zeugnisse aus einer Arbeitswelt im Umbruch, die von den beteiligten Autoren und Autorinnen in Gesprächen mit langjährig Beschäftigten gesammelt wurden.



Personalien

Christoph Rabanus, der als Leiter des aktuellen forums NRW e. V. den Auf- und Ausbau dieser Einrichtung seit 1975 mitgestaltete, bis er sich 1996 für die Leitung eines Projektes in Rumänien beurlauben ließ, verstarb im März 2010 nach schwerer Krankheit. Er vertrat während einiger Jahre seiner Tätigkeit beim aktuellen forum die Einrichtung als Mitglied im Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten, in deren Kommission für Europäische und Internationale Arbeit er mitarbeitete.

Dr. Helmut Mörchen, der 25 Jahre lang die Kurt-Schumacher-Akademie der Friedrich-Ebert-Stiftung in Bad Münstereifel leitete und insbesondere durch seine Literaturgespräche ihr Profil geprägt hat, ging im Mai 2010 in den Ruhestand. Auf einer Veranstaltung zu seiner Verabschiedung würdigten zahlreiche Gäste sein Wirken für die Akademie. Als sein Nachfolger in der Leitung des Hauses stellte sich **Rainer Gries** vor, der schon seit geraumer Zeit in verschiedenen Bereichen für die Friedrich-Ebert-Stiftung arbeitet und zuletzt als stellvertretender Leiter in der Bibliothek des politisch-historischen Informationszentrums in Bonn tätig war.

Der Bürgerrechtler und Publizist **Wolfgang Templin** wird neuer Büroleiter der Heinrich-Böll-Stiftung in Warschau. Er wird dort Ökologie-, Gender- und Demokratiprojekte in Polen und dessen mittelosteuropäischen Nachbarländern betreuen.

Die Mitgliederversammlung des Bundesarbeitskreises ARBEIT UND LEBEN wählte **Ingrid Sehbrock**, stellvertretende DGB-Vorsitzende, einstimmig zur Präsidentin des Bundesarbeitskreises. Wiedergewählt wurden **Dr. Dieter Eich** (DGB-Bildungs-

werk) als erster Vorsitzender und **Gundula Frieling** (DVV) als zweite Vorsitzende.

Die Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Dr. Kristina Schröder, berief die Mitglieder des Bundesjugendkuratoriums (BJK) für die 17. Legislaturperiode. Das BJK berät die Bundesregierung in grundsätzlichen Fragen der Kinder- und Jugendhilfe. Es setzt sich zusammen aus Sachverständigen aus Wissenschaft und Forschung sowie Vertreterinnen oder Vertretern der Länder, der Kommunen, des Jugendbereichs, der Kirchen, Arbeitgeber und Verbände.

Berufen wurden:

- **Dr. Fabienne Becker-Stoll**, Staatsinstitut für Frühpädagogik
- **Doris Beneke**, Bundesverband der Diakonie
- **Dr. Christoph Braß**, Zentralkomitee der deutschen Katholiken
- **Mike Corsa**, Arbeitsgemeinschaft der Evangelischen Jugend in Deutschland e.V.
- **Georg Ehrmann**, Deutsche Kinderhilfe
- **Prof. Dr. Hans-Peter Füssel**, Humboldt Universität Berlin
- **Uwe Lübking**, Deutscher Städte- und Gemeindebund
- **Prof. Dr. Joachim Merchel**, Fachhochschule Münster
- **Sybille von Obernitz**, Deutscher Industrie- und Handelskammertag
- **Martina Reinhardt**, Thüringer Ministerium für Soziales, Familie und Gesundheit
- **Prof. Dr. Helga Theunert**, Institut für Medienpädagogik in Forschung und Praxis und Universität Leipzig
- **Prof. Dr. Ahmet Toprak**, Fachhochschule Dortmund
- **Ulrike Werthmanns-Reppekus**, Paritätischer Wohlfahrtsverband, Landesverband NRW

- **Julia von Weiler**, Innocence in Danger e.V., und
- **Dr. Ute Ziegenhain**, Universitätsklinikum Ulm.

Auch die Sachverständigenkommission für die Erstellung des 14. Kinder- und Jugendberichts wurde inzwischen von Bundesjugendministerin Schröder benannt.

Die Mitglieder der Kommission sind:

- **Prof. Dr. Sabine Andresen**, Universität Bielefeld, FB Pädagogik
- **Gaby Hagmans**, Sozialdienst Katholischer Frauen, Bundesgeschäftsführerin
- **Prof. Dr. Nadia Kutscher**, Katholische Hochschule NRW, FB Sozialwesen
- **Prof. Dr. Thomas Olk**, Universität Halle, Bereich Sozialpädagogik und Sozialpolitik
- **Prof. Dr. Thomas Rauschenbach**, Direktor des Deutschen Jugendinstituts
- **Prof. Klaus Schäfer**, Abteilungsleiter im MGFFI (NRW), ab Juli 2010 im Ruhestand
- **Prof. Dr. Bernd Seidenstücker**, Hochschule Darmstadt und TU Berlin
- **Prof. Dr. C. Katharina Spieß**, FU Berlin und Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung
- **Wolfgang Trede**, Landkreis Böblingen, Leiter des Jugendamts
- **Prof. Dr. Reinhard Joachim Wabnitz**, Hochschule Rhein-Main.

Im Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend hat die Zuständigkeit für das Programm Politische Bildung im Kinder- und Jugendplan des Bundes gewechselt. **Ralf Harnisch**, der einen neuen Aufgabenbereich übernommen hat, wurde von **Julia Hiller**, Referat 502, abgelöst.

In Niedersachsen wurden – bereits vor der Wahl des niedersächsischen Ministerpräsidenten Christian Wulff zum Bundespräsidenten – einige Ressorts neu besetzt. **Prof. Dr. Johanna**

Wanka wurde neue Ministerin für Wissenschaft und Kultur in der Nachfolge von **Lutz Stratmann**. **Dr. Bernd Althusmann** folgt **Elisabeth Heister-Neumann** im Kultusministerium.

Neue Kultusministerin in Sachsen-Anhalt ist **Prof. Dr. Birgitta Wolff**, die das Amt von **Prof. Dr. Jan-Hendrik Olbertz** übernahm, der zum Präsidenten der Berliner Humboldt-Universität gewählt wurde.

Bücher

Arbeitsgemeinschaft katholisch-sozialer Bildungswerke in der Bundesrepublik Deutschland (Hrsg.): Jahrbuch 2009/2010. Politische Bildung für die Demokratie - Schwalbach/Ts. 2009, Wochenschau Verlag, 213 Seiten

Die Arbeitsgemeinschaft katholisch-sozialer Bildungswerke in der Bundesrepublik Deutschland (AKSB) gehört zu den Verbänden der politischen Bildung, die über keine eigene Zeitschrift verfügen. Man ist zwar an der Publikation „Erwachsenenbildung - Vierteljahresschrift für Theorie und Praxis“, die von der Katholischen Bundesarbeitsgemeinschaft für Erwachsenenbildung herausgegeben wird, (und über den bap an der Zeitschrift „Praxis Politische Bildung“) beteiligt; es ist aber eine gute Idee, dass die AKSB nun mit eigenen Jahrbüchern an die Öffentlichkeit tritt, um ein Schaufenster in die Arbeit des Verbandes und seiner Mitgliedseinrichtungen zu bieten. Das hier im Folgenden angezeigte Jahrbuch 2009/2010 ist das zweite bisher erschienene und dokumentiert unter anderem Vorträge der AKSB-Jahrestagungen 2006 und 2007 sowie Beiträge von Fachtagungen im Haus am Maiberg/Heppenheim, die man inhaltlich überwiegend dem Thema politische Bildung und Demokratie-Lernen und zum anderen dem Aufgabenbereich

der deutsch-deutschen Bildungsarbeit nach der Friedlichen Revolution zuordnen kann. In einem weiteren Abschnitt werden Beispiele gelungener Praxis aus Mitgliedseinrichtungen vorgestellt. Die insgesamt 20 Beiträge können hier nicht allesamt im Einzelnen vorgestellt werden, eine subjektive Auswahl des Rezensenten muss genügen.

Norbert Lammert, Präsident des Bundestages, belegt in seinen von ihm selber als „prinzipiell“ charakterisierten Bemerkungen zum wiederholten Male, dass er ein recht guter Kenner des Feldes der politischen Bildung ist. Er grenzt politische Bildung von Politik ebenso wie von politischer Wissenschaft ab: es geht daher um einen „komplizierte(n) Vermittlungsprozess“, nämlich eine Vermittlung von „wissenschaftlicher Konsistenz und der realen Inkonsistenz“ und „dabei ist es nicht die banalste Aufgabe der politischen Bildung, Gelassenheit und innere Souveränität zu ermöglichen, mit den Unvollkommenheiten der Wirklichkeit zu Rande zu kommen.“ Vielleicht

mögen einige darin die Aufgabe grundsätzlicher Ziele zugunsten einer Affirmation der Verhältnisse sehen, man kann diese Äußerungen aber auch als weise Form der professionellen Selbstbeschränkung und der Erkenntnis von Grenzen lesen. An Überschätzung der Möglichkeiten leiden mitunter, aber immer seltener die Vertreter der Zunft, oftmals jedoch auch die Politiker und die politische Administration, die von der politischen Bildung die Kompensation mancher politischer und gesellschaftlicher Mängel gern erwarten.

Seit einigen Jahren wird das Verhältnis von Demokratie-Lernen und politischer Bildung in der Fachwelt diskutiert. Ingo Juchler, Klaus-Peter Hufer, Joachim Detjen und Siegfried Schiele nehmen diese Kontroverse in ihren Beiträgen auf; interessanterweise rekurren alle in ihren Ausführungen auf Leitstudien der politischen Bildung aus den 50er und 60er Jahren des letzten Jahrhunderts, Oetinger, Borinski, Litt, Tietgens oder Dahrendorf, und zeigen

damit, dass es um nicht sonderlich neue Problemstellungen geht. Wie politisch ist eine politische Bildung, die vor allem auf demokratische Beteiligung als zentralen Zugang zur Politik setzt? Werden hier die wissensbezogenen und zum kritischen Urteil befähigenden Komponenten vernachlässigt? Diese und andere Fragen werden auch hier erörtert, allerdings nicht in der apodiktischen Entgegensetzung, die einem andernorts schon begegnet ist. So plädiert Klaus-Peter Hufer letztlich dafür, dass Demokratiepädagogen und Politikdidaktiker sich gegenseitig ernst nehmen und voneinander lernen. Joachim Detjen hingegen unterscheidet in seiner „Bürger-Typologie“ den „reflektierten Zuschauer“, den die schulische politische Bildung durch die Vermittlung einer politischen Wissensbasis fördern soll, vom interventions- und diskursfähigen „Aktivbürger“, der das Leitbild der außerschulischen politischen Bildung abgeben soll. Dass diese idealtypische Zuordnung, die mit ihrer Arbeitsteilung auf den ersten Blick durchaus schlüssig erscheinen mag, weiterhilft, ist aber wohl zu bezweifeln.

Klaus Schroeder, Co-Autor einer im letzten Jahr viel zitierten empirischen Studie zum Wissen von Schülern über die DDR, plädiert für eine strikte Trennung von System und Lebenswelt in der politischen Bildung zur

DDR-Vergangenheit. Er sieht die Gefahr, dass durch Biografisierungen der Diktaturcharakter des SED-Staates relativiert werden könnte. Damit wärmt er eine am Beispiel der NS-Geschichte längst schon diskutierte und eigentlich erledigte Frage wieder auf. Schroeder scheint den Teilnehmern mit ihren Lebensgeschichten eher zu misstrauen.

Bernhard Sutor, der skeptisch-aufklärerische Senior der politischen Bildung und katholischen Soziallehre, konstatiert hingegen nüchtern: „Politische Bildung muss sich behaupten in einem fast undurchdringlichen Geflecht von subjektiven Erinnerungen, Vorurteilen und Verletzungen, parteiischen Interpretationen, kontroversen Deutungen in Wissenschaft und Massenmedien, von Polemiken und Missverständnissen.“ Im Alltagsgeschäft der politischen Bildung gibt es meistens keine eindeutigen Wahrheiten, sondern immer perspektivisch und situativ bestimmte Einsichten und Positionen. Mit diesen Unvollkommenheiten gilt es also möglichst professionell zurechtzukommen.

In die Mottenkiste katholischer Zeitkritik greift hingegen der ehemalige Präsident des Zentralkomitees der Katholiken, Hans Joachim Meyer, wenn er in seinem Beitrag „Zur Demokratie nach der Wende“ fragt, ob das Grundgesetz nicht „schon lange

vorher (vor dem Beitritt der DDR 1990, PC) zu einer Charta des unbegrenzten Individualismus umgedeutet“ worden sei. Das individualistische Verständnis von freiheitlicher Demokratie lässt aus seiner Sicht den „Richterstaat“ immer mächtiger werden. Das auch heute noch immer wieder im Katholizismus und im konservativen Parteienspektrum benutzte Motiv eines schrankenlosen Individualismus kann man als klassisch antiliberal (und nicht als antineoliberal!) einstufen. Ebenso befremdlich ist die parallele Invektive Meyers gegen eine postnationale Gesellschaft. Er sieht „nach Aussage vieler“ heute die Bundesrepublik in der „Schande von Auschwitz“ begründet und „nicht in der Freiheits- und Humanitätstradition der deutschen Geschichte“ und darin offenbar eine implizite Distanzierung von diesem Land bzw. der deutschen Nation.

Das letzte Drittel des Jahrbuchs ist interessanten Praxisbeispielen aus verschiedenen Einrichtungen und einem von Peter Wirtz verfassten Rückblick auf die „katholisch-sozial orientierte Bildung 2007-2008“ gewidmet. Abgerundet wird dieses Resümee durch eine Liste der Mitglieder, eine Aufstellung aktueller Projekte sowie eine Veranstaltungs- und Teilnehmer-/Teilnehmerinnen-Statistik.

Paul Ciupke

Michael Bürsch (Hrsg.): Mut zur Verantwortung - Mut zur Einmischung. Bürgerschaftliches Engagement in Deutschland - Bonn 2008, Verlag J.H.W. Dietz Nachf. GmbH, 236 Seiten

Der Arbeitskreis „Bürgergesellschaft und aktivierender Staat“ der Friedrich-Ebert-Stiftung versteht sich als ein Forum, das politische Themen aufgreift und in der politischen Debatte Stellung

bezieht. Er ist ein interdisziplinär zusammengesetztes Netzwerk für Politikberatung. Die Mitglieder des Arbeitskreises, zu denen auch die 17 Autorinnen und Autoren des vorliegenden

Bandes gehören, möchten kritische Impulse für die öffentliche Reformdebatte geben, das bürgerschaftliche Engagement und das Demokratisierungs- und Partizipationspotential unserer

Gesellschaft stärken. In diesem Kontext ist auch die Sammlung von Beiträgen zu verstehen, die Michael Bürsch, langjähriges Mitglied im Bundestag und ehemaliger Vorsitzender der Enquete-Kommission Bürgerschaftliches Engagement, unter dem Titel „Mut zur Verantwortung - Mut zur Einmischung“ zusammengestellt hat.

Die Vertreter/-innen aus Politik, Verwaltung, Wissenschaft und zivilgesellschaftlichen Organisationen, die hier zu Wort kommen, liefern keine systematische Analyse von Engagementpolitik und politischer Debatte; die Beiträge sind viel eher als „Einwürfe“ - wie der Herausgeber sie selber nennt - zu zentralen Aspekten bürgerschaftlichen Engagements zu verstehen. Allen Beiträgen gemeinsam sind der Wunsch und die Hoffnung, durch die Stärkung einer solidarischen Bürgergesellschaft zur Lösung drängender gesellschaftlicher Probleme beizutragen. Doch wie müssen die Rahmenbedingungen aussehen, damit eine solidarische Bürgergesellschaft wachsen kann?

Der Band analysiert aus verschiedenen Blickrichtungen die derzeitige Lage bürgerschaftlichen Engagements in Deutschland (u. a. Eckard Hildebrandt und Eckhard Priller). Er zeichnet die Perspektiven des Leitbilds Bür-

gergesellschaft nach (Michael Bürsch) und beschreibt die Bedeutung, die bürgerschaftliches Engagement und Bildung für die Integration und den sozialen Zusammenhalt haben (Lale Akgün, Birger Hartnuß, Martin Schenkel). Dabei wird auch auf die Empfehlungen der Enquete-Kommission Bürgerschaftliches Engagement Bezug genommen und die Entwicklung seit der Veröffentlichung ihres Berichts nachgezeichnet.

Das Ringen um Veränderungen im Gemeinnützigkeitsrecht (Michael Ernst-Pörksen) wird ebenso aufgegriffen wie die Bedeutung der Zivilgesellschaft für die Entwicklung sozialer Dienste und deren zivilgesellschaftliche Prägung (Adalbert Evers). Welche Rolle Unternehmen in Zeiten der Globalisierung spielen, fragt Frank W. Heuberger in seinem Beitrag.

Wohin geht die zukünftige Entwicklung und welche Weichen wird die neue Bundesregierung stellen? Gelingt es, auf dem bisher Erreichten aufzubauen? Die neue Regierungskoalition hat in ihrem Koalitionsvertrag bekräftigt, dass sie geeignete Rahmenbedingungen für bürgerschaftliches Engagement schaffen möchte. Sie sollen jungen Menschen, insbesondere auch Menschen mit Migrationshintergrund,

helfen, ihr Recht auf Teilhabe an der Gestaltung der Gesellschaft zu verwirklichen. Die Koalition greift damit die im Nationalen Forum für Engagement und Politik erarbeitete Engagementstrategie auf. Im vorliegenden Band wird die reformpolitische Perspektive durch Ansgar Klein beleuchtet, und Thomas Olk setzt sich mit der Bedeutung der zukünftigen Engagementpolitik auseinander.

Dass die Europäische Union das Jahr 2011 zum Europäischen Jahr des Freiwilligen Engagements ausgerufen hat, zeugt von der Notwendigkeit, die Bürgergesellschaft nicht nur in Deutschland weiterzuentwickeln. Es geht hierbei - wie Michael Bürsch in seiner Eröffnungsrede zum Nationalen Forum für Engagement und Politik sagte - nicht allein um das individuelle Engagement, sondern um die gesellschaftliche Komponente, um ein Demokratieprojekt.

Die politisch Verantwortlichen sind gut beraten, wenn sie die u. a. in der letzten Legislaturperiode gewonnenen Erkenntnisse nutzen und sich mit den „Einwürfen“ des Arbeitskreises „Bürgergesellschaft und aktivierender Staat“ intensiv auseinandersetzen.

Friedrun Erben

Marianne Heimbach-Steins/Gerhard Kruij/ Axel Bernd Kunze (Hrsg.): Bildungsgerechtigkeit - Interdisziplinäre Perspektiven - Bielefeld 2009, W. Bertelsmann Verlag, 227 Seiten

„Bildung ist [...] Formung der Persönlichkeit, Gewinn von Orientierung in der Welt, Aneignung von Fähigkeiten und Kompetenzen für eine selbständige und verantwortliche Lebensführung“ (S. 13) - schreibt Marianne Heimbach-Steins in ihrem einfüh-

renden Beitrag zur Bildungsgerechtigkeit als der sozialen Frage der Gegenwart, mit dem sie die vorliegende Aufsatzsammlung zum Thema „Bildungsgerechtigkeit“ einleitet. Die Projektleiterin des DFG-Projekts „Das Menschenrecht auf Bildung:

anthropologisch-ethische Grundlegung und Kriterien der politischen Umsetzung“, in dessen Kontext dieser 8. Band der Reihe „Forum Bildungsethik“ zu verorten ist, gibt damit die Dimensionen des Bildungsbegriffs vor, die der Auseinandersetzung über

den Zusammenhang von Bildung und Beteiligungsgerechtigkeit zugrunde liegt (vgl. auch die Sammelrezension von Johannes Schillo, AB 1/2010, S. 71 f.).

Zehn Autorinnen und Autoren beleuchten das Thema „Bildungsgerechtigkeit“ aus sozialwissenschaftlicher, bildungsökonomischer, sozialetischer und pädagogischer Perspektive. Dass dabei der Begriff „Bildungsgerechtigkeit“ als beschreibende Kategorie mitunter kritisch hinterfragt wird, stellt allerdings wohl weniger, wie Schillo schreibt, den ethischen „Ausgangspunkt des Forschungsvorhabens selber in Frage“, als dass es einen lebendigen Diskussionsprozess sichtbar macht.

Bildung ist grundlegende Voraussetzung für gesellschaftliche Beteiligung und bestimmt über Gelingen und Scheitern individueller Lebenspläne, so Heimbach-Steins. Bildungsbeteiligung liegt aber nicht nur in der Verantwortung eines jeden Einzelnen, sondern bedarf fördernder gesellschaftlicher und institutioneller Bedingungen durch alle Akteure im Bildungsbereich. Daher sind alle im DGF-Projekt aufgegriffenen Aspekte Herausforderungen für ein umfassendes bildungspolitisches Handlungskonzept. Schlüsselbegriffe hierfür sind die Verfügbarkeit von Ressourcen und Institutionen, der diskriminierungsfreie Zugang zur Bildung, die Akzeptanz von Bildungsinhalten und die Anpassung der Inhalte an die Lebenslagen der Menschen. Das Menschenrecht auf Bildung unterstreicht die Bedeutung, die Bildung für die Entwicklung des Menschen hat, und die Verpflichtung der Gesellschaft, diese zu gewährleisten.

Eine sozialwissenschaftliche Perspektive nehmen Hans-Peter

Blossfeld und Thorsten Schneider mit ihren Ausführungen zum Nationalen Bildungspanel (NEPS) ein. Das geplante Panel wird Bildungsverläufe aus unterschiedlichen Perspektiven beleuchten: Kompetenzentwicklung im Lebenslauf, Bildungsverläufe in verschiedenen Lernumwelten, soziale Ungleichheit und Bildungsentscheidungen sowie die Bewältigung von Übergängen sollen nachvollziehbar gemacht werden. Dabei werden formale, non-formale und informelle Bildungsprozesse berücksichtigt.

Einen weiteren sozialwissenschaftlichen Zugang wählt Werner Schöning, der die mangelnde Bildungsgerechtigkeit als politischen Skandal und soziales Problem beschreibt. Welche Auswirkung hat das Wissen um Ungerechtigkeit und warum klaffen Wissen und Handeln so sehr auseinander? Was sind die Gründe dafür, dass die mangelnde Bildungsgerechtigkeit in Deutschland nur halbherzig bekämpft wird? Der Autor entwickelt konkrete handlungsorientierte Vorschläge.

Drei Beiträge widmen sich der bildungsökonomischen Perspektive. Mit einem skeptischen Blick auf den Begriff der Bildungsgerechtigkeit übt Norman van Scherpenberg grundsätzliche Kritik am deutschen Bildungssystem, dessen systematische Mängel dazu führen, dass das Menschenrecht auf Bildung nicht umfassend eingelöst wird. Wir können es uns nicht leisten, auf die Potenziale aller in Deutschland lebenden Menschen zu verzichten. Van Scherpenberg formuliert Eckpunkte für ein Reformmodell, das die Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft auf das Bildungssystem überträgt, indem der Staat einen Regelungsrahmen setzt. Hier wie auch im Beitrag von Gerhard Kruij

wird deutlich, dass mehr Geld in die Bildung fließen muss, um die Potenziale voll ausschöpfen zu können. Kruij wägt den Einsatz öffentlicher und privater Mittel zur Finanzierung des Gutes Bildung ab und entwickelt Überlegungen zur Stärkung von Eigenverantwortlichkeit, zum Beispiel mit der Einführung von Bildungsgutscheinen. Einen eher grundlegenden Zugang zum Thema wählt Alexander Filipović, indem er die Begriffe „Güter“ und „Kapital“ auf ihre Bedeutung für die Diskussion um Bildungsgerechtigkeit untersucht.

Katja Neuhoﬀ hält aus sozialetischer Sicht ein Plädoyer für einen umfassenden, stark normativen Bildungsbegriff, der Voraussetzung für eine Kultur der Verständigung ist. Kultur der Verständigung meint sowohl die durch die menschliche Gesellschaft erfahrene Prägung als auch die Befähigung jedes Einzelnen.

Was charakterisiert Bildung als Freiheitsrecht? Axel Bernd Kunze untersucht das Menschenrecht auf Bildung unter dem Leitmotiv der Freiheit – als Recht auf freie Persönlichkeitsentfaltung, als reale Freiheit und als Recht in der Bildung – im pädagogischen Prozess. Die Ausgestaltung konkreter Bildungsangebote am Beispiel katholischer Schulen und ihres Bildungsauftrags beschreibt Marianne Heimbach-Steins.

Im letzten Teil des Buches werden konkrete pädagogische Perspektiven aufgegriffen: Wolfgang Hinrichs lenkt den Blick auf die Lehrerbildung. Mit Rückgriff auf das Konzept Eduard Sprangers zur Volksschullehrerbildung kritisiert er die Vereinheitlichung des Bildungssystems und unterstreicht die Notwendigkeit, unterschiedliche Abschlüsse als gleichwertig anzuerkennen. Axel

Bernd Kunze nimmt in seinem abschließenden Beitrag den Begriff der (Eigen-)Verantwortung auf: Verantwortung zum selbständigen Denken und Handeln, zur Gestaltung des eigenen Lebens, zur Reflexion der eigenen Motive.

Der Band bietet eine fundierte, anspruchsvolle Auseinandersetzung mit verschiedenen Dimensionen der Bildungsgerechtigkeit und geht auf sehr spezifische Einzelfragen ein. Indem er erste Ergebnisse eines noch un abgeschlossenen Forschungsprozesses

präsentiert und Desiderate benennt, gibt er auch Anregungen für überfällige Reformen des Bildungssystems, für die Neuausrichtung einer zeitgemäßen Bildungspolitik und die Gestaltung der modernen Gesellschaft.
Friedrun Erben

Hans-Uwe Otto/Thomas Rauschenbach (Hrsg.): Die andere Seite der Bildung. Zum Verhältnis von formellen und informellen Bildungsprozessen - Wiesbaden, 2. Aufl. 2008, Verlag für Sozialwissenschaften, 255 Seiten

Kurz nach Erscheinen der ersten PISA- und TIMSS-Studien wurde aufgrund des schlechten Abschneidens deutscher Schüler/-innen die Schule einer kritischen Analyse unterzogen und Reformen mit dem Ziel einer leistungsorientierten Verbesserung der Schulorganisation, des Curriculums und des Unterrichts wurden eingeleitet. Dabei wurden außerschulische Lernfelder weitestgehend ausgeklammert. So sollte der von Hans-Uwe Otto und Thomas Rauschenbach herausgegebene und bereits 2004 in erster Auflage erschienene Sammelband die Aufmerksamkeit auf die vernachlässigten Bildungsorte vor und neben der Schule lenken: „Als analytische Verzahnung bietet sich in diesem Zusammenhang an, Bildung als ein systematisches Verhältnis von formellen und informellen Bildungsprozessen zu betrachten, d. h. als eine Differenz im Modus bei einer Übereinstimmung im Prozess. Als formell lassen sich Bildungsprozesse dann bezeichnen, wenn sie in vorbereiteten, mit Lernerwartungen verknüpften Lernsettings zustande kommen. Informelle Bildungsprozesse entwickeln sich demgegenüber weitaus weniger geplant, weniger in Kontexten, die selbst als dezidierte Lernwelten und Bildungsorte charakterisiert werden können“ (S. 5).

Der Sammelband umfasst 18 Kapitel von 19 Autoren und Autorinnen, die mit einer Ausnahme alle im Hochschulbereich tätig sind. So sind die Beiträge rein theoretischer Natur; sie sind relativ anspruchsvoll, aber gut verständlich geschrieben. Im Einführungskapitel werden kurz die Befunde der ersten PISA- und IGLU-Studien referiert. Dann wird dem schulischen Bildungsverständnis dasjenige der Kinder- und Jugendhilfe gegenüber gestellt - wie es in der Kindertagesbetreuung, Jugendarbeit, Heimerziehung und Jugendsozialarbeit diskutiert wird. Es wird deutlich, dass hier im Gegensatz zur Schule die gesamte Person und Persönlichkeit junger Menschen fokussiert wird. Mit dem Ausbau von Ganztagschulen besteht aber die Gefahr, dass zumindest im Bereich der Jugendarbeit eine Konkurrenzsituation entsteht - auch weil dann viele schulische Angebote denen der Jugendhilfe entsprechen dürften.

Im ersten Teil des Sammelbandes werden die „fiktive Homogenität“ im deutschen Schulsystem, das nur unzureichend eingelöste Bürgerrecht auf Bildung sowie der Einfluss von der sozialen Herkunft und den Familienverhältnissen auf die Bildungsbeteiligung thematisiert. Dann werden die in der Folge der internationa-

len Vergleichsstudien eingeleiteten Bildungsreformen einer kritischen Analyse unterzogen und Alternativen erwogen. Ferner werden unterschiedliche Bildungs- und Leistungsbegriffe diskutiert.

Im zweiten und dritten Teil des Sammelbandes geht es um den Bildungsauftrag von Kindergarten und Jugendarbeit. Einerseits wird dafür plädiert, dass jede Kindertageseinrichtung ihr eigenes Bildungskonzept ausformulieren müsse, andererseits wird die Bedeutung von noch zu spezifizierenden allgemeinen Bildungszielen, der - noch fortzuentwickelnden - didaktischen Konzepte und der Schulvorbereitung betont. Dann wird speziell auf Bildungsbegriffe der Jugendarbeit eingegangen und problematisiert, dass in der aktuellen Praxis eher eine „Bildungsignoranz“ vorherrschen würde. Nur mit Hilfe einer „Bildung für Bildner“ (d. h. für die in diesem Bereich tätigen sozialpädagogischen Fachkräfte) könne der Bildungsanspruch in die Jugendarbeit hineingeholt werden. Danach werden zwei Teilbereiche der Jugendarbeit thematisiert, nämlich die politische Jugendbildung und die Jugendkulturarbeit. Anschließend geht es um den Beitrag, den die Jugendhilfe zur Unterstützung von Kindern

und Jugendlichen aus benachteiligten Sozialräumen bzw. mit einem Migrationshintergrund leisten kann, wobei insbesondere auf die Situation junger Migrantinnen eingegangen wird.

Im vierten Teil des Sammelbandes werden Perspektiven aufgezeigt, die zum Teil aus dem 11. Kinder- und Jugendbericht resultieren. Hier wird z. B. für die Vernetzung von verschiedenen Bildungsinstitutionen plädiert, zu denen auch die Familie, die Jugendhilfe und die Berufsausbildung gehören, wird ein umfassendes Bildungskonzept entwickelt und werden Voraussetzungen für eine wirkliche (nicht nur rhetorische) Bildungsoffensive benannt. Außerdem werden die Reproduktion sozialer Ungleichheit erörtert und die

Abschaffung des dreigliedrigen Schulsystems gefordert. Zum Schluss werden erneut (tradierte, schulische, sozialpädagogische) Bildungskonzepte diskutiert.

In den vier Jahren zwischen Erscheinen der ersten und der zweiten Auflage des Sammelbandes ist so viel passiert, dass eigentlich eine Überarbeitung einzelner Kapitel nötig gewesen wäre. Beispielsweise ist in der Kindertagesbetreuung – dem größten Bereich der Kinder- und Jugendhilfe (von der Zahl der Einrichtungen, der Fachkräfte und Kinder her gesehen) – nun eine Tendenz weg vom sozialpädagogischen und hin zum schulischen Bildungsverständnis zu beobachten. So gibt es seit 2004 in allen Bundesländern Bildungspläne, die für alle Kinder-

tageeinrichtungen mehr oder minder verpflichtend sind, wird die frühpädagogische Praxis zunehmend verschult, hat die Grundschule ihren Einfluss auf die Kinder im letzten Kindergartenjahr vergrößert. Da Kinder und Jugendliche auch aufgrund der Ausweitung von Unterrichtszeiten, insbesondere aber der schulischen Anforderungen, immer weniger Freizeit haben, verliert zudem die Jugendarbeit an Einfluss – ganz abgesehen von der Konkurrenz mit den Neuen Medien. Diese werden aber in dem Sammelband genauso vernachlässigt wie die Familienbildung – obwohl mehrfach die große Bedeutung der familialen Herkunft betont wird.

Martin R. Textor

Jörn Rösen: Historische Orientierung. Über die Arbeit des Geschichtsbewusstseins, sich in der Zeit zurechtzufinden (Forum Historisches Lernen) – 2. überarb. Aufl., Schwalbach/Ts. 2008, Wochenschau-Verlag, 287 Seiten

Elke E. Theile: Erinnerungskultur und Erwachsenenbildung – Schwalbach/Ts. 2009, Wochenschau-Verlag, 417 Seiten

Angela Borgstedt u. a. (Hrsg.): Lange Schatten. Bewältigung von Diktaturen – Schwalbach/Ts. 2007, Wochenschau-Verlag, 234 Seiten

Bettina Schaefer (Hrsg.): Lass uns über Auschwitz sprechen. Gedenkstätte – Museum – Friedhof: Begegnungen mit dem Weltkulturerbe Auschwitz – Frankfurt am Main 2009, Brandes & Aspel, 340 Seiten

Als „Klassiker der Geschichtsdidaktik“ ist Jörn Rösens erstmals 1994 erschienenen Buch „Historische Orientierung. Über die Arbeit des Geschichtsbewusstseins, sich in der Zeit zurechtzufinden“ in zweiter, überarbeiteter Auflage erschienen. Hier handelt es sich um ein geschichtstheoretisches Grundlagenwerk, das sicher nicht für den Alltag innerhalb der politischen Bildung taugt. Aber für alle diejenigen, die sich tiefer mit den Grund-

lagen historisch-politischer Bildung befassen wollen oder müssen, empfiehlt es sich sehr, die knapp 50 Seiten zu „Erinnerungsarbeit in der Geschichtskultur“ zu studieren. Rösen, für den Geschichte „deutend gegenwärtige Vergangenheit“ (S. 237) ist, stellt heraus, dass historische Erinnerung notwendig selektiv ist, sowohl etwas von der Vergangenheit festhält als auch Anderes zugleich vergessen lässt. Geschichtsbewusstsein

bezeichnet er, mit Karl-Ernst Jeismann, als „Zusammenhang von Vergangenheitsdeutung, Gegenwartsverständnis und Zukunftsperspektive“ (S. 238). Geschichtskultur hat drei Dimensionen: eine kognitive (wissenschaftliche), eine politische (auf den Bereich der Macht bezogene) und eine ästhetische (kulturelle/künstlerische) Dimension. Die drei Grundmodi „Gefühl, Wille und Verstand“ (S. 249) bilden für Rösen ein Koordinatensystem,

„mit dem der durch die Kategorie der Geschichtskultur umschriebene Bereich mentaler Aktivität erschlossen werden kann“. Politisch-historische Bildungsarbeit, wird, will sie erfolgreich sein, stets an alle drei genannten Modi appellieren und Momente kultureller Bildung, praktisches Er- und ästhetisches Verarbeiten nicht nur ergänzend zu, sondern gleichberechtigt mit rein kognitiver Wissensvermittlung einbeziehen.

Dazu gehört gewiss auch die aufsuchende historisch-politische Bildungsarbeit, zum Beispiel der Besuch von und die Auseinandersetzung mit Gedenkstätten. Mit dem auf ihrer Habilitationsschrift („Erinnerungskultur als Herausforderung der Erwachsenenbildung. Ein erinnerungskulturanalytischer Bildungsansatz in Auseinandersetzung mit Vorurteilsstrukturen in der Beziehungsgeschichte Juden/Nichtjuden, die Revision der Vorurteile als Bildungsziel und Erinnerungskulturarbeit als nichtalltägliche Bildungspraxis an Lernorten gegen das Vergessen des Holocaust“) fußenden Buch legt Elke E. Theile eine gründliche Studie zur historisch-politischen Erwachsenenbildung mit Bezug auf die NS-Vergangenheit vor. Dabei bevorzugt die Autorin gegenüber dem allzu optimistischen oder gegebenenfalls gar exkulpatorischen Begriff „Vergangenheitsbewältigung“ die Formulierung „Auseinandersetzung mit der Vergangenheit“, welche im Rahmen einer „erinnerungskulturorientierten Erwachsenenbildung“ sowohl analytisch und reflexiv als auch mit einem „humanitären Engagement im Hinblick auf eine Menschenrechtspädagogik“ (S. 133) verknüpft ist. Im ersten Großkapitel werden zunächst die verschiedenen Ansätze in der Antisemitismusforschung ausführlich und

erschöpfend dargestellt und beschrieben. Dabei unterscheidet die Autorin zwischen analytischen und empirischen Zugängen und einer ideengeschichtlichen Auseinandersetzung. Theile macht klar, dass die unterschiedlichen Herangehensweisen nicht gegeneinander zu diskutieren sind, sondern ein interdisziplinärer Zugang notwendig ist, um schließlich zur Frage zu kommen, wie antisemitische Vorurteile (bzw. Phänomene gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit) auch mit Hilfe der Erwachsenenbildung abgebaut werden können. Hiermit befasst sich der erste Teil des Großkapitels zu den Problemen und Perspektiven der erinnerungskulturorientierten Erwachsenenbildung, während es im zweiten Teil um verschiedene Ansätze und Schwerpunkte der Erinnerungskulturarbeit geht. Dabei steht nicht allein die Aufarbeitung von Ereignisgeschichte im Vordergrund, sondern hinzu kommt die „Kategorie der Begegnung“, die Aufarbeitung der Beziehungsgeschichte von Juden und Nichtjuden. Im dritten Großkapitel unternimmt die Autorin einen Zug durch die „Gemeinde“ der erwachsenenpädagogischen Erinnerungs- und Gedenkkulturarbeit. Nach einer Analyse der Bedeutung des historisch-politischen Lernens und der Medien und Methoden und Lernorte allgemein werden sechs verschiedene Lernorte, von der Gedenkstätte bis zur Volkshochschule, exemplarisch dargestellt und die Ergebnisse von qualitativen Interviews mit Vertretern/Vertreterinnen des Leitungs- bzw. pädagogischen Personals ausgewertet. Die verschiedenen Lernorte, so heißt es in der Konklusion, fungieren als „Mittler im Spannungsfeld kollektiver und individueller Erinnerung“ (S. 377). Als historisch-politische Bildungsarbeit zielt Erinnerungskulturarbeit auf

Bewusstseinsbildung. Daraus folgert, so die Autorin, dass die Erwachsenenbildungswissenschaft gefordert ist, sich der „Professionalisierungsdiskussion“ mit einem „erinnerungskulturanalytischen Bildungsansatz“ zu stellen. Wenn Erwachsenenbildung nicht ahistorisch sein wolle, müssten, so Theile, Friedens- und Erinnerungskulturarbeit miteinander verbunden sein. Ein hoher Anspruch an historisch-politische Bildung, für den dieses Werk zahlreiche interessante Ansätze liefert. Im Übrigen gehört es als Nachschlagewerk in den Orientierungsschrank jeglicher historisch-politisch arbeitender Erwachsenenbildung.

„Lange Schatten. Bewältigung von Diktaturen“ heißt ein Sammelband, den Angela Borgstedt, Siegfried Frech und Michael Stolle 2007 herausgegeben haben. Dabei handelt es sich um die Publikation von Beiträgen zu einer Tagung des Instituts für Geschichte der Universität Karlsruhe in Zusammenarbeit mit der Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg. Einen knappen Umriss zur Kategorisierung und zum Vergleich von Diktaturen im 20. Jahrhundert liefert dabei Peter Steinbach in einem grundlegenden Beitrag. Lesenswert sind aber auch die Einzelbeiträge, die von kürzeren Vergleichen verschiedener Länder und Regionen bis hin zu querschnittsartigen Einzelproblemen wie strafrechtlicher Vergangenheitsbewältigung, NS-Architektur, Schulbüchern oder der Auseinandersetzung mit Argentiniens Militärdiktatur reichen. Anregend ist der Beitrag von Angela Borgstedt zur Wahrnehmung des „Fragebogens“ als „Symbol politischer Säuberung“ (und Vehikel zur Vergangenheitsverdrängung) nach 1945. Dass es in diesem Sammelband nicht nur „Aufarbeitung“ der Vergangen-

heit heißt, sondern häufig von einer „Bewältigung“ die Rede ist, also von einem Prozess, der – das ergibt sich jedenfalls aus dem Wortsinn – irgendwann abgeschlossen sein soll bzw. kann, leitet sich gewiss aus der internationaleren Perspektive ab. Dabei wird, wenn es um Deutschland geht, mehr „aufgearbeitet“, in anderen Ländern schon eher „bewältigt“. Problematisiert wird diese Begrifflichkeit jedenfalls nicht. Politische Bildung – egal mit Bezug auf welche Region – wird allerdings stets darauf zu verweisen haben, dass sie ihre Aufgaben nur bewältigen kann, wenn darunter kein die Auseinandersetzung bzw. Aufarbeitung abschließender, sondern sie vielmehr eröffnender und ermöglichender Prozess verstanden wird.

Beim von der Journalistin Bettina Schaefer herausgegebenen Sam-

melband „Lass uns über Auschwitz sprechen“ handelt es sich um ein sehr gelungenes und ansprechendes Lesebuch zu der einzigartigen Gedenkstätte des Vernichtungslagers Auschwitz-Birkenau. Anders als so manche Tagungsbände ist es durch die intensive Bearbeitung der Herausgeberin ein lesbares Werk, „aus einem Guss“. Von hohem Wert sind die darin enthaltenen anrührenden Berichte von Zeitzeugen, also ehemaligen Lagerinsassen, bei deren Lektüre sich sowohl Beklemmung als auch ein hoher Respekt vor den Leiden dieser Menschen einstellt, vor allem aber vor ihrer Bereitschaft zu sprechen, Nachgeborenen einen Eindruck zu vermitteln und die Wiederholung der Schrecken vermeiden zu helfen. Dieser Wert ist umso größer, als die Zahl der Zeitzeugen, die noch im persönlichen Gespräch vor Ort oder auch in Veranstal-

tungen der politischen Bildung auf der ganzen Welt berichten können, immer geringer wird. Die Berichte und Texte von Multiplikatoren, den Angestellten des Museums, von Zivildienstleistenden und Freiwilligen, polnischen Bewohnern von Oswiecim und dem Umland sowie Besucherinnen und Besuchern aus mehreren Ländern unterstreichen die Einzigartigkeit von Auschwitz nicht nur als Weltkulturerbe, sondern eben auch als Ort politischer Bildung besonderer Art. Warum nach Auschwitz? Wer das Buch liest, wird verstehen, wie notwendig es ist, dass die Bundeszentrale für politische Bildung solche Fahrten fördert - hoffentlich in absehbarer Zeit nicht nur als ständige Ausnahme, sondern als Regelfall.

Christoph Meyer

Martin Große Hüttmann/Matthias Chardon/Siegfried Frech (Hrsg.): Das neue Europa – Schwalbach/Ts. 2008, Wochenschau Verlag, 298 Seiten

Das vorliegende Buch setzt chronologisch betrachtet mit der im Jahre 2004 vollzogenen Osterweiterung der EU ein; im Anschluss daran werden die beiden jüngsten Beitrittsländer Bulgarien und Rumänien behandelt und die EU-Beitrittsperspektiven der Türkei erörtert. Ferner geht es um die verschiedenen Nachbarschaftspolitiken der EU (Ukraine), den Stabilitätspakt für Südosteuropa, aber auch um die Euro-Mediterrane Partnerschaftspolitik der EU. Auch wird die Frage aufgeworfen, ob es sich bei den Beziehungen zwischen der EU und Russland um eine strategische Partnerschaft handeln. Diskutiert werden ebenfalls die Sonderbeziehungen zu Norwegen und zur

Schweiz sowie das Problem der Handlungsfähigkeit einer immer größer werdenden EU.

Angesichts der Tatsache, dass es bei den meisten EU-Staaten inzwischen weder den Wunsch nach einer weiteren schnellen Erweiterung noch nach einer nachhaltigen Vertiefung gibt (Scheitern des Verfassungsprojekts, schleppende Ratifizierung des Vertrags von Lissabon) behandeln die in diesem sorgfältig edierten Sammelband vertretenen Expertinnen und Experten somit wesentliche Grundfragen der zukünftigen Entwicklung der EU. Die Beiträge reichen zeitlich betrachtet bis 2007, sind noch relativ aktuell, berücksichtigen aber damit nicht mehr die durch

die Weltwirtschaftskrise bedingten Krisen und Verwerfungen im Euroland.

In einer ersten Überblicksdarstellung charakterisiert Kai-Olaf Lang die Entwicklung in den am 1. Mai 2004 beigetretenen acht Staaten Ostmitteleuropas und beleuchtet ihr Verhältnis zu den übrigen Staaten der EU und zu ihren Institutionen. Referiert wird die wirtschaftliche, politische und soziale Entwicklung dieser weiterhin sehr heterogenen Ländergruppe. Deutlich hebt der Autor auch auf die inneren Disparitäten und die labilen politischen Strukturen ab, die für die ostmitteleuropäischen Staaten typisch sind. Insgesamt kommt Lange allerdings zum Ergebnis,

dass die europäische Integration in Ostmitteleuropa durchweg begrüßt und von den neuen Mitgliedstaaten als Erfolgsstory betrachtet wird.

Obschon die Beitritte Bulgariens und Rumäniens im Jahre 2007 heute von zahlreichen Beobachtern als verfrüht erachtet werden und in beiden Staaten weiterhin gravierende Probleme bestehen (Justiz, Korruption und organisiertes Verbrechen), kommt Jürgen Dieringer zu dem etwas optimistisch anmutenden Ergebnis, dass letztlich beide Seiten vom Beitritt der beiden Balkanländer profitieren, denn im Resultat werde es in dieser Region ein Mehr an Stabilität, Freiheit, Sicherheit und Recht geben.

Im Hinblick auf die Beitrittsfähigkeit der Türkei rekonstruieren Martin Große Hüttmann und Matthias Chardon die Jahrzehnte währende Debatte über das Für und Wider, über die Chancen und Risiken einer Erweiterung der EU um die Türkei. Stichpunkte sind die ungelöste Zypernfrage, das Problem einer weiteren Europäisierung des Landes sowie die häufig vorgebrachte Befürchtung, dass die EU angesichts der schiereren Größe der Türkei im Falle eines EU-Beitritts handlungsunfähig werden könnte.

Beleuchtet werden von Iris Kempe dann die Situation in der Ukraine und die schwierige Position dieses Landes im Spagat zwischen der EU und Russland. Inzwischen sind die mit der „Orangen Revolution“ verbundenen Hoffnungen auf eine entschiedene Demokratisierung und Westorientierung des Landes allerdings verblasst, die einst gefeierten Reformer sind gerade jüngst (2010) abgewählt worden, und das Land, das sich in einer schwierigen ökonomischen und sozialen Lage befindet, sucht

wieder nach einer stärkeren Anbindung an Russland. Sicherlich muss man der Autorin recht geben, wenn sie ausführt, dass sich die europäischen Aspirationen des Landes merklich abgeschwächt haben.

Den Perspektiven der EU-Nachbarschaftspolitik (ENP) widmet sich Barbara Lippert. Dabei wird die ENP als ein Instrument verstanden, das die Nachbarschaftsregionen der EU stabilisieren soll und als Alternative zum EU-Beitritt dieser Staaten konzipiert ist. Da es hierbei auch um die Festigung von Demokratie, Good Governance und Konfliktprävention gehen soll, spielen verschiedene Politiken aus dem Bereich der GASP eine wichtige Rolle. Insgesamt eine schwierige, sehr komplexe Aufgabe. Die Autorin hebt deshalb absolut zutreffend hervor, dass der Erfolg der ENP in hohem Maße nicht nur vom politischen, sondern auch vom wirtschaftlichen und finanziellen Engagement der EU abhängt.

Ein sehr eindrucksvolles Beispiel für eine mehr oder minder geglückte Konfliktprävention liefert der Stabilitätspakt für Südosteuropa. Der 1999 auf Initiative der EU geschlossene Pakt war eine Reaktion auf den Kosovo-Krieg und strebt programmatisch „Frieden durch Integration“ an. Die südosteuropäischen Staaten sollen politisch und ökonomisch nachhaltig durch die EU unterstützt werden, Ziel ist deren „Europäisierung“. Ab 2007 wurde der Pakt in das Konzept der Regional Ownership überführt. Wie Annegret Bendiek betont, geschah dies aus der Erkenntnis heraus, dass die südosteuropäischen Staaten hinsichtlich ihrer EU-Beitrittsperspektive die Hauptlast zu tragen haben.

Die in Barcelona beschlossene Euro-Mediterrane Partnerschaft

(EMP) besteht seit 1995 und steht für die Beziehungen der EU zu den nordafrikanischen und im Nahen Osten gelegenen Mittelmeeranrainerstaaten. Ziele sind in erster Linie die Intensivierung der Sicherheitspolitik und der wirtschaftlichen Zusammenarbeit zwischen der EU und diesen Staaten. Annette Jünemann verdeutlicht in ihrem Beitrag, dass der sog. „Barcelona-Prozess“ nach mehr als zehn Jahren relativ bescheidene Ergebnisse gebracht hat. Gerade im Hinblick auf die erhofften Demokratisierungsprozesse und die Menschenrechtsproblematik ist man weit hinter den Erwartungen zurückgeblieben.

Mit den Beziehungen zwischen der EU und Russland beschäftigt sich Sabine Fischer, wobei sie die Frage aufwirft, ob es sich hierbei tatsächlich um eine strategische Partnerschaft handelt. Dabei wird klar herausgearbeitet, dass Moskau der EU eher eine Interessen- als eine Wertegemeinschaft zu bieten hat. Die Autorin kommt deshalb zu dem wenig überraschenden Ergebnis, dass gemeinsame Interessen - als Grundlage für eine langfristige Partnerschaft zwischen der EU und Russland - nicht existieren, da die Weltsicht und die Wahrnehmungen der jeweiligen Politiken zu unterschiedlich seien.

Von dem riesigen, mächtigen, aber wenig effizienten Russland wechseln wir zu der kleinen, aber effektiv funktionierenden Eidgenossenschaft, einem Bankstandort, mit dem es gerade in letzter Zeit nicht nur in Deutschland einige offen diskutierte Probleme gab. In der Tat ist die Schweiz „neutral und doch mitten drin“, wie Burkhard Steppacher seinen Aufsatz zutreffend überschrieben hat. Der Autor arbeitet heraus, dass es der Schweiz im Hinblick auf die EU

nicht um eine institutionelle Zugehörigkeit geht, sondern um die bestmögliche Interessenswahrung. Für die EU ist die Schweiz andererseits und im Vergleich zu anderen Drittländern auch nur ein Nebenthema, ein Land, mit dem es enge Verbindungen gibt, das aber über kein gleichberechtigtes Mitspracherecht verfügt.

Mit der norwegischen Europapolitik beschäftigen sich Ulf Sverdrup und Hans-Jörg Trenz, wobei sie zum Ergebnis kommen, dass es auch in Norwegen im Rahmen des EWR-Abkommens eine immer stärkere Hoheit von EU-Recht über nationales Recht gibt. Trotz dieser „schleichenden Kompetenzausweitung“ gibt es bei der norwegischen Bevölkerung aber nicht die Bereitschaft, eine Vollmitgliedschaft per Volksentscheid zu legitimieren. Seitens der EU sei ebenfalls nicht damit

zu rechnen, dass die Beziehungen zu den EWR-Ländern zukünftig intensiviert werden sollen.

Das immer wieder auf der Tagesordnung stehende Problem der Handlungsfähigkeit der EU behandeln Franco Algeri und Janis A. Emmanouilidis. Alleine die Tatsachen, dass die EU in den letzten Jahren enorm gewachsen ist, dass der Verfassungsvertrag scheiterte und die Ratifizierung des Vertrags von Lissabon eine überaus schwere Geburt darstellte, offenbaren, dass es sich hierbei weiterhin um ein existenzielles, kaum gelöstes Problem handelt. Die wichtigsten Methoden, die zu einer besseren Handlungsfähigkeit der EU führen könnten, heißen in diesem Kontext deshalb auch sehr zutreffend Flexibilisierung und Differenzierung.

Im abschließenden Beitrag klagt Almut Möller außer dem alltagsrelevanten europäischen Pflichtprogramm, das die Handlungsfähigkeit absichern sollte, ein tragfähiges Konzept für die Zukunft ein. Die Autorin hebt hervor, dass ohne eine solche Vision das gesamte Integrationsprojekt der EU in Gefahr sei.

Dass es nach dem gescheiterten Verfassungsentwurf und den erheblichen Erweiterungsrounden in der Tat daran mangelt, wird in der aktuellen Wirtschaftskrise und der zum Teil polemisch und nationalistisch geführten Diskussion um diejenigen EU-Mitglieder deutlich, denen solidarisch geholfen werden sollte, ohne dabei das Prinzip der Subsidiarität auszuhöhlen und den Grundsatz der Hilfe zur Selbsthilfe auszuhebeln.

Zbigniew Wilkiewicz

Dirk Lange/Ayca Polat (Hrsg.): Unsere Wirklichkeit ist anders. Migration und Alltag. Perspektiven politischer Bildung – Bonn 2009, Bundeszentrale für politische Bildung, 352 Seiten

Dieses umfangreiche, praxisnahe Sachbuch gibt Tipps für die praktische pädagogische Arbeit. Es wird eine aktuelle Bestandsaufnahme in Bezug auf die Thematik Einwanderungsgesellschaft und politische Bildung erstellt. Des Weiteren gibt es einen kleinen Überblick über die wissenschaftliche Diskussion. Durch die Beiträge der Autoren/Autorinnen mit ihren Schwerpunkten und Standpunkten wird auch die Heterogenität des Themas und der Menschen deutlich.

Das Buch bietet einen Einblick in die politische Debatte der Thematik Integration und politische Bildung in der Einwanderungsgesellschaft und macht deutlich, was es braucht, damit das Bür-

ger/-innenbewusstsein gestärkt wird.

Das Buch besteht aus fünf übergeordneten Kapiteln.

Im ersten Kapitel stellen verschiedene Autoren/Autorinnen ihren Weg und ihre Teilbiographie in der Einwanderungsgesellschaft Deutschland vor. In ihren lebensnahen und eindrücklich beschriebenen „Geschichten“ werden Schlüsselerlebnisse, die zum Erfolg geführt haben, sowie Potenziale und Ausdauer sichtbar: „Wir haben Glück gehabt, weil wir an Pädagoginnen und Pädagogen gerieten, die uns positiv bestärkten.“ (S. 28) Parallel dazu werden aber auch die tiefgreifenden und schmerz-

haften Erfahrungen von Ausgrenzung und Diskriminierung geschildert. Durch die Annäherung an diese Lebenswirklichkeiten wird auch ein Perspektivwechsel ermöglicht.

Abschließend wird die aktuelle Studie von Sinus Sociovision mit den unterschiedlichen Migrantenmilieus in Deutschland vorgestellt. Für die politische Bildung in der Einwanderungsgesellschaft werden mögliche Themen, die besonders für Menschen mit Migrationshintergrund von Interesse sind, vorgeschlagen.

Die kritische Auseinandersetzung mit dem Thema Integration und Einwanderungsgeschichte findet im zweiten Kapitel statt, in dem

auch Erkenntnisse für die politische Bildungsarbeit konkretisiert sowie praktische Handlungsanweisungen u. a. für die kommunale Integrationsarbeit gegeben werden. Wie kontrovers das Thema Integration und Migration von der Politik beurteilt wird, ist ebenfalls in diesem Kapitel sehr anschaulich und aufschlussreich dargestellt.

Das darauffolgende Kapitel stellt die verschiedenen in diesem Rahmen wichtigen Konzepte politischer Bildung vor. Es fehlt weder die wissenschaftliche noch die praktische Ebene.

Das vorletzte Kapitel gibt Einblick in die unterschiedlichsten Praxisprojekte aus dem Bereich politischer Bildung in der Einwanderungsgesellschaft.

Der Spannungsbogen reicht von Projekten zur Migration auf „EU-Ebene“ bis zur konkreten Arbeit mit unterschiedlichen Gruppen von Migranten/Migrantinnen vor Ort. Besonders ansprechend sind die teilweise sehr kreativen Methoden der Projekte, die auch die eigene Arbeit bereichern können.

Die Situation der politischen Bildung in den Bundesländern wird im fünften Kapitel analysiert, indem die finanziellen Rahmenbedingungen und der Stellen-

wert von politischer Bildung in den Ländern und die Verankerung politischer Bildung in den verschiedenen Schulformen dargestellt werden.

„Unsere Wirklichkeit ist anders“ ist ein Buch, in dem der Focus auf der Auseinandersetzung mit dem Auftrag der politischen Bildung in unserer Gesellschaft liegt und danach gefragt wird, was sie leisten muss, damit Integration in einer Einwanderungsgesellschaft gestaltet werden kann. Aspekte der gleichberechtigten Mitwirkung an der Gestaltung von Demokratie und Zivilgesellschaft sowie die Teilhabe und die Möglichkeit zur Partizipation werden mitgedacht und thematisiert. Integrationsfragen und ihre Bedeutung für Mehrheits- und Minderheitsangehörige werden behandelt.

Das Buch richtet sich an politische Bildner/-innen, die sich mit den verschiedenen Konzepten auseinandersetzen wollen oder diese kennenlernen möchten. Den Pädagogen und Pädagoginnen erschließt es darüber hinaus auch noch praktische Umsetzungsmöglichkeiten. Auch als kleiner Ratgeber für die Arbeit von Integrationsbeauftragten ist es einsetzbar. Darüber hinaus eignet es sich auch für Menschen, die sich zwar für das Thema interessieren, aber noch nicht viel Hinter-

grundwissen haben. Es erklärt viele Begriffe und themenspezifische Besonderheiten.

Hervorzuheben an dem Werk ist, dass die Querschnittsaufgabe Integration auf allen Ebenen gedacht wird, denn das bedeutet, dass es bestimmte Rahmenbedingungen hierfür geben muss. Diese Bedingungen werden immer wieder anschaulich gemacht, erklärt und eingefordert. Die zum Teil gegensätzlichen Meinungen zu diesem Thema ermöglichen dem/der Leser/-in, sich mit einem einzigen Buch viele Informationen einzuholen.

Der Wechsel in der Präsentation (biographische Darstellung, Studien, Interviews, wissenschaftliche Konzepte, Schaubilder und Projektbeschreibungen) machen die Lektüre spannend. Bis auf wenige Ausnahmen macht es Spaß, dieses Buch zu lesen. Den Autoren/Autorinnen ist es gelungen, eine Vorstellung davon zu geben, wie das Bewusstsein von Bürgern/Bürgerinnen mit politischer Bildung in einer Einwanderungsgesellschaft gestärkt und gefördert werden kann. Die anschauliche Darstellung der Realität von politischer Bildung auf Länderebene sowie in den verschiedenen Bereichen macht dieses Buch so rund.

Nadya Homsî

Werner Michl: Erlebnispädagogik – Stuttgart 2009, Uni-Taschenbücher, 96 Seiten

Eine neue Einführung in die Erlebnispädagogik – brauchen wir die? Sicherlich ist noch längst nicht genug über Erlebnispädagogik geforscht und geschrieben worden, aber Einführungen gibt es schon einige. Auch Handbücher, die ihren Schwerpunkt auf die Beschreibung erlebnis-

pädagogischer Aktionen legen, versorgen den Leser in der Regel mit dem methodischen und theoretischen Grundwissen. Somit ist die Konkurrenz relativ groß, in der dieses Buch steht.

Die Einführung, gedacht „...für Studierende und interessierte

Praktiker, die schnell zur Sache kommen wollen“ (S. 8) ist mit etwa 90 Seiten angenehm kurz und kompakt. Nach einer Einleitung, die schon zahlreiche wichtige Grundsätze der Erlebnispädagogik verdeutlicht, beginnt der Hauptteil mit einem kurzen Rückblick auf die Geschichte und

die Anfänge zum Beispiel bei der Erlebnistherapie von Kurt Hahn.

Anknüpfend daran liefert der Abschnitt „Die Wiederentdeckung der Erziehung“ zehn ausgesprochen interessante Thesen zu der Frage, was pädagogisches Handeln leisten sollte und was in der Vergangenheit verpasst wurde. Hier, wie auch an vielen anderen Stellen des Buches, ist der Autor mit einem eigenen Anliegen erkennbar, wenn er auch kritische Positionen einnimmt und damit zum Nachdenken und zur Diskussion anregt. Gerade dies gilt zum Beispiel für die Kritik an der kürzlich wieder in die öffentliche Diskussion geratenen „68er-Pädagogik“.

Gleichzeitig ist der Text erfrischend undogmatisch. Es werden Erkenntnisse aus unterschiedlichsten wissenschaftlichen Richtungen (beispielsweise Konstruktivismus, Lernpsychologie oder Neurobiologie präsentiert), ohne dass sich der Autor der Versuchung ergibt, seine eigenen Präferenzen zu stark in den Vordergrund zu rücken. So behandelt Michl im weiteren Verlauf des Hauptteils die zentralen Themen der praktischen und wissenschaftlichen Erlebnispädagogik: Wie sollen erlebnispädagogische Aktionen angelegt sein – welche Lernmodelle sind mit welchen Zielen sinnvoll? Inzwischen breit akzeptierte Erfahrungen zu konstruktiven Lernprozessen, erlebnisorientierten Lernzyklen oder Flow werden hier ebenso referiert wie neueste Erkenntnisse aus der Hirnforschung. Dies eröffnet gerade die für eine Einführung so wichtige Offenheit und gibt dem Leser die Chance, sich selbst ein Bild zu machen.

Auch die Frage nach „den Wirkungen“, die sich vor allem die

Erlebnispädagogik immer wieder gefallen lassen muss, behandelt Werner Michl mit einem angemessenen Selbstbewusstsein, indem er wichtige empirische Forschungsergebnisse aus einer ganzen Reihe von Studien referiert. Ebenso wird die für den Transfer oftmals so wichtige Arbeit mit Metaphern ausführlich in Form verschiedener Lernmodelle dargestellt. Dabei zeigt sich besonders für Praktiker sehr offensichtlich, wie unterschiedlich erlebnispädagogische Aktionen angelegt sein können und wie wichtig es ist, sich vorher darüber Gedanken zu machen, welche Ziele man selbst oder die Gruppe erreichen möchte und welche Lernmodelle damit am ehesten korrespondieren. Der Hauptteil endet mit einer kurzen Charakterisierung unterschiedlichster erlebnispädagogischer Aktionen. Am Beispiel des Wanderns als Natursportart, der Problemlösungsaufgaben, der Hochseilgärten oder der Selbsterfahrung und Therapie werden völlig verschiedene praktische Formen der Umsetzung deutlich.

An allen Punkten gelingt Werner Michl die schwierige Aufgabe, seinen kurzen Text konzentriert und verständlich, gleichzeitig aber inhaltlich höchst anspruchsvoll und präzise zu formulieren. Dabei stehen die vielen praktischen und anschaulichen Beispiele in unmittelbarem Bezug zu den theoretischen, empirischen oder konzeptionellen Ausführungen. So vollzieht der Leser selbst auch gedanklich einen Transfer zwischen Theorie und Praxis.

Hilfreich und didaktisch sehr gelungen sind die grafisch hervorgehobenen Definitionen und Merksätze, die das Wesentliche zusammenfassen, niemals aber belehrend daherkommen. För-

derlich für das Verständnis sind auch die Zeichnungen, die in Form von Schemata das Gesagte visualisieren. Gerade in unserer technisch perfektionierten Publikationswelt erzielt das mit der Hand gemalte Bild eine besondere Aufmerksamkeit und passt zudem besonders gut zur auch handwerklich orientierten Erlebnispädagogik.

Bei allem Lob soll aber auch kritisch angemerkt werden, dass mir an manchen Stellen die Zusammenfassungen fehlen. Zwischendurch, aber vor allem auch am Ende des Buches, wäre dies durchaus sinnvoll gewesen. Abschließend hätten auch noch kurz offene Fragen, Kontroversen und mögliche Entwicklungswege der Erlebnispädagogik skizziert werden können. Dadurch wäre noch deutlicher geworden, dass die Erlebnispädagogik keine „fertige“ Methode ist, sondern lebendig nach Weiterentwicklung strebt.

Insgesamt hat Werner Michl ein begeistert geschriebenes und begeisternd zu lesendes Buch vorgelegt, das in komprimierter Form einen aktuellen Überblick über die Erlebnispädagogik liefert. Es eignet sich besonders für alle, die sich schnell, aber dennoch differenziert über diese wichtige Methode informieren möchten. Es ist hervorragend geeignet für den Einsatz in der Lehre zum Beispiel an Hochschulen und bietet zahlreiche Anregungen für eine weiterführende, vertiefende Lektüre.

Nehmen wir die Ausgangsfrage noch einmal auf, so ist zu antworten: Ja, wir brauchen diese neue Einführung in die Erlebnispädagogik!

Ulrich Lakemann

Markt

Termine

Am 14. September 2010 findet das 5. Fachforum Mobile Kommunikation mit dem Titel „Neue Chancen für Medienpädagogik und Bildung“ in Ludwigshafen statt. Das Fachforum wird vom JFF-Institut für Medienpädagogik, medien+bildung.com, Jugend online sowie Lizzynet veranstaltet und bietet neben einem einführnden Vortrag zur bildungstheoretischen Verortung des Mediums Handy auch Kurzpräsentationen von innovativen Projekten, die das Handy in Bildungsveranstaltungen integrieren.

Weitere Infos und Anmeldungen:
Wolfgang Wilhelm, m+b.com,
E-Mail:
wilhelm@medienundbildung.com

Bundesinnenminister Dr. Thomas de Maizière lädt zu einer Veranstaltungsreihe unter dem Titel „Das gemischte Doppel – Ost und West im Dialog“ ein, die am Beispiel ausgewählter Städtepaare demonstrieren soll, dass die Deutsche Einheit für das ganze Land einen Neubeginn bedeutet hat. Bundesminister de Maizière kommt mit Bürgerinnen und Bürgern aus vier Ost-West-Städtepaaren ins Gespräch, deren Heimatorte seit 1990 einen ähnlichen Weg gegangen sind. Die Auftaktveranstaltung fand bereits am 1. Juni 2010 in Halle statt. Weitere Termine sind der 11. August in Bremen (Partnerstadt Rostock), der 24. August in Frankfurt/Main (Partnerstadt Leipzig) sowie der 17. September 2010 in Dresden (Partnerstadt Hamburg).

Weitere Infos im Internet:
www.bmi.bund.de/doppel

Das globale Menschenrecht auf Gesundheit steht im Zentrum der Konferenz „global, gerecht, gesund – zu den Perspektiven von Globaler Gesundheit“ am 17. und 18. September 2010 im Rathaus Schöneberg in Berlin. Auf Einladung von medico international und Gesundheit Berlin-Brandenburg sollen gesundheitspolitische Akteure auf der Veranstaltung das Zusammenwirken von Globalisierung und weltweiter Gesundheitsversorgung diskutieren und beispielhafte Alternativen aus unterschiedlichen Regionen und Kontexten zusammentragen.

Weitere Infos im Internet:
www.global-gerecht-gesund.org

Die Jahrestagung der Sektion Erwachsenenbildung der Deutschen Gesellschaft für Erziehungswissenschaft (DgE) richtet in diesem Jahr die Professur für Erwachsenenbildung und Weiterbildung der TU Chemnitz aus. In der „Orangerie“ der TU Chemnitz werden sich vom 23. bis 25. September 2010 mehr als 120 Wissenschaftler/-innen des Faches aus dem deutschsprachigen Raum zum Thema „Steuerung – Regulation – Gestaltung. Governance-Prozesse in der Erwachsenenbildung zwischen Struktur und Handlung“ austauschen.

Weitere Infos im Internet:
<http://steam.human.uni-potsdam.de/sektion-eb/tagungen.html>

Die Jahrestagung des von der Bundeszentrale für politische Bildung ins Leben gerufenen Netzwerks NECE-Networking Europe-

an Citizenship Education findet in diesem Jahr vom 29. September bis 1. Oktober in Triest (Italien) statt. Thema des Kongresses sind die zum Teil dramatischen Veränderungen europäischer Städte durch Migration und Mobilität im Kontext politischer und kultureller Bildung. Die Teilnahme an der Veranstaltung ist kostenlos, allerdings wird aufgrund der begrenzten Zahl der Teilnehmenden um eine rasche Anmeldung gebeten.

Weitere Informationen und Anmeldungen bei:
Sandra Mayer, lab-concepts GmbH,
Tel. 0228-2498-116,
E-Mail: nece-trieste@lab-concepts.de,
www.nece.eu.

Am 1. und 2. Oktober 2010 findet der internationale Kongress „erleben und lernen“ in Augsburg statt. Unter dem Motto „Unterwegs auf bewegenden Wegen“ organisiert der Lehrstuhl für Sportpädagogik der Universität Augsburg insgesamt 40 Workshops, 32 Foren und drei Vorträge, die sich in die Themenbereiche Erlebnispädagogik, Outdoor-Training, handlungs- und bewegungsorientiertes Lernen und Lehren einordnen lassen. Das Themenspektrum reicht dabei vom Alm-Projekt für ADHS-Kinder über den Lehmbackofenbau bis zu interaktiven Theatermethoden. Der Kongress ist in Bayern als eine staatliche Fortbildungsveranstaltung anerkannt.

Weitere Informationen:
www.erleben-lernen.de

„Alte Perspektiven – neue Ausichten! 40 Jahre AUE/DGWF“ lautet der Titel der Festveranstaltung zum 40. Jubiläum der Deutschen Gesellschaft für wissenschaftliche Weiterbildung und Fernstudium, die am 4. Oktober 2010 in Hannover stattfindet. Den Hauptvortrag der Veranstaltung hält Prof. Dr. Reinhold Grimm von der Universität Jena zum Thema „Hochschule und Weiterbildung im 21. Jahrhundert“. Die Veranstaltung ist offen für Mitglieder der DGWF und geladene Gäste.

www.dgwf.net

Einen Fachtag für leitende Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen in der Jugendsozialarbeit zum Thema „Nachhaltigkeit“ in Konzepten und Einrichtungen der Ju-

gendsozialarbeit veranstaltet die Evangelische Jugendsozialarbeit Bayern am 25. Oktober 2010 in Nürnberg.

Weitere Infos:

**Frau Allgeyer, EJSA Bayern e. V.,
Loristr. 1, 80335 München,
Tel. 089-159187-6,
www.ejsa-fortbildungen.de.**

Im Rahmen eines dreitägigen Kongresses mit dem Titel „Das flexible Geschlecht“ sollen vom 28. bis 30. Oktober 2010 in Berlin neue und alte Ungleichheiten in den Schnittstellen von Geschlecht, Sexualität, Status, Identität und Differenz diskutiert und nach den Glücks- und Krisenmomenten heutiger Emanzipation gefragt werden. Die Bundeszentrale für politische Bildung orga-

nisiert die Veranstaltung in Kooperation mit der Hessischen und der Berliner Landeszentrale für politische Bildung.

Weitere Infos und Anmeldungen unter: www.bpb.de/veranstaltungen/8CT3BB.

Vom Einfluss der Bewegung auf Lernleistungen, Lernchancen und den Erhalt geistiger Fitness für Erwachsene handelt das diesjährige DIE-Forum Weiterbildung mit dem Titel „Lernen in Bewegung“. Das Forum findet am 29. und 30. November 2010 in Bonn statt.

**Weitere Infos: Brigitte Rishmawi, Deutsches Institut für Erwachsenenbildung e. V.,
E-Mail: rishmawi@die-bonn.de.**

Ausschreibungen

Das Haus der Technik, ein Außeninstitut der RWTH Aachen, schreibt zum zweiten Mal den Deutschen Weiterbildungspreis aus. Zur Bewerbung für den Preis sind Personen aufgerufen, die sich besonders im Bereich der Weiterbildung engagieren und innovative Konzepte vorweisen können. Der Gewinner bzw. die Gewinnerin erhält ein Preisgeld von 10.000 Euro und kann seine/ihre Arbeit im Rahmen einer Dokumentation der breiten Öffentlichkeit präsentieren. Die Bewerbungsfrist endet am 20. Oktober 2010.

Weitere Infos und Teilnahmeunterlagen im Internet: www.deutscher-weiterbildungspreis.de.

Mit dem Dieter Baacke-Preis zeichnen die Gesellschaft für Me-

dienpädagogik und Kommunikationskultur (GMK) und das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) beispielhafte Projekte der Bildungs-, Sozial- und Kulturarbeit in Deutschland aus. Bis zum 31. August 2010 können sich Institutionen, Initiativen oder Einzelpersonen mit innovativen, originellen oder mutigen Projekten zur Förderung einer pädagogisch orientierten Medienkompetenz um den mit 2.000 Euro dotierten Preis bewerben.

Infos und Anmeldungen im Internet: www.dieterbaackepreis.de.

Die Stiftung „Erinnerung, Verantwortung und Zukunft“ fördert internationale Projekte in den Bereichen Auseinandersetzung mit der Geschichte, Han-

deln für Menschenrechte, Engagement für Opfer des Nationalsozialismus. Interkulturelle Bildungs- und Begegnungsangebote, die vernachlässigte oder konflikthafte Bezüge gewaltvoller Geschichte bearbeiten, sollen zu einer Kultur des Respekts und der gleichberechtigten Verständigung beitragen und ein friedliches Zusammenleben verschiedener Gruppen in Deutschland ermöglichen.

Bewerben können sich zivilgesellschaftliche Initiativen und gemeinnützige Organisationen aus Deutschland.

www.stiftung-evz.de/foerderung

Fortbildung

Eine Fortbildungsreihe für Fachkräfte der außerschulischen politischen Weiterbildung zum Thema „Erlebniswelt Rechtsextremismus“ organisiert die Bundeszentrale für politische Bildung in Kooperation mit jugendschutz.net und dem Innenministerium des Landes Nord-

rhein-Westfalen. Die Fortbildungsreihe besteht aus drei aufeinander aufbauenden Modulen, die im Zeitraum zwischen Anfang Februar und Mitte Mai 2011 stattfinden. Ziel der Fortbildung ist die Entwicklung von Ideen und Ansätzen, um den Themenkreis der „Erlebnis-

welt Rechtsextremismus“ und der jugendaffinen Szene-Medien in den eigenen Aus- und Fortbildungskontext zu integrieren.

Weitere Infos und Anmeldungen im Internet:
www.bpb.de/veranstaltungen

Publikationen zu Bildung und Bildungspolitik

Ausgabe II/2010 der DIE-Zeitschrift für Erwachsenenbildung ist dem Thema „Wirksame Weiterbildungsberatung“ gewidmet und trägt damit der gewachsenen Bedeutung von Beratung im Bildungsbereich Rechnung. Sechs Beiträge zum Themenschwerpunkt befassen sich u. a. mit dem Eckpunktepapier des Nationalen Forums Beratung in Bildung, Beruf und Beschäftigung, dem Nutzen sowie dem Entwicklungsstand von Bildungsberatung in verschiedenen Bereichen der Weiterbildungslandschaft. Im aktuellen Heft III/2010 geht es unter dem Titel „Herausforderung Kultur“ um kulturelle Erwachsenenbildung. Darin stellt sich u. a. Heidi Behrens in einem Zwischenruf die Frage: „Wie viel Kultur verträgt die politische Bildung?“.

**Bezug: W. Bertelsmann Verlag,
Auf dem Esch 4, 33619 Bielefeld**

„Bologna-Reform am Ende?“ fragt Karin Frößinger vom Deutschen Institut für Erwachsenenbildung (DIE) im neuen Heft der DIE FAKTEN und zeigt, was die Reform für das Studium der Erwachsenen- und Weiterbildung erreicht hat und ob die neuen Studiengänge die auslaufenden

Magister- und Diplomstudiengänge ersetzen können.

Kostenloser Download im Internet: www.die-bonn.de/doks/froessinger1002.pdf

Um die Bologna-Reformen geht es auch in der 49. Ausgabe der „Beiträge“ der Deutschen Gesellschaft für Wissenschaftliche Weiterbildung und Fernstudium (DGWF). Das Heft dokumentiert die DGWF-Jahrestagung 2009 zum Thema „Wissenschaftliche Weiterbildung: Zehn Jahre nach Bologna – alter Wein in neuen Schläuchen oder Paradigmenwechsel?“.

**Bezug: DGWF, Vogt-Köln-Str. 30,
22527 Hamburg**

Mit der Analyse „Trends der Weiterbildung“ hat das Deutsche Institut für Erwachsenenbildung (DIE) zum zweiten Mal Weiterbildungsdaten aus diversen Quellen und Statistiken zusammengetragen, um Entwicklungslinien in der Weiterbildung sichtbar zu machen. Neu sind Darstellungen zu Berichtssystemen der Weiterbildung, Erhebungen von Kompetenzprofilen und Aussagen zu

aktuellen Entwicklungen in der Weiterbildungsforschung.

**Bezug: W. Bertelsmann Verlag,
Auf dem Esch 4, 33619 Bielefeld.**

Ausgabe 4/2010 der Zeitschrift „Erziehung und Wissenschaft“ steht unter dem Titel „Bildung braucht Kunst“ und plädiert dafür, dass kulturelle und ästhetische Bildung mehr ins Zentrum des schulischen Alltags rückt. Die Zeitschrift wird von der Gewerkschaft für Erziehung und Wissenschaft (GEW) herausgegeben.

**Bezug: GEW, Reifenberger Str. 21,
60489 Frankfurt am Main,
www.gew.de**

Das deutsch-französisch-sprachige Magazin EP education permanente des Schweizerischen Verbands für Weiterbildung (SVEB/FSEA) thematisiert in seiner Ausgabe 2010-2 das Konzept der „Kompetenzen“ im Bildungsbereich aus Schweizer Sicht.

**Bezug: SVEB/FSEA, Marketing,
Oerlikonerstr. 38, CH-8057 Zürich,
www.alice.ch**

Im Fokus der letzten Ausgabe des Netzwerk-Magazins für Lernende Regionen „inform“, Nr. 01/10, steht die Frage, wie sich die Bildungsnetzwerke der Lernenden Regionen nachhaltig organisieren können. Es präsentiert zusammenfassend beispielhafte Strategien der Lernenden Regionen und gibt einen Ausblick auf nachfolgende Förderprogramme des BMBF.

Bezug: Projektträger im Deutschen Zentrum für Luft- und Raumfahrt für das Bundesministerium für Bildung und Forschung

**(PT-DLR), Arbeitsbereich Bildungsforschung,
Heinrich-Konen-Str. 1,
53227 Bonn,
www.lernende-regionen.info.**

Anfang des Jahres erschien der erste Band einer neuen Schriftenreihe im Wochenschau Verlag namens „NON-FORMAL BILDUNG“ zur non-formalen politischen Bildung. Die Publikation trägt den Titel „Weltbürgertum und Kosmopolitisierung. Interdisziplinäre Perspektiven für die politische Bildung“ und wurde von Gerd

Steffens und Benedikt Widmaier herausgegeben. Eine zweite mit dem Titel „Active Citizenship Education. Internationale Anstöße für die politische Bildung“ ist bereits in Planung. Es ist das Ziel der neuen Buchreihe, die Wahrnehmung der Profession der außerschulischen Jugend- und Erwachsenenbildung in der Fachöffentlichkeit zu verbessern.

**Bezug: Wochenschau Verlag,
Adolf-Damaschke-Str. 10,
65824 Schwalbach/Ts.,
www.wochenschau-verlag.de**

Zeitschriften und Materialien zur politischen Bildung

Themenschwerpunkt der aktuellen Ausgabe 2/2010 der bap-Zeitschrift „Praxis Politische Bildung“ ist das „Web 2.0“. Darin geht es u. a. um neue didaktische Chancen rund um die technischen Möglichkeiten des Web 2.0 und virtuelle politische Bildungsveranstaltungen im Internet.

**Bezug: Juventa Verlag, Ehretstr. 3,
69469 Weinheim,
www.juventa.de.**

„Kommunalpolitik“ ist das Thema von Ausgabe 1/2010 der Zeitschrift Politische Bildung, die im Wochenschau Verlag erscheint. Das Heft greift nach einer Vorstellung rechtlicher Grundlagen von Kommunen grundsätzliche Problemlagen der Kommunen auf und stellt Reformen und Alternativen kommunaler Politik in Deutschland vor.

Die ebenfalls im Wochenschau Verlag erscheinende Vierteljahrszeitschrift kursiv greift in ihrer

aktuellen Ausgabe 2/2010 die veränderten Ansprüche und Problemlagen der politischen Bildung vor dem Hintergrund von Globalisierungsprozessen auf.

Die bereits im 61. Jahrgang erscheinende und erneuerte Zeitschrift Wochenschau richtet sich an Lehrkräfte der Fächer Politik und Wirtschaft an Schulen und besteht je Ausgabe aus zwei Themenheften für die Sekundarstufe I und II. Beide Veröffentlichungen der Nr. 3/2010 widmen sich dem aktuellen Thema der Wirtschaftskrise. Während sich das Heft für die Sekundarstufe I auf den „Arbeitsmarkt in der Krise“ konzentriert, stellt das Heft für die Sekundarstufe II unter dem Titel „Politik in der Wirtschaftskrise“ Hintergründe, Dimensionen und notwendige Konsequenzen dieses Jahrhundertcrashes zur Diskussion.

**Bezug: Wochenschau Verlag,
Adolf-Damaschke-Str. 10, 65824
Schwalbach/Ts.,
www.wochenschau-verlag.de.**

„CO2“ ist das Thema der Sommerausgabe Nr. 35 des politischen Jugendmagazins fluter, das von der Bundeszentrale für politische Bildung herausgegeben wird. Das Heft zeigt auf, dass es in der CO2-Frage um die Grundlagen unserer Lebensform und damit „ums Ganze“ geht, wobei nicht nur politisches Handeln, sondern auch die eigenen Entscheidungen im Lebensalltag der Menschen sowie Wirtschafts- und Designfragen eine Rolle spielen.

**Bezug: Societäts-Verlag, Vertrieb
„fluter“, 60268 Frankfurt/Main,
www.fluter.de.**

Die Bundeszentrale für politische Bildung hat einen neuen Band der Reihe Themen und Materialien mit dem Titel „Das Image der Politik und der Politiker. Wahrnehmung und Selbstwahrnehmung politischer Akteure“ herausgegeben. Es liegt damit ein Paket mit Lehrmaterialien zum Thema vor, das zwei DVDs mit

elf Politiker-Porträts, eine CD-ROM sowie umfangreiches didaktisches Begleitmaterial enthält.

Bezug: www.bpb.de/publikationen/JUI9PK.

Ebenfalls von der Bundeszentrale für politische Bildung herausge-

geben wurde das Kartenspiel „irre genug“, das 60 illustrierte Spielkarten mit 120 verdrehten Begriffen aus der Politik enthält, die während des Spiels entwirrt werden müssen. Das Spiel ist für 2 bis 5 Spieler ab 12 Jahren konzipiert und kann auch in Gruppen gespielt werden. Es eignet sich sowohl für den Unterricht als

auch für gesellige Spieleabende im privaten Umfeld.

Bezug: www.bpb.de
(Rubrik: „Thema im Unterricht“).

Zeitschriften und andere Publikationen zu Jugendarbeit/Jugendbildung

Ausgabe 4/2010 der Zeitschrift *deutsche jugend* hat den Schwerpunkt „Jugendarbeit“ und thematisiert vor allem die desolante Situation der Kinder- und Jugendarbeit an vielen Orten der Republik.

Bezug: Juventa Verlag, Ehretstr. 3, 69469 Weinheim, www.juventa.de

Die zweite Ausgabe 2010 der Fachzeitschrift „Jugendpolitik“ des Deutschen Bundesjugendrings trägt den Titel „Jugendarmut“.

Ebenfalls beim Deutschen Bundesjugendring ist eine Dokumentation der Preisverleihung des Heinz-Westphal-Preises 2009 erhältlich. Die Publikation stellt die Preisträger vor und fragt auch danach, was aus früheren Preisträgern geworden ist.

Bezug: Deutscher Bundesjugendring, Mühlendamm 3, 10178 Berlin, www.dbjr.de

„Peer to Peer. Aufklärung von Gleich zu Gleich“ lautet das Thema der Ausgabe 3/2010 der Zeitschrift *Kinder- und Jugendschutz* in Wissenschaft und Praxis der Bundesarbeitsgemeinschaft für Kinder- und Jugendschutz. Darin

geht es um den Peer-Ansatz im Rahmen von Präventionsmaßnahmen im Kinder- und Jugendschutz.

Bezug: BAJ, Mühlendamm 3, 10178 Berlin, www.bag-jugendschutz.de

Zum Abschluss des Modellprojekts *InterKulturell on Tour* ist ein Leitfaden mit dem Titel „InterKulturell on Tour. Internationale Jugendbegegnungen – Schauplatz neuer Kooperationen zwischen Migrantenjugend-(selbst)organisationen und Internationaler Jugendarbeit“ erschienen. Das im Wochenschau Verlag publizierte Buch fasst die Ergebnisse und Erfahrungen der am Projekt beteiligten Träger – transfer e. V., IJAB, Jugend für Europa, Naturfreundejugend Deutschlands, Deutsche Sportjugend und VIA e. V. – und Teilnehmenden zusammen.

Bezug: Naturfreundejugend Deutschlands, Haus Humboldtstein, 53424 Remagen, www.naturfreundejugend.de

Das Archiv der Jugendkulturen veröffentlicht seit 2007 jedes Jahr in seiner Wissenschaftlichen Reihe Abschlussarbeiten und Dissertationen von Studierenden aus

geistes- und sozialwissenschaftlichen Fachbereichen, die sich mit Jugendkulturen befassen. Die Autorinnen und Autoren liefern dabei oft unvermutete Innenansichten der jeweiligen Jugendszenen, da sie teilweise selbst Teil der Gruppierungen sind. Die Reihe umfasst mittlerweile sechs Bände und soll weiter ausgebaut werden. In der Präsenzbibliothek des Archivs sind zudem mehr als 450 weitere Arbeiten zu diesen Themen kostenlos und frei zugänglich.

Weitere Infos: Klaus Farin, Archiv der Jugendkulturen e. V., Fidicinstr. 3, 10965 Berlin, E-Mail: klaus.farin@jugendkulturen.de, www.jugendkulturen.de

Der IJAB – Fachstelle für Internationale Jugendarbeit der Bundesrepublik Deutschland hat in der aktuellen Ausgabe der Zeitschrift *Forum Jugendarbeit International* das Schwerpunktthema „Internationale Jugendarbeit und Chancengleichheit“ gesetzt. Das Heft enthält Beiträge zu Konzepten und Erfahrungen aus der internationalen Jugendarbeit mit unterschiedlichen Zielgruppen benachteiligter Jugendlicher.

Bezug: IJAB, Godesberger Allee 142-148, 53175 Bonn, www.ijab.de.

Materialien zur deutschen Geschichte

„Kleine-Geschichte.de“ heißt ein bei der Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg erschienener Band, der auf einfache Weise die wichtigsten Ereignisse und Zusammenhänge der deutschen Geschichte von 1933 bis heute vermittelt.

Bezug: Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg, Staffenbergstr. 38, 70184 Stuttgart, www.lpb-bw.de/shop

Anlässlich des 20. Jahrestages der Deutschen Einheit hat die Bundesregierung eine Broschüre mit dem Titel „20 Jahre Deutsche Einheit“ herausgegeben. Das Buch enthält neben Grußworten verschiedene Beiträge zu den Ereignissen vor 20 Jahren und zur Entwicklung des Landes nach der

Wiedervereinigung sowie eine Zwischenbilanz aus Sicht der Bundesregierung.

Bezug: Publikationsversand der Bundesregierung, Postfach 481009, 18132 Rostock, www.bundesregierung.de

Arbeitshilfen zur Auseinandersetzung mit der DDR

Die Bundeszentrale für politische Bildung, die Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur und die Bundesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR haben ein Angebotspaket mit didaktischen Materialien zusammengestellt, das als Unterstützung für die Konzipierung und Durchführung eines Projekttag zur Auseinandersetzung mit der deutschen Geschichte im 20. Jahrhundert gedacht ist.

Weitere Infos und Bezug: www.projekttag-deutsche-geschichte.de

In der Edition Paideia des Garamond Verlags ist das Buch „Mythos ‚Offene Arbeit‘. Studien zur kirchlichen Jugendarbeit in der DDR“ von Anne Stiebritz erschienen. Das Buch fügt dem vorrangig historisch und politikwissenschaftlich geprägten Diskurs zu diesem Thema eine pädagogische Dimension hinzu.

Weitere Infos, Leseproben und Bezug: www.garamond.iks-jena.de

Die Zeitschrift „Horch und Guck“ zur kritischen Aufarbeitung der SED-Diktatur ist in ihrer Ausgabe Nr. 68 dem Schwerpunkt „Recht und Gerechtigkeit“ gewidmet und fragt nach Widersprüchen bei der Aufarbeitung der SED-Diktatur.

Bezug: www.horch-und-guck.info/hug/metanavigation/bestellung

Infos zur europäischen Jugend- und Bildungspolitik

Die Arbeitsgemeinschaft für Jugendhilfe hat eine Broschüre veröffentlicht, die nützlich für die in allen Bereichen von Kinder- und Jugendarbeit auf europäischer Ebene Agierenden sein soll. Sie werden über Zusammenhänge

und Strukturen der verschiedenen Handlungsfelder informiert. Darüber hinaus werden übergreifende Themen und Rechtsgrundlagen dargestellt. Titel der Broschüre: „Europäisches Handeln in der Kinder- und Jugendhilfe.“

Fachliche Impulse, politische Ziele und rechtliche Rahmungen“.

Bezug: Arbeitsgemeinschaft für Kinder- und Jugendhilfe, Mühlendamm 3, 10178 Berlin, www.agj.de

„Lernergebnisse – Schlüssel für die Verständigung in Europa?“ ist die Fragestellung, der Nr. 13 | 2010 des Journals „Bildung für Europa“ nachgeht, das von der Nationalen Agentur beim Bundesinstitut für Berufsbildung herausgegeben wird. Hier geht es vor allem um die Instrumenta-

rien, mit denen festgestellt werden soll, was jemand als Ergebnis von Lernprozessen kann und weiß.

Infos: www.na-bibb.de

Die Nationale Agentur Bildung für Europa hat in Kooperation

mit dem BMBF zudem ein neues Internetportal ins Leben gerufen, das Zusammenhänge der EU-Bildungspolitik verständlich erläutert und die jeweils relevanten EU-Dokumente zum Herunterladen hinterlegt.

www.eu-bildungspolitik.de

Neues im Netz

Unter **www.jugendhilfetag.de** ist jetzt das Websiteangebot zum 14. Deutschen Jugendhilfetag, der 2011 stattfindet, online gegangen. Dort können alle den nächsten Jugendhilfetag betreffenden Infos abgerufen werden.

www.menschenrechte.jugendnetz.de ist ein neues Jugendpor-

tal, das die Menschenrechtsthematik jugendgerecht aufbereitet und nicht nur Informationen bietet, sondern auch den Bezug der Menschenrechte zur eigenen Lebenswirklichkeit herstellen soll.

Das Institut für Demokratieforschung an der Universität Göttingen hat auf seiner Homepage

einen Internet-Blog eingerichtet, der dazu beitragen soll, die Lücke zwischen wissenschaftlichen Publikationen und der tagesaktuellen Berichterstattung zu schließen. Der Blog soll sich zu einem Ort der lebendigen öffentlichen Debatte entwickeln.

www.demokratie-goettingen.de/verzeichnis/blog

Geschlechterverhältnisse und Bildung

Nr. 4/2009 der Zeitschrift „forum Erwachsenenbildung“ stellt die aktuelle Diskussion zum Thema Geschlechterverhältnisse und Bildung dar. Es geht in den Beiträ-

gen um Geschlechterbilder, Geschlechtergerechtigkeit, männliche und weibliche Identitäten und anderes mehr. Die Zeitschrift wird herausgegeben von der Evangeli-

schen Arbeitsgemeinschaft für Erwachsenenbildung und ist dort unter der Adresse Heinrich-Hoffmann-Straße 3, 60528 Frankfurt /Main zu beziehen.

Urheberrecht

Die Heinrich-Böll-Stiftung hat in der Reihe Bildung und Kultur Band 4 unter dem Titel „Copy.Right. Now! herausgegeben, der Plädoyers für ein zukunfts-

taugliches Urheberrecht zusammenträgt, die auch die neuen Anforderungen durch die Digitalisierung von Werken und Informationen berücksichtigen.

**Bezug: Heinrich-Böll-Stiftung,
Schumannstraße 8,
10117 Berlin**

Außerschulische Bildung 2-2010

41. Jahrgang

Materialien zur politischen Jugend- und Erwachsenenbildung –
Mitteilungen des Arbeitskreises deutscher Bildungsstätten e. V.

Herausgeber:

Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten e. V., vertreten durch
Dr. Paul Ciupke und Ulrike Steimann

Redaktion:

Ingeborg Pistohl

Redaktionsbeirat:

Ina Bielenberg, Gertrud Gandenberger, Dr. Christoph Meyer,
Wolfgang Pauls, Dr. Melanie Piepenschneider, Imke Scheurich

Redaktions- und Bezugsanschrift:

AdB, Mühlendamm 3, 10178 Berlin,
Tel. (0 30) 400 401-11 u. 12
www.adb.de
E-Mail: jurisch@adb.de,
pistohl@adb.de

Herstellung:

Druckcenter Meckenheim/Brandenburgische
Universitätsdruckerei und Verlagsgesellschaft
Potsdam mbH

ISSN 0176-8212

Bildnachweis:

Copyrightinweise s. Fotos. Die Abbildungen in Wikipedia stehen unter der GNU Free Documentation License.

Bezugsbedingungen (gültig ab Ausgabe 1-2003)

Einzelheft	€ 6,00
1-3 Abonnements	(jährlich) € 16,00
ab 4 Abonnements	(jährlich) € 12,00
Abonnements für Studenten, Praktikanten, Referendare, Arbeitslose	(jährlich) € 12,00
(bitte jährlich Bescheinigung übersenden)	(zuzüglich Porto)

Die Mitglieder des Arbeitskreises deutscher Bildungsstätten erhalten je ein Exemplar kostenlos.

Diese Zeitschrift wird maßgeblich durch Mittel des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend gefördert und von der Landeszentrale für politische Bildung Nordrhein-Westfalen unterstützt.

Die Außerschulische Bildung wird als Fachzeitschrift für politische Jugend- und Erwachsenenbildung vom Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten (AdB) herausgegeben. Verband, Herausgeberin und Herausgeber, Redaktionsbeirat und die Redakteurin möchten dadurch

- zur fachlichen und wissenschaftlichen Reflexion der Praxis politischer Jugend- und Erwachsenenbildung beitragen und damit die Professionalität pädagogischen Handelns stärken,
- aktuelle und relevante Themen aus Politik und Gesellschaft aufgreifen und im Hinblick auf ihre Behandlung in der politischen Bildung aufbereiten,
- Beispiele der Bildungsarbeit öffentlich machen und ein Schaufenster des Arbeitsfeldes bieten,
- theoretische und fachliche Diskussionen in Beziehung setzen und die Diskurse in der Profession und den wissenschaftlichen Bezugsdisziplinen jeweils miteinander bekannt machen,
- Methoden der politischen Bildung vorstellen,
- neue fachbezogene Publikationen und Medienproduktionen präsentieren und in ihrer Relevanz für die Bildungsarbeit einschätzen,
- über bildungs- und jugendpolitische Entwicklungen in Bund und Ländern berichten,
- Nachrichten aus dem AdB und anderen Fachverbänden verbreiten.

